D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 111
Juni '79 DM 2,–
11. Jahrgang

Symbol für Europa?

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

Diese Ausgabe

wird nicht durch einen bestimmten thematischen Schwerpunkt bestimmt. Diesmal beschäftigen wir uns zentral mit der anstehenden Europawahl, der Entwicklung in Iran, berichten über Zimbabwe, sowie über Konflikte in jenem Teil der Welt, für den sich der politische und nur zum Schein geographische Begriff "Osteuropa" eingebürgert hat. Dennoch haben die Beiträge ein heimliches Leitmotiv, das uns freilich von der Wirklichkeit vorgegeben wird. Gemeinsam ist ihnen, was in schlechter Allgemeinheit als "Menschenrechte" strapaziert wird. Kann es sich um dasselbe handeln, wenn in Iran eine revolutionäre Justiz im Dunkeln, unter Ausschluß von Öffentlichkeit richtet, wenn ein oppositioneller polnischer Arbeiter statt geforderte Freizügigkeit Ausbürgerung erfährt oder wenn in "Europa" der Bevölkerung in einer Massenkampagne das Freiheitsrecht der Wahl geradezu aufgedrängt werden muß? Die Menschen hier bringen hierdurch ihr Nichtverhalten zurecht zum Ausdruck, daß ein auf den formellen parlamentarischen Wahlgang reduziertes "Menschenrecht" nur die eigene politische Ohnmacht bestätigen soll.

Die abstrakte Forderung nach "Menschenrechten" bleibt ideologisch, wenn sie gegenüber den materiellen Bedingungen in den verschiedenen Gesellschaften gleichgültig bleibt oder Ungleiches gleich setzen will. Im Namen der abstrakten Rechtsforderung wird der politische Ausdruck materieller Not ignoriert. Gleichzeitig wird aber im "realen Sozialismus" mit der andauernden Berufung auf materielle Not und vermeintlicher "historischer Notwendigkeit" die Kehrseite des bürgerlichen Formalismus praktiziert und in unerträglicher Weise die Verletzung der Menschenwürde zu rechtfertigen versucht. *"links"-Redaktion*

dpa

Zum Tod von Elisabeth van Dyck

Was bislang dem Western-Publikum überall in der Welt als eindeutiges Indiz galt, scheint in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit andere Bedeutung zu haben: ein Schuß in den Rücken.

Was sonst als kaltblütiger Todesschuß gewertet wird, nennt ein Polizeisprecher hierzulande Notwehr. Man hat schon vieles gelernt in den Jahren der "Terroristenfahndung" – z.B. den Begriff "Putativnotwehr", d.h. der Tötende glaubt, er handele in Notwehr, während er einen anderen Menschen ohne Notwendigkeit vom Leben zum Tode befördert. So geschehen an einem unbekleideten schottischen Staatsbürger, der von Polizisten in einer Stuttgarter Wohnung durch eine geschlossene Tür erschossen wurde. Im neuen Polizeigesetz wird der "finale Todesschuß" verankert, d.h. ein Beamter kann nicht zur Verantwortung gezogen werden, wenn er, um eine Gefahr für Leib und Leben einer dritten Person abzuwenden, mit einem gezielten Todesschuß den Bedroher tötet. So geschehen bei mehreren Geiselnahmefällen. Worum es hier geht, ist eine spezifisch neudeutsche Methode: die Wiedereinführung der Todesstrafe, ohne es so zu nennen. Die Länge des sogenannten kurzen Prozesses wird auf Null reduziert.

Es geht nicht mehr um Schuld oder Unschuld. Zudem hat dieses Verfahren den Vorteil, daß man sich den juristischen Aufwand großer Strafprozesse mit ihren öffentlichen Diskussionen ersparen kann. Die Kugel im Rücken von Elisabeth van Dyck erinnert unter diesem Gesichtspunkt an die recht altdeutsche Formulierung: "Auf der Flucht erschossen".

Frankreich – ein Jahr danach

Seite 5

Frankreich im Jahr nach der gescheiterten Hoffnung auf die Linksunion. Bernd Meyerspeer ist Arbeiter bei Renault. Er berichtet von französischer Politik aus der Perspektive der Fabrik.

Zum 30. Geburtstag der DDR

Seite 12

In diesem Jahr existiert die DDR 30 Jahre lang. Aus diesem Anlaß wird die Bevölkerung zu vermehrter Anstrengung angestachelt, die Produktivität zu erhöhen. Zur Belohnung gibt es "ein rotes Ehrenbanner der Partei". Der Widerspruch zwischen Plan und Anreiz zur Produktivitätssteigerung ist ein strukturelles Merkmal der DDR-Wirtschaft. Stefan Ebank beschreibt die Aktivitäten anläßlich des 30. Jahrestages der DDR und weist auf ihre ökonomischen Probleme hin.

Der Iran nach der Revolution

Seite 18

Hinter den Kulissen einer Auseinandersetzung zwischen religiösen Führern, die sich alle auf Khomeini beziehen, vollzieht sich in Iran ein Klassenkampf. M. Massarrat untersucht in seinem Beitrag die Entwicklung der persischen Revolution, bei der um den Inhalt dessen gekämpft wird, was sich nebulös Islamische Republik nennt. Und im Hintergrund steht immer noch eine Armee, die zwar in desolatem Zustand ist, aber reorganisiert werden kann.

Alle Bilder auf dieser Seite, sowie das Titelbild (Atommodell in Brüssel) sind dpa-Bilder

Inhaltsverzeichnis

Gisela Escovinha: Portugal – Kampf um Agrarreform 4

Bernd Meyerspeer: Frankreich – ein Jahr danach 5

Robert Detobel: Wahlen in Zimbabwe 8

Wladyslaw Sulecki: Bericht eines polnischen Bergarbeiters 10

Arbeitsausschuß zu Havemann 11

Stefan Ebank: 30 Jahre DDR 12

Claus Leggewie: Zur Europawahl 14

M. Massarrat: Iran nach der Revolution 18

Dany Diner: Öffentlichkeit und Demokratie in Iran 21

Rolf Schwendter: Thesen zum Gesundheitswesen 23

Robert Detobel: Schulpsychiatrie 24

Bernhard Meier: Verfahren gegen "De Schnüss" 26

Detlev Claussen: ... und Majdanek und ... 27

W. Rack/D. Wolf: Frankfurter Lehrertag 28

Arno Klönne: Fall Sigrist? 29

Ulrich Räbiger: Grohnde 30

Jürgen Schmidt: Rock gegen Rechts 31

Theatertournee 32

Portugal —

Der Kampf um die Agrarreform

Seit der "Revolution der Nelken" vom 25. April 1974 spielt der Kampf um die Agrarreform eine entscheidende Rolle für die politische Entwicklung Portugals, er ist geradezu Gradmesser für die jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Wie in früheren Beiträgen in "links" gezeigt wurde, sind diese allerdings auch von internationalen Faktoren (NATO, EG, Internationaler Währungsfonds usw.) abhängig, die den Handlungsspielraum der portugiesischen Linken erheblich einschränken (vgl. "links" Nr. 104, Nov. 1978). Der Widerstand der Landarbeiter-Kooperativen und der portugiesischen Linken gegen alle Versuche, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, hat es deshalb mit schwierigen Bedingungen zu tun.

"Die Regierung will die Agrarreform zerstören"

"Wir kämpfen für das Recht auf Arbeit, nicht für Besitz", erklärt Zillah Branco, die für den Agrarsektor zuständige Referentin des gewerkschaftlichen Dachverbandes CGTP-INTERSINDICAL. Immer mehr Landarbeiter müssen um ihren Arbeitsplatz fürchten und das sogar in den Produktionsgemeinschaften, die nach der Revolution vom 25. April 1974 überall wie Pilze aus dem Boden schossen (zur Zeit an die 600).

Inzwischen verloren seit Mitte 1977 schon 12.900 Landarbeiter ihren Arbeitsplatz. Diese Zahl gab die dritte Konferenz über die Agrarreform bekannt, zu der im Dezember 1978 Delegierte aller Kooperativen in Evora zusammentrafen und Bilanz über die bisherige Entwicklung auf dem Agrarsektor zogen.

Verzweifelt versuchen die Kooperativen, so viele Arbeiter wie möglich zu halten, doch reicht ihr Landbesitz immer weniger aus, um allen Brot und Arbeit zu geben. In einigen Fällen erhalten die Arbeiter seit Monaten kein volles Gehalt mehr. "Die Regierung Mota Pinto will die Agrarreform zerstören! Wir müssen die Errungenschaften der Revolution verteidigen!", heißt es auf der Konferenz.

88.000 ha Land wurden laut Angaben der Gewerkschaft seit 1977 den Kooperativen weggenommen und an die alten Grundbesitzer zurückgegeben. Ferreiro do Amaral, derzeitiger Agrarminister, spricht sogar von 120.000 ha.

Grundlage für dieses Vorgehen ist das im August 1977 verabschiedete Agrargesetz, das sogenannte "Lei Barreto", genannt nach dem damaligen Landwirtschaftsminister Barreto unter der ersten konstitutionellen Regierung des Sozialisten Mario Soares. Dieses Gesetz legt anhand eines Punktesystems die Größe des Landbesitzes fest, die jedem Agrarier zusteht. Jeder darüber hinausgehende Grundbesitz soll mit Entschädigung enteignet werden. Im Vergleich zum ersten Agrarreformgesetz, das kurz nach der Revolution geschaffen wurde, erhöht das Barreto-Gesetz die Punktezahl und damit die Landgröße, die jedem "Landlord" zusteht.

Die Parteien und das Agrargesetz

Von der konservativen und der kommunistischen Partei, aus entgegengesetzten Motiven, gleichermaßen scharf attackiert, steht das Barreto-Gesetz seit seiner Verabschiedung im Kreuzfeuer der politischen Auseinandersetzung in Portugal. "Ohne eine Lösung des Agrarproblems wird es keine Stabilität geben", ist die einhellige Auffassung überall im Lande. Nach Ansicht der Partei der konservativen Zentrumsdemokraten CDS spricht das Gesetz den Großgrundbesitzern zu wenig Land zu und begünstigt die Kollektivwirtschaft, die die Ursache für Produktionsverluste sei. Für die kommunistische Partei stellt das Gesetz nicht nur eine Rücknahme der Agrarreform dar; sie bezeichnet das Gesetz sogar als illegal, da es nicht mit in der Verfassung niedergelegten Grundsätzen (wie z.B. dem Mitspracherecht der Landarbeiter) vereinbar sei. Die Landarbeiter auf den Kooperativen klagen: "Das Gesetz Barretos begünstigt die Großagrarier. Sie können sich das Land auswählen, das sie zurückhaben wollen, und natürlich nehmen sie sich das fruchtbarste Land. Das führt manchmal zu einer völligen Zerstückelung unseres Bodens, so daß die Flächen für eine rationelle Landbearbeitung zu klein werden, oder aber wir kommen nur auf weiten Umwegen zu unserem Land, weil wir nicht das Areal des Grundbesitzers durchqueren dürfen. Außerdem wird das Gesetz nicht einmal erfüllt, denn es wird nur Land an die alten Besitzer zurückgegeben, aber kein neues enteignet, wie es das Gesetz vorschreibt."

Antonio Campos, Sozialist und einst Staatssekretär im Agrarministerium unter der Regierung Soares und mitverantwortlich für das Gesetz Barreto, bestätigt dies: "Bisher wurde das Gesetz nur bis zu 20% erfüllt. Es müssen noch weitere 350.000 ha Land enteignet werden, aber ca. gleich viel Land muß auch an alte Besitzer zurückgegeben werden. Uns, der sozialistischen Partei, erscheint es deshalb als die dringlichste Aufgabe zur Zeit, das Gesetz endlich in die Praxis voll umzusetzen. Es könnte sonst bald zu spät sein."

Das größte Problem ist die Arbeitslosigkeit

Wie ist es möglich, daß lt. Gesetz ca. gleich viel Land enteignet wie auch an die alten Besitzer zurückgegeben werden muß? (Die Gewerkschaft spricht allerdings von 700.000 ha Land, das noch zu enteignen sei.) Die wilden Landbesetzungen nach der Revolution geben hierfür eine Erklärung. Die meisten Enteignungen geschahen nämlich nur auf Druck der Landarbeiter, die die Regierung sozusagen vor vollendete Tatsachen stellten. Teilweise kam es so zu gesetzlich nicht mehr berechtigten Landbesetzungen, teilweise in Gebieten mit schwacher Arbeiterbewegung zu gar keinen Besetzungen.

Nicht nur Land, auch Vieh und Maschinen müssen die Kooperativen an die alten Besitzer zurückgeben. Das größte Problem ist aber die Arbeitslosigkeit, die mit der Landrückgabe entsteht.

Als sich die Kooperativen bildeten, versuchten sie, so viele Arbeiter wie möglich aufzunehmen, um dem Elend der Arbeitslosigkeit auf dem Land ein Ende zu bereiten. Während die Grundbesitzer das Land oft brach liegen ließen und nur zur Oliven- und Korkernte Arbeiter einstellten, begannen die Produktionsgemeinschaften eine intensive Bebauung

In der letzten "links" riefen wir auf zur internationalen Hilfe für die Kooperative in Quebradas. Sie ist jedoch nicht die einzige in ihrer Existenz bedrohte Genossenschaft in Portugal, die dringend Unterstützung brauchen.

Die Portugal-Initiative Hannover hat im März mit den Spenden, die während einer Solidaritätstournee mit José Afonso gesammelt wurden (rund 12.000 DM), verschiedene Kooperativen in Portugal unterstützt. Ende Mai führte diese Initiative in Hannover auch ein Treffen durch, das dem Kennenlernen und der Koordination von bundesdeutschen Portugalgruppen dienen sollte. Dabei wurden unter anderem auch die künftigen Spendenschwerpunkte untereinander abgesprochen.

Weitere Informationen, etwa über die Möglichkeit von Protestschreiben an die portugiesischen Behörden, bei: Portugal-Initiative Hannover, c/o Michael Vester, Bethlehemplatz 4, 3 Hannover 91.

Spenden, am liebsten Daueraufträge, an: Michael Vester, Portugal-Spenden, BfG Hannover (BLZ 50210111), Konto-Nr. 184069.

des Bodens (laut Angabe der Agrarkonferenz wurden 217.000 ha zusätzlich kultiviert) und konnten deshalb auch mehr Landarbeiter aufnehmen. Die Zahl der fest eingestellten Arbeiter erhöhte sich von 11.100 in 1974 auf 43.000 in 1978, die Zahl der Gelegenheitsarbeiter nahm im gleichen Zeitraum von 21.700 auf 59.000 zu. Die hohe Zahl weist darauf hin, daß viele Kooperativen unter Überbeschäftigung leiden; dieser Zustand wird natürlich lebensbedrohend, wenn ihnen zusätzlich Land weggenommen wird. Laut Angaben der Gewerkschaft führte dies schon zur Zerstörung von sieben Kooperativen, die liberale Tageszeitung "Diario de Noticias" spricht sogar von 25 Auflösungen von Kooperativen.

Wer hilft den Kooperativen?

Auch in finanzieller Hinsicht geht es den Kooperativen schlecht. Nach der Revolution erhielten sie relativ leicht Kredite, allerdings mit nur einjähriger Laufzeit. Viele Kooperativen investierten das Geld in Vieh und Maschinen und haben natürlich heute Schwierigkeiten, den Kredit zurückzuzahlen. Neue Kredite werden nur noch selten vergeben, so daß sich die Kooperativen 1978 zu 75% selbst finanzieren mußten, wie die Agrarkonferenz bekanntgab.

Der Mangel an fachmännischer Beratung ist besonders schwerwiegend. "Dieses Jahr verloren wir viel Saatgut, weil wir nicht wußten, welche Getreideart für unseren Boden am Geeignetesten ist. Wir baten vergeblich um einen Agronomen", erzählt José Manuel von der Kooperative "Gute Hoffnung". Von staatlicher Seite können die Kooperativen offenbar kaum mit Hilfe rechnen, ihrer Selbsthilfe (zeitweilige Einstellung eines Agronomen) sind aus finanziellen Gründen Grenzen gesetzt. Umso ermutigender sind die Beispiele einiger gut organisierter Kooperativen, die sogar Kinderkrippen und kostenlose Verpflegung alter Menschen eingeführt haben. Die Kooperative "1. Mai" in Aviz ist ein Beispiel dieser Art. Es ist wohl zu vermuten, daß ohne die Unterstützung der KP Portugals insbesondere in organisatorischer und technischer Hinsicht diese Produktionsgemeinschaften nicht möglich wären. Da sich die KP traditionell am stärksten für die Interessen der Landarbeiter eingesetzt hat und dies auch heute noch tut, ist es nicht zu verwundern, daß sie im Süden, der Zone der Agrarreform, eine starke Basis hat.

Dennoch gibt es auch zahlreiche Kooperativen, die keine Unterstützung einer Partei erhalten. Ihnen geht es oft besonders schlecht. Die Gewerkschaftszentrale CGTP-INTERSINDICAL, die der KP nahesteht, hatte den 24. Januar zum "Tag der Verteidigung der Agrarreform" erklärt. Im Süden des Landes traten die Landarbeiter und die Kleinbauern zu fast 100% in den Streik. In den Städten wurden sie von zahlreichen Industriearbeitern unterstützt, die für eine kurze Zeit ihre Arbeit niederlegten. Streik zur Verteidigung der Agrarreform bedeutet in Portugal gleichzeitig Verteidigung der Errungenschaften der Revolution und Kampfansage der zunehmenden Rechtsentwicklung im Lande. Die Agrarreform dient vielen als Gradmesser der politischen Entwicklung Portugals. Die fortschreitende Zurücknahme der Agrarreform ist vielen ein Zeichen der Stärkung der Elemente, die vor der Revolution das Sagen hatten.

GISELA ESCOVINHA

Ein Jahr danach

Frankreich nach der Linksunion

1. Teil

Bernd Meyerspeer arbeitet seit über einem Jahr als Maschinenschlosser bei der Automobilfabrik Citroën in Paris. Er schildert das Frankreich nach den Wahlen 1978 eher in Bildern als streng analytisch. Der zweite Teil seines Beitrags erscheint in der nächsten "links".

Im März 1978 waren Wahlen zum Parlament. Die konservative Mehrheit behauptet ihre Position. Die traditionelle Linke aber gewinnt Parlamentssitze dazu. Das eh schon brüchige Linksbündnis zwischen kommunistischer Partei, sozialistischer Partei und der kleinen radikalen Partei löst sich nach den Wahlen endgültig auf. Staatspräsident Giscard d'Estaing kündigt als erstes eine "soziale Öffnung" an. Aber bereits im Monat Juni bricht der erste große soziale Konflikt aus. Bandarbeiter bei Renault fordern bessere Arbeitsbedingungen und höheren Lohn. Dann beginnt die traditionelle französische Sommerpause. Im Herbst, nach Schulbeginn, protestieren die Schüler gegen unzumutbare Schulbedingungen. Die Lehrer solidarisieren sich und machen auf ihre miserable soziale Situation aufmerksam. In Nantes und St. Nazaire beginnen die Schiffbauer zu streiken. Betriebsbesetzungen folgen. Die ersten heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei sind zu beobachten. In Mittelfrankreich kündigt die Firma Manufrance die Schließung ihrer Produktionsstätten an. Und im Norden übernimmt der Staat die Kontrolle über die Stahlindustrie. Als erstes werden 20.000 Entlassungen bis Anfang der achtziger Jahre angekündigt. Umstrukturierung, Neuorganisation und Konzentration der Fabrikation sind die nächsten Maßnahmen. Lothringen, das traditionelle Zentrum der französischen Stahlindustrie und des Kohlebergbaus, soll sterben. Eine alte Arbeiterklasse soll zerbrochen und marginalisiert werden. Aber, diese Region beginnt sich zu wehren ...

Vorfrühling

"Das war fantastisch. Die hierarchischen Beziehungen waren plötzlich weg. Ich hatte keinen abgegrenzten Raum mehr um mich, sondern kämpfende Kollegen. Der Unterschied zwischen denen, die die Postwagen entladen und denen, die die Post aussortieren, war plötzlich aufgehoben. Keine Hindernisse mehr in den Beziehungen unter den Leuten. Viele getrauten sich zum ersten Mal offener zu sprechen. Und nicht nur über die Gewerkschaften oder die Politik. Da wurden Karten gespielt; dort hatte jemand eine Gitarre mitgebracht und irgendwo anders wurde diskutiert. Zum ersten Mal befand man sich nicht mehr in den verschiedenen Abteilungen eingezwängt. Auf den Versammlungen, die zweimal am Tag stattfanden, ergriffen die Leute das Wort. Wir fühlten uns zusammengehörig, und das gab uns die Möglichkeit, eine ganze Reihe von Dingen neu zu erfahren."

François ist Briefsortierer bei der Post. Und das sind seine Erinnerungen an einen Streik. Zorn, Arbeitsniederlegungen und Besetzungen bei Post und Bahn. Das war vor den Wahlen im März 1978. Die Arbeitsbedingungen, die niedrigen Löhne und die überall spürbaren Rationalisierungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst standen damals im Mittelpunkt der Diskussion. Dann wurde es ruhiger. Der Wahlkampf begann. Die Gewerkschaften verhielten sich taktisch. Ein eventueller Wahlsieg der schon brüchigen Linksunion (1) sollte keiner Gefahr ausgesetzt werden. Danach ließen sich sicher wichtige soziale Forderungen leichter und mit Unterstützung der politischen Parteien durchsetzen. Es kam anders. Die konservative Mehrheit ging einmal mehr siegreich aus den Wahlen hervor.

Ein Frühling ohne Nelken

Die parlamentarische Linke hatte sich zwar zahlenmäßig gestärkt, aber die eh schon vor den Wahlen sichtbare Zerbröselung der "po-

litischen Einheit" zwischen sozialistischer Partei und kommunistischer Partei schlug kurz danach in öffentliche Feindschaft um. Gegenseitig schob man sich die Schuld an der Niederlage zu.
Die Sozialistische Partei ist seitdem in die Selbstanalyse gegangen. Sieben verschiedene Strömungen, mehr oder weniger gewichtig, versuchen, der Partei wieder eine politische Geschlossenheit zu geben. Es wird um "Programme" gekämpft und im April, nach Beendigung des nationalen Kongresses, soll es dann soweit sein. Wird Mitterrand weiterhin Vorsitzender der Partei bleiben, werden die "Sozialdemokraten" sich durchsetzen? Oder werden die anderen, die alle irgendwie für sich die "Autogestion" (2) beanspruchen, und in sich so unterschiedlich sind, die innerparteiliche Mehrheit erreichen? Michel Rocard, ehemaliger Vorsitzender der linkssozialistischen PSU (3), steht für diese politische Richtung. Was daraus dann wirklich wird, wie die Sozialistische Partei in Zukunft aussehen wird, ist für einen Außenstehenden schwer zu beurteilen. Im Augenblick macht diese Partei einen sehr konfusen Eindruck. Aber scheinbar hat sie ihre Anziehungskraft für einen französischen Wähler nicht verloren.
Die Kommunistische Partei übte sich nur sehr mäßig, eigentlich überhaupt nicht in Selbstkritik. Es waren vor allem die Intellektuellen dieser Partei, wie Elleinstein oder Althusser, die öffentlich zur Selbstreflexion aufforderten und die Spalten des Zentralorgans "Humanité" für eine gründliche Debatte öffnen wollten. Das Politbüro, das Zentralkomitee und die "schweigende Mehrheit" in der Partei brachten dafür aber nur sehr wenig Enthusiasmus auf. Die Schuld hatten ja sowieso die anderen. Und mit dem "Stalinismus" hatte man ja auf dem 22. Parteitag endgültig abgerechnet. Linie und Geschlossenheit waren wichtiger, wie immer, wenn Unbequeme sich zu Wort melden. Und so sind es heute wieder die gleichen wie damals, die zur Vorbereitung des anstehenden 23. Parteitags sich erheben, ihre Kritik nicht verstummen lassen wollen, und dazu auffordern, daß die Partei sich endlich den wichtigen Problemen wirklich stellt: Das ist die Haltung gegenüber der Sowjetunion und gegenüber den Dissidenten des Ostens. Das ist die Diskussion über den Bruch der Linksunion und das damalige gemeinsame Programm mit der sozialistischen Partei. Das ist die Bestimmung eines neuen Weges zum Sozialismus, der den Erfahrungen der Geschichte Rechnung trägt und die Krise, die die heutige Welt durchzieht, gründlich durchdenkt. Das ist eine Parteiidee, die die Funktion der Partei und die innerparteiliche Demokratie nicht als zentralistisches Problem sieht.
Es scheint nicht leicht "Eurokommunist" zu sein, wenn die dunklen Flecken der eigenen Geschichte nicht aufhören wollen zu quälen. Es drückt und beißt. Aber vergessen ist einfacher. Ein Kompromiß ist bequemer, und die Tagespolitik drängt. Und was das Ziel des Sozialismus anbetrifft, ist man sich ja einig. Es wird einer in den Farben Frankreichs sein. Hat man damit nicht bewiesen, daß man "Patriot" ist und sich von den Makeln der Geschichte endgültig gelöst hat?
Die Kommunistische Partei hat ihre Linie. Da gibt es keine endlosen öffentlichen Debatten. Und der alte Arbeiterstamm wird sicher zu ihr halten.

Olle und Wolter

30 Jahre Bundesrepublik! Aus diesem Anlaß legen wir keine kritische Würdigung, sondern eine würdige Kritik vor:

Altvater · Hoffmann · Semmler
Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise
Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik

Olle & Wolter

432 Seiten, DM 34,-

Verlag Olle & Wolter
Postfach 4310, 1 Berlin 30

Ein etwas ungewöhnlicher Montagmorgen

Paris. Es ist der erste Montag nach den Wahlen. Zwischen waghalsig anmutenden Wolkenkratzern im amerikanischen Architekturstil und der peripheren Stadtautobahn – davor die Seine und dahinter der noch nicht von der Stadtsanierung zerfressene 15. Bezirk – stehen die Überreste einer großen französischen Automobilfirma. Große dunkle Hallen, unter Stahlskeletten, die an Konstruktionen des nahestehenden Eiffelturms erinnern, geben einen Eindruck davon, wie es einmal zu den Anfangszeiten des Automobilbaus gewesen sein mag. Daß heute hier noch Maschinen lärmen, Fließbänder den Takt diktieren und Arbeiter geschäftig sind, läßt erstaunen und erzittern zugleich. Aber heute an diesem Montag war zu spüren, daß es etwas länger dauern würde, bis die gewohnte Fabrikroutine in Gang kommt.
Die Halle der zentralen Maschinenrevision und der Neukonstruktion von Werkzeugmaschinen versteckt sich hinter einem Bürobau. Facharbeiter mit mittlerer und höherer Qualifikation stehen in Gruppen zusammen. Das gleiche Bild in der angrenzenden Dreherei und Fräserei. Man hört keine lauten Diskussionen. Eher abwägend, zweifelnd, enttäuscht und resignativ. Einige fanden sich bestätigt. Pierre z.B., ein junger, kraushaariger Schlosser, hat es so kommen sehen: "Der Streit zwischen den politischen Parteien der Linken. Das konnte nicht gut gehen. Das mußte zur Wahlniederlage führen. Wahrscheinlich ist das auch besser so. Denn danach wäre es ja sowieso zum Bruch gekommen, und im Herbst hätte die Regierung Neuwahlen ausschreiben müssen." Seine Hoffnungen konnten nicht mehr begraben werden. Fast alle haben sie sozialistisch oder kommunistisch gewählt. Nur wenige, die den Konservativen ihre Stimme gaben. Man sah es ihren Gesichtern an. Die Niederlage. Es war also aus mit der sofortigen Anhebung des Mindestlohns auf 2.400 F. Es wird keine fünf Wochen garantierten Jahresurlaub geben (4). Die Verbesserung der sozialen Situation im Betrieb wird nicht in Gang kommen. Und die Werkstatträte sind wieder zur Utopie geworden. Die Aufsplitterung der Lohngruppen wird sich nicht vermindern. Und die krassen Lohnunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten werden bleiben. Der Betrieb wird nicht verstaatlicht. Und die Hierarchie wird weiterhin regieren können wie bisher. Unmündigkeit und Eingeschränktheit werden kein Ende nehmen. Die Kontrolle und Mitentscheidung bleiben da, wo sie schon immer waren. Und die Beschneidung der persönlichen und gewerkschaftlichen Freiheit für Mitglieder der CGT und CFDT in diesem Betrieb wird auch in Zukunft weitergehen.
Forderungen, Hoffnungen und Träume, die erst einmal begraben werden müssen. Vieles ist nun endgültig in sich zusammengefallen. Es wird also weiterhin dauern, bis sich wirklich etwas verändert.
Es wäre ja auch zu schön gewesen, wenn ... oder hätten dann erst die Schwierigkeiten angefangen? So kennt man sich aus. So weiß man, wie es ist. War man wirklich von allem überzeugt, daß es richtig ist? Hätte man sich wirklich eingesetzt? Oder hätte man nach dem anfänglichen Enthusiasmus wieder aufgegeben? Offene Fragen.
Sehr schnell zog dann wieder Routine und Fabrikalltag in dieses industrielle Museum ein, das so an Emile Zolas Erzählungen erinnert. Daß sich allerdings mit der neuen alten Regierung die Verhältnisse ändern würden, daran glaubte keiner. Die Wirklichkeit gab ihnen sehr schnell recht.

Die nichtstattgefundene "soziale Öffnung"

Kontinuität und neuer Schwung. Das waren wohl die Vorstellungen von Staatspräsident Giscard d'Estaing, als er verkündete, in Zukunft offizielle Gespräche mit der Opposition und den Gewerkschaften zu führen. Sie sollten ihre Wünsche und Forderungen vortragen können. Anders als bisher sollte ihnen nun Gehör geschenkt werden. Die Orientierung am "deutschen Modell" war nicht zu übersehen. Die östlichen Nachbarn sind mit Sozialpartnerschaft und konzertierter Aktion gut gefahren. Ihre wirtschaftliche und politische Stärke ist gewachsen, während Frankreichs Wirtschaft immer mehr in Schwierigkeiten geriet. Da mußte also etwas geschehen. Daß das schmerzlich sein und nicht ohne soziale Eruptionen abgehen würde, war dem Wirtschaftsprogramm von Premierminister Barre abzulesen.
Die Neustrukturierung der französischen Wirtschaft steht an erster Stelle. Modernisierung und Rationalisierung heißen weitere Schlagworte. Konkurrenzfähigkeit ist dann das gewünschte Ergebnis. Im Zeitalter der Krise des Systems geht das nur auf Kosten der Arbeitsplätze. Fabrikschließungen, Stillegungen der unrentablen Sektoren zugunsten der Arbeitsteilung in Europa oder der Verlagerung der Produktion in wirtschaftlich günstigere Zonen, Stärkung und Konzentration der produktiven Betriebe, das sind auch in Frankreich die Inhalte der neuen liberalen ökonomischen

Politik. In Deutschland konnte man diesen Entwicklungsprozeß schon früher beobachten. Frankreich ist im Verzug. Die Verspätung muß nach- und aufgeholt werden. Es bleibt nicht viel Zeit, sonst beißt dieser schon wieder gefürchtete Nachbar noch tiefer zu.

Daß sich die Regierung gerne der Zusammenarbeit und der Unterstützung durch die Opposition versichert hätte, war also registriert worden. CGT, CFDT und auch die kleinere FO (5) bemühten sich, die Anhebung des Mindestlohns zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Soziale und gewerkschaftliche Einflußnahme in den Betrieben wurde als weitere Forderung erhoben. Beim Mindestlohn wurde etwas erreicht. Dann war diese "Zusammenarbeit" aber bald zu Ende. Man kam nicht mehr richtig voran. Dem rechten Flügel des Regierungslagers war das alles schon zuviel. Dann trat Schweigen ein.

Die politischen Parteien mußten sich zunehmend mit den Schwierigkeiten in ihren eigenen Reihen auseinandersetzen. Das betraf sowohl die Linke als auch die Rechte. Und auf das Verhältnis von CGT und CFDT hatte der endgültige Bruch der Linksunion auch seine Auswirkungen. Georges Séguy, Generalsekretär der CGT und Mitglied im Politbüro der kommunistischen Partei, sparte nicht mit Schuldvorwürfen an die andere Seite. Edmond Maire, Sekretär der CFDT, übte sich in Zurückhaltung. Für ihn gilt das alte französische syndikalistische Prinzip, Gewerkschaftspolitik und Parteipolitik nicht miteinander zu vermengen.

Inzwischen sah man der politischen Sommerpause entgegen. Im Herbst sollte es dann vielleicht weitergehen. Aber noch bevor die Ferien begannen, brach der erste größere Streik nach den Wahlen aus. Revolte bei Renault. Die Form dieses Streiks sollte einen Vorgeschmack auf Winter und Frühjahr 1979 geben.

"So, wie wir etwas ändern, werden wir auch leben"

Renault-Le Mans, Renault-Cléon, Renault-Sandouville, Renault-Douai, Renault-Flins. Streik.

Flins ist ein kleiner Ort in westlicher Richtung von Paris. Rechts der Autobahn nach Rouen liegt eine neue und moderne Fabrik. Es ist die zweitgrößte des Renault-Konzerns. Unter ihren Dächern arbeiten 25.000 Arbeiter und Angestellte. Eine Fabrik, die seit Mai 1968 nie mehr richtig zur Ruhe kam.

Im Kern der Fabrikansiedlung ist die Karosseriepresserei. Eine Dezibelhölle. Riesige Ziehpressen pfeifen, ziehen ihren Stempel hoch und lassen ihn dann mit mehreren hundert Tonnen Gewicht auf die glatte, dünne Blechplatte niedersausen. Mehrere hundert Mal am Tag und in der Nacht. Unaufhörlich. Die Maschine treibt den Takt. Nicht nur eine. Es sind viele in dieser Halle.

Die Fehlquote unter den Arbeitern hier steigt manchmal bis zu 15% an. 500 Arbeiter stehen hier an den Pressen. In der betrieblichen Hierarchie sind sie ganz unten eingestuft. Man nennt sie einfach O.S. (6).

Am 6. Juni ist Ruhe in dieser Fabrikhalle. Nichts bewegt sich mehr. Streik. Die Halle ist besetzt. Ein neuralgischer Punkt der Produktion. Ohne Karosserieteile keine Autos. Plötzlich Schreie, Stöße und Schläge. Schrauben fliegen auf Meister, die versuchen, die Pressen in Gang zu setzen.

Ausländische Arbeiter, Maghrebianer. Sie sind weg von zu Haus. In einer feindlichen Welt. Rassismus bei den Vorgesetzten. "Diese Terroristen, die uns fertig machen wollen".

Entfesselung, Stillstand, Bewegung, Vergewaltigung der Arbeitsdisziplin, Auflehnung, Sand im sonst gut funktionierenden "Fordsystem".

Sie nehmen eine alte Forderung der O.S. bei Renault wieder auf: Höhergruppierung und Eingruppierung als Facharbeiter (7). Das bedeutet einen höheren Lohn und gleichzeitig eine Anhebung ihres Qualifikationsstatus in der betrieblichen Hierarchie. Seit 1970 wird diese Forderung unter den O.S. diskutiert und von den Gewerkschaften vorgetragen. Nichts hat sich seither geändert. Die Fließbänder sind immer noch die Fließbänder, und die O.S. sind immer noch O.S.

Diesmal zeigen sich die Arbeiter dickköpfig. "Zum ersten Mal haben wir unsere Halle das ganze Wochenende über besetzt. Der Firma ist es nicht gelungen, genügend Streikbrecher zu organisieren. Diesmal haben wir uns gehalten, denn mehrere hundert Kollegen haben sich während der Nächte gegenseitig abgelöst", erzählt ein junger Marokkaner. Und Diallon, ein afrikanischer Arbeiter, meint: "Ich arbeite vierzig Stunden in der Woche und verdiene 2.500 F. Davon bezahle ich 600 F Miete. Ich habe drei Kinder, und zum Leben bräuchte ich mindestens 3.000 F im Monat." "Bei einem Koeffizienten von 170, die Prämien dazugerechnet, verdiene ich etwa 2.700 F im Monat. Ich bezahle 680 F Miete. Ich muß drei Kinder ernähren. Meine Frau arbeitet nicht. Um etwas hinzuzuverdienen, mache ich samstags Kleintransporte. Und seit ich hier bei Renault bin, geht auch mein ganzer Urlaub für diese Beschäftigung drauf ... Aber das kann so nicht mehr weitergehen. An die Rente brauch ich dann gar nicht mehr zu denken. Was wir brauchen, ist eine einheitliche Lohnerhöhung und keine in Prozenten. Die, die am wenigsten haben, müssen endlich mal etwas davon haben", bringt Robert, Mitglied der CGT, in die Diskussion ein. Und Ali sprudelt wütend heraus: "Man behandelt uns wie Handlanger. Wir wollen nicht unser ganzes Leben lang O.S. bleiben. Wir wollen die Möglichkeit haben, weiterzukommen, eben auch eine bessere berufliche Qualifikation erreichen."

Und noch eine wichtige Forderung wird in diesem Konflikt erhoben: Sicherung der Arbeitsplätze für die ausländischen Arbeiter. Seit einiger Zeit wird das zum brennenden Problem, denn die Regierung versucht mit den unterschiedlichsten Mitteln, die Arbeitsemigranten in ihre Heimatländer zurückzuschicken. "Seit letztem Jahr", sagt Ahmed, "schnauzen uns die Meister an. Ständig wiederholen sie: 'Wenn Du nicht zufrieden bist, dann geh doch dahin zurück, wo Du herkommst'. Wir haben im Augenblick die Schnauze voll davon. Genauso wie die französischen Arbeiter fordern wir auch Arbeitsplatzgarantien. Und übrigens sind die Franzosen bereit, an den Pressen zu arbeiten?"

Wie in jeder europäischen Automobilfabrik haben auch bei Renault die Stückzahlen von Jahr zu Jahr zugenommen. Überall neue und schnellere Maschinen mit weniger Arbeitsgängen. Apparate und Einrichtungen, die automatisch arbeiten. Industrieroboter und Computer, wo früher Menschen standen.

Da, wo 1968 noch 60 Teile gemacht wurden, werden heute 180 Stück pro Stunde gefertigt. Und für den neuen Renault 18, dessen Produktion kurz vor dem Streik anlaufen sollte, sind viele Karosserieteile schwerer und schwieriger zu handhaben.

Der Streik und die Besetzung weiten sich nicht aus. Die französischen Arbeiter üben nur mäßig Solidarität. Die CFDT, mehr als die CGT, nimmt die Forderungen auf, und am Werkseingang hängt ein großes Transparent mit dem Motto: "So wie wir etwas ändern, werden wir auch leben".

Aus dem größten Renault-Werk in Boulogne-Billancourt werden Solidaritätserklärungen geschickt. Praktische Solidarität aber mit den anderen Werken bleibt aus. Die latente Kluft zwischen Facharbeitern und angelernten Arbeitern, zwischen französischen Arbeitern und ausländischen Arbeitern, zwischen Alten und Jungen in den großen Fabrikzusammenballungen ist deutlicher als zuvor sichtbar.

So wird der Streik für die Betroffenen nicht zum Erfolg. Die Werksleitung beginnt einen harten und unnachgiebigen Kurs einzuschlagen. 50.000 Bestellungen liegen für das neue Modell vor. 3.900 Motoren und 6.500 Getriebe verlassen täglich das Werk. 1.100 Tonnen Aluminium werden im Monat vergossen. Und durch den Streik sind jetzt 9.000 Arbeiter blockiert. Die Arbeit muß also so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden. Meister, Techniker und Ingenieure versuchen, die Produktion in Gang zu setzen. Dann werden knapp eine Woche später, morgens um halb sechs, die Hallen von der Polizei geräumt. Zum ersten Mal CRS (8) in der Fabrik. In Würde ziehen sich die Arbeiter zurück. Entlassungen und eine Niederlage mehr. Aber, so schreibt eine große Pariser Tageszeitung: "Die Glaubwürdigkeit der sozialen Öffnung ist von Tag zu Tag mehr bedroht". Und der "Figaro" sieht einen "dunklen Horizont" heraufziehen.

BERND MEYERSPEER

(1) Zur "Linksunion" gehören die Kommunistische Partei (KPF), die sozialistische Partei (PS) und die Bewegung der radikalen Linken (MRG).

(2) "Autogestion" ist in etwa mit "Selbstverwaltung" zu übersetzen. Ein politisches Konzept, das eigentlich gegen die "Mitbestimmung" entwickelt ist. Es wird hier in Frankreich, je nach politischem Standort, mit sehr unterschiedlichen Inhalten versehen.

(3) PSU – Parti Socialiste Unifié. Die vereinigte sozialistische Partei hat sich Anfang der 60er Jahre aus der damaligen Sozialistischen Partei (SFIO) herausgebildet. Als linkssozialistische Gruppe ist sie zwischen der traditionellen Linken und der extremen Linken einzuordnen. Anläßlich der Wahlen hat sie sich vor allem mit ökologistischen Gruppen zur "Front autogestionnaire" zusammengeschlossen.

(4) 1936 hat die damalige "Front populaire" einen dreiwöchigen gesetzlich garantierten Jahresurlaub eingeführt. Seit dieser Zeit ist dieses Gesetz nicht geändert worden. Offiziell gibt es also auch heute noch drei Wochen Jahresurlaub. Durch innerbetriebliche Regelungen erhalten aber die meisten französischen Arbeitnehmer mindestens vier Wochen Urlaub im Jahr.

(5) FO – Force ouvrière. Eigentlich heißt sie richtig CGT/FO. Sie ging aus einer Abspaltung der CGT hervor, ist heute die drittgrößte Gewerkschaft und vertritt eine "sozialdemokratisch" orientierte Gewerkschaftspolitik.

(6) O.S. – ouvrier specialisé. Entspricht einem Arbeiter ohne Berufsausbildung.

(7) In der Bundesrepublik gibt es sowohl für angelernte Arbeiter als auch für Facharbeiter die gleiche Lohngruppenskala. Es kann durchaus vorkommen, daß sich ein angelernter Arbeiter in der gleichen Lohngruppe wie ein Facharbeiter befindet. In Frankreich ist das nicht möglich. Es gibt eine strikte Trennung zwischen Lohngruppen für die O.S. und den Lohngruppen für die P (professionnel). Die Aufsplitterung der Lohngruppen und Kategorien für diese beiden Arbeitergruppen ist fast unüberschaubar. Bei der Automobilfirma Citroen z.B. gibt es mehr als 70 verschiedene Lohnstufen, durch die aber nur eine "grobe" Einteilung geregelt ist.

(8) Spezialeinheit der französischen Polizei.

Wahlen in Zimbabwe

Wahlen in Zimbabwe haben nun entgegen skeptischer Voraussichten etlicher Beobachter doch stattgefunden. Muzorewa ist der Wahlsieger. Seine inzwischen alles andere als geeinte UANC holte 51 Sitze, Sitholes ZANU 12, die Weißen hatten sich 28 Sitze reserviert. Zunächst hatten sie eine Sperrminorität von 34 Sitzen gefordert. Muzorewa trotzte also 6 Sitze ab. Ein Schwarzer somit, mit dem sich nach westlichem Demokratieverständnis rechnen läßt.

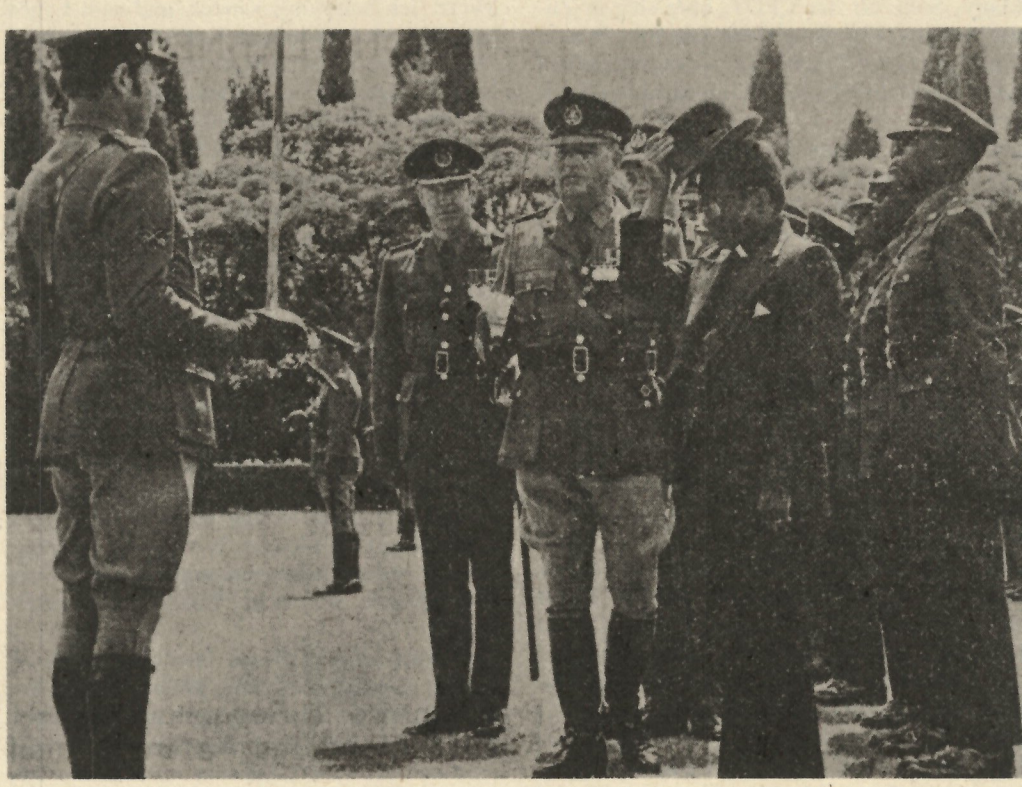
Auf die UANC und ihre elektorale Mehrheit rechnen wollen die Westmächte trotz einigermaßen sauberer Inszenierung des formalen Verfahrens der Wahl dennoch nicht. Der Wahlzettel, das Entréebillett in die kapitalistische Gemeinde, ist ohne die Patriotische Front, und innerhalb deren vor allem die ZANU Mugabes, eine schlechte Aktie. Das weiß auch der Westen.

Auf dem Schachbrett spielte bisher Weiß eine imaginäre Partie. Legitimationsgründe zwingen die Siedler nun, einige schwarze Figuren ins Spiel zu bringen, damit alles nicht mehr so siedlerkolonialistisch-gespenstisch vor den Augen der Welt aussieht. Der Ausgang der Partie soll allerdings sicher sein: statt Schachmatt ein verlängertes "Schach". Damit die siedlerkolonialistische Herrschaft verlängert werden kann, müssen die schlagkräftigsten schwarzen Figuren vom Brett ferngehalten werden.

Strategien zur Verlängerung siedlerkolonialistischer Herrschaft

Der Siedlerkolonialismus unterscheidet sich vom herkömmlichen Imperialismus durch den Gegenstand des Erwerbsinteresses: hier Land, dort Rohstoffe und Absatzmärkte. Während die formale politische Machtausübung durch Beamte des Mutterlandes kein unverzichtbares "essential" der Kapitalverwertung suchenden Metropole ist – eine einheimische Handels- oder bürokratische Staatsbourgeoisie eignet sich, ist einmal die notwendige Infrastruktur zum billigen Abtransport der Rohstoffe vorhanden, aus Legitimationsgründen besser –, braucht der Siedlerkolonialismus die Kontrolle über den gesetzgebenden Apparat, um ihre ungerechten Landverteilungsgesetze in Ergänzung zu militärischer oder finanzieller Gewalt durchzusetzen. Welche Lebenserwartung ein solches System hat, hängt im wesentlichen von zwei Faktoren ab: Vom Grad der erfolgten Ausrichtung am Rohstoffimperialismus und von dem zahlenmäßigen Kräfteverhältnis der weißen Siedler zu der autochthonen Bevölkerung.

Folgerichtig ergeben sich auch zwei mögliche Strategien, die in allen Siedlerkolonien auch tatsächlich in der einen oder anderen, immer aber klar erkennbaren Form auftreten: Entweder verstärkte Besiedlung oder Bündnispolitik mit gewissen einheimischen Gruppen. All dies imperialistisch-liberalistisches Argument der Last des Weißen Mannes, oder in Abwandlung: des schwarz-weißen Mannes, ein Versuch, die kolonialistische Frühgeschichte nochmal von Anfang an zu wiederholen, als ob die Geschichte keine Fakten geschaffen hätte, die ihre Wiederholung ausschließen. Wie anders ist das Wort Muzorewas im Spiegel-Interview zu verstehen, daß er freies Unternehmertum wolle und die weißen Rhodesier genauso Afrikaner seien, wie die schwarzen Amerikaner nicht Afrikaner, sondern Amerikaner. Ein demaskierender formaler Vergleich! In einem Interview mit "Le Monde" sieht Mugabe es richtiger und nüchterner: ob das Monstrum einen weißen, schwarzen oder weiß-schwarzen Kopf hat, ist einerlei.



Bischof Abel Muzorewa "übernimmt die Macht"

Das Problem des politischen Bündnisses

Die Logik der Machterhaltung zwingt dazu, die Bündnisse dort zu suchen, wo die von den schwarzen Führern auf die Massen ausgeübte Autorität der materiellen Basis – wirtschaftliche oder militärische Macht – entbehrt. Das heißt charismatische oder patrimoniale Herrschaft, die unter den von den weißen Siedlern in Zimbabwe geschaffenen realen Bedingungen von ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wurzeln abgeschnitten sind. Derartige Führer, wollen sie ihre Herrschaft über Teile der Bevölkerung gegen die sehr wohl eine gesellschaftlich verankerte Machtbasis besitzenden nationalistischen Führer behaupten, werden eines Tages offen auf das wirtschaftliche und militärische Potential der Weißen zurückgreifen müssen. Und wo soll eine ins Leben zu rufende schwarze Bourgeoisie ihre Profite sonst herholen, denn als bürokratische Staatsbourgeoisie?

Das oben beschriebene Bündnis wurde bereits in Katanga versucht. Trotz andersartiger besonderer Bedingungen bleibt die siedlerkolonialistische Strategie im Kern stets dieselbe. Auch in Rhodesien/Zimbabwe.

Chirau vertrat innerhalb der internen Lösung die traditionale Häuptlingsherrschaft. Es ist anzunehmen, daß diese Rolle nun eine Weile von Ndiweni übernommen wird.

Muzorewa, erster scharzer methodistischer Bischof, der seinen politischen Führungsanspruch seit 1971 geltend macht, begründete seine Volkstümlichkeit, als er zu einer Zeit da alle anderen Führer entweder im Gefängnis saßen oder im Exil waren, eine Mobilisierungskampagne gegen den britisch-rhodesischen Vorschlag einer schrittweisen Emanzipation der schwarzen Bevölkerung startete, was die britische Regierung schließlich zwang von dieser Lösung abzurücken. Gerade weil er politisch ein noch ziemlich unbeschriebenes Blatt war, eignete er sich als schlichtende Kompromißfigur, als auf Drängen der Frontstaaten, deren wirtschaftliche Schwierigkeiten durch den Guerillakrieg in Zimbabwe noch verstärkt werden, sämtliche politischen Gruppierungen sich im Dezember 1974 in Lusaka in dem UANC zusammenschlossen. Zwang er die britische Regierung wirklich? Oder ist er vielmehr nicht die Spätlese eines spätkolonialistischen britischen Kabinettstückchens zwecks Disziplinierung des Ian Smith? Wie er auf die politische Bühne katapultiert wurde, läßt auf eine fremde unsichtbare Hand schließen, die ihn hinwarf und nachher festhielt!

Sithole könnte am ehesten aus der interne Lösung ausscheren. Im Gegensatz zu Nkomo vertrat er seinerzeit den bewaffneten Kampf. Sitholes Basis war allerdings zunächst keineswegs die Landbevölkerung, sondern es wa

- **Die ZAPU (Zimbabwe African Peoples' Union) ist die älteste politische Gruppierung in Zimbabwe. Sie ging 1962 aus dem verbotenen African National Congress of South-Rhodesia und deren ebenfalls verbotener Nachfolgerin National Democratic Party (NDP) hervor. Vorsitzender war stets Nkomo (seit 1951). Erst 1974 wurde die militärische Organisation ZIPRA (Zimbabwe Peoples' Revolutionary Army) gegründet.**
- **1963 spaltete sich die ZANU von Sithole von dem ANC ab. Sithole erklärte den bewaffneten Kampf als unumgänglich. Die militärische Flügelorganisation ist die ZANLA (Zimbabwe African National Liberation Army). Sithole wurde 1964 verhaftet und verlor die Führung der ZANU. Seit 1977 ist Robert Mugabe deren Präsident.**

ZAPU und ZANU differenzieren sich auch ethnisch aus. Die ZAPU rekrutiert sich vorwiegend aus der Ethnie der Ndebele, ursprünglich ein mit den Zulus verwandter Kriegerstamm, der das Land 1838 von den Urbewohnern, den Mashona, die vorwiegend in der ZANU gruppiert sind, eroberten.

- **Der von Muzorewa 1971 gegründete African National Council (ANC) ist nicht mit dem traditionsreichen African National Congress, dessen Vorsitzender bis zum 1961 erfolgten Verbot Nkomo war, zu verwechseln. Möglicherweise gehört die Bezeichnung mit demselben Kürzel zu den kleinen Tricks neokolonialistischer Politik. 1974 vereinigten sich alle Gruppierungen außer der ZANU Mugabes unter der Führung Muzorewas in der UANC (United African National Council).**
- **Sithole hat inzwischen eine eigene Zanu neugegründet: die ZANU-S (S wie Sithole).**
- **Die tribalistische Partei Chiraus hieß oder heißt Zimbabwe United Peoples" Organisation (ZUPO). Die ebenfalls einer stammesmäßigen Vertretung der schwarzen Bevölkerung das Wort redende Partei des Häuptlings Kayisa Ndiweni heißt United National Federal Party (UNFP).**
- **Die Frontstaaten sind: Botswana, Tansania, Sambia (ehemals North Rhodesia), Mozambique und Angola. Zimbabwe hieß bis zur Smith-Rebellion 1965 Südrhodesien, dann Rhodesien schlechthin.**

die schwarze Intelligenz des 1957 gegründeten Salisbury College. Es hat auf der Linken – zumal wenn sie die Gewohnheit hat, fetischistisch auf den Schrei des bewaffneten Kampfes zu reagieren – großes Erstaunen hervorgerufen, daß Sithole, der während seiner Gefangenschaft innerhalb der ZANU von Robert Mugabe verdrängt wurde, nunmehr der internen Lösung beigetreten ist. Es bedarf für ein Verständnis dieser Kehrtwendung nicht des Rückgriffes auf persönliche Rivalitäten und Eifersüchteleien, sondern versteht sich von der besonderen gesellschaftlichen Stellung schwarzer Intellektueller her, die, privilegiert und unterdrückt zugleich, oft zwischen den reale Macht vertretenden Parteien lavieren. Es ist in Afrika kein seltenes Phänomen, daß Intellektuelle Volksaufstände eher als politisches Druckmittel gegen die herrschende Kolonialmacht verstehen, denn als Mittel zur Emanzipation dieses Volkes. Dies mag mit erklären, warum die Anfangsphase der Guerilla in Rhodesien von einem erschreckenden Dilettantismus gekennzeichnet war. Deshalb ist der mit schwacher elektoraler Basis aus der Wahl hervorgegangene Sithole auch ein unsicherer Kantonist innerhalb der internen Lösung. Sein Angebot an Nkomo, erster Präsident Zimbabwes zu werden, und sich damit eine stärkere Position zu schaffen, ist Ausdruck dafür.

Warten auf Nkomo?

Joshua Nkomo wiederum ist ein nicht ganz sicherer Kantonist innerhalb der Patriotischen Front. Er ist der Veteran unter den Führern Zimbabwes. Der nun 62jährige war bereits 1951 Vorsitzender des African National Congress of South Rhodesia. Später bildete er die N.D.P. (National Democratic Party), die, 1961 verboten, ihren Namen schließlich in ZAPU umwandelte. Nkomo hat lange Zeit eine Verhandlungslösung befürwortet. Erst 1974, viel später als die ZANU, baute er mit Hilfe der UdSSR und Kuba seine ZIPRA auf, um innerhalb der Patriotischen Front ein militärisches Gegengewicht gegen Mugabe zu schaffen. Seine Anhängerschaft rekrutiert sich zu einem nicht unerheblichen Teil aus der schwarzen Industriearbeiterschaft. Man sagt ihm freundschaftliche Beziehungen zu Tiny Rowlands, Chairman des in Afrika besonders stark engagierten britischen Konzerns Lohrho nach. All dies erklärt, warum er für die, ein industrielles Interesse in Zimbabwe verfolgenden Länder – und dazu gehört inzwischen auch Süd-Afrika, selbst ein siedlerkolonialistisches Regime –, so wichtig ist. Die individuelle politische Geschichte Nkomos zeigt, daß er ein parlamentarisches Verständnis von Politik hat. Die ZIPRA operiert im Stile einer regulären Armee von Sambia aus. Man rechnet, daß höchstens 1/5 der Truppen regelmäßig innerhalb Zimbabwes Operationen durchführen. Das Gros der Truppen befindet sich außerhalb des Landes. In Lauerstellung anscheinend.

Die bis vor kurzem erfolgten Treffs mit Ian Smith zeigen, daß die weißen Rhodesier und ihr Mentor Süd-Afrika die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, Nkomo für die interne Lösung zu gewinnen. Offenbar befürchtet nicht nur der Westen, sondern auch die UdSSR und Kuba einen Sieg Mugabes. Das Kalkül dürfte sein, Nkomo doch noch für die interne Lösung zu gewinnen, um dann seine als reguläre Armee ausgebildete Streitkraft in den Kampf gegen Mugabe und seine ZANLA zu werfen. Die heftigsten Schläge der Rhodesischen Armee wurden bei weitem gegen die ZANLA und Mozambique geführt. Auch der Abschuß eines rhodesischen Flugzeuges durch die ZIPRA im Februar d.J. hat diese Möglichkeit noch nicht endgültig zerstört. Zwar fanden seitdem keine Geheimtreffs zwischen Smith und Nkomo mehr statt, zwar führte die rhodesische Armee mehrere Überfälle gegen Trainingslager der ZIPRA auf sambischem Gebiet durch, sie richteten (nach dem Magazin "Africa") allerdings wenig Schaden an, was darauf hinweisen könnte, daß die Mitglieder der internen Lösung Nkomo per Bombardierung zum Beitritt auffordern wollen.

Eine wichtige Rolle könnte auch seine Abhängigkeit von Kaunda spielen, und wiederum die wirtschaftliche Abhängigkeit dessen Landes Sambia von Rhodesien, ein Relikt der kolonialistischen Ära, in der Sambia die Rolle des Devisenzubringers durch Kupferausfuhr und Malawi die Rolle des billigen Arbeitskräftereservoirs oder -reservats zufiel. Sambia ist durch die Zwiste zwischen Angola und Zaire einerseits von der Benguela-Eisenbahn abgeschnitten, andererseits bewirkte die Schließung der Grenzen zu dem Rhodesien Ian Smiths das Ausbleiben der Konsumgüter und das Abgesperrtsein von der nach dem Hafen Beira (Mozambique) führenden Eisenbahn. Sambias Wirtschaft ist in einem desolaten Zustand und muß einen Bürgerkrieg in Rhodesien aus wirtschaftlichen Gründen vermeiden.

Nkomos Lavieren läßt über kurz oder lang sein Ausscheiden aus der Patriotischen Front nicht als unmöglich erscheinen. Seine Befreiungsstrategie unterscheidet sich derart vom Volkskriegskonzept Mugabes, daß Differenzen irgendwann unumgänglich zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen müssen. Nkomo verkörpert eher den Typ des Politikers, der sorgfältig seine Machtbasis ausbaut und abwartet, bis der endgültige Schlag geführt werden kann. Aber je länger der Guerillakrieg dauert, desto besser es Mugabe gelingt, seinen Einfluß von der Basis her im Osten des Landes aufzubauen, umso gefährdeter ist das Konzept Nkomos, das trotz militärischem Vorgehen letztlich eine orthodoxe politische Lösung beinhaltet, die das Volks nicht als revolutionäres Subjekt betrachtet. Gelingt es Nkomo, die Macht zu ergreifen, wird ihm nur die Wahl übrigbleiben, von diesem Konzept Abstand zu nehmen oder aber zu versuchen, die von seinem verbündeten Rivalen Mugabe auf dem Land aufgebaute Organisation zu zerschlagen: Denn Mugabe ist es gelungen, weite Teile Zimbabwes (die Schätzungen schwanken zwischen 1/3 und 2/3 des Territoriums) auch politisch unter seine Kontrolle zu bringen. Die Situation der ZANU scheint im Augenblick so zu sein, daß jede Lösung ohne sie Bürgerkrieg bedeuten muß, ihre Stärke ist jedoch nicht derart, daß sie aus diesem Bürgerkrieg mit Sicherheit als Sieger hervorginge. Über dem politischen Geplänkel schwebt das Gespenst eines Bürgerkrieges.

ROBERT DETOBEL

★

Der

Informationsdienst südliches afrika

wird herausgegeben von der Informationsstelle Südliches Afrika e.V. und der Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und West-Berlin e.V. Er erscheint monatlich und bringt Nachrichten, Dokumente und ausführliche Analysen über die aktuellen Entwicklungen im Südlichen Afrika und die Beziehungen der BRD zu dieser Region.

Umfang monatlich 32 Seiten
Einzelpreis: DM 3.–
Abo incl. Porto: DM 30.–

Schwerpunktthemen Ende 1978

Heft 7/8 1978	Südafrika in der Schule (Unterrichtsmaterialien)
Heft 9 1978	Frontstaaten
Heft 10/11 1978	Atomgeschäft Bundesrepublik–Südafrika
Heft 12 1978	Der Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik– Südafrika

Schwerpunktthemen Anfang 1979

Heft 1/2 1979	Südafrika–Iran: Versiegt der Ölstrom?
Heft 3 1978	Krügerrand

Der gesamte Jahrgang 1978 des Informationsdienstes ist übrigens im Rückabo zum Sonderpreis erhältlich. Statt für DM 30.– sind die 10 Hefte für nur DM 25.– erhältlich (zzgl. Porto).

ISSA publiziert und vertreibt außerdem umfangreiche andere Literatur zum Südlichen Afrika. Fordern Sie unsere Bücher- und Materialliste an, wenn Sie mehr darüber wissen wollen.

Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA)
Blücherstr. 14, 5300 BONN
Tel.: 02221/ 21 32 88

Bericht eines polnischen Bergarbeiters

Seit einiger Zeit ist der Bergarbeiter Wladyslaw Sulecki in der Bundesrepublik. Er hat in Polen mit dem KOR, dem Komitee zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter, und der oppositionellen Betriebszeitung "Robotnik" zusammengearbeitet (s. dazu Lilian Ugron in "links" 100, Juni 1978). Er erzählt von Konflikten im Bergwerk, der Rolle, die "Robotnik" dabei spielte und von den Repressionsmaßnahmen gegen sich selbst und seine Familie; und schließlich, wie es zu seiner Ausbürgerung kam.

"Die Kollegen rissen sich um die Blätter"

Durch meine Zusammenarbeit mit dem KOR und durch 'Rotobnik' habe ich einiges in Bewegung bringen können. Im Bergwerk passierte ein Unglück. Die Leiter der Förderschächte sagten zu den Leuten, sie sollten heimgehen, ein Unglück sei passiert und es gäbe nichts zu tun. Es war gerade der erste Schichtwechsel. Ich bin zu diesem Zeitpunkt ganz normal zur Arbeit gekommen. So sind wir eben wieder nach Hause gegangen. Nach einem Monat war die Auszahlung – und da haben die wieder eine Nummer abgezogen: Sie haben uns einfach für diesen Unglückstag keinen Lohn gezahlt! Die Leute haben sich an den Betriebsrat gewandt; ich bin auch zu ihm hingegangen und habe zu ihm gesagt: Wieso muß der Bergmann die Konsequenzen für ein Unglück tragen, das durch die Direktion verursacht worden ist? In einem solchen Fall müßte er einen sozialen Tagessatz bekommen! Ich habe einen offenen Brief an die Direktion geschrieben, ich habe auf Antwort gewartet, aber nichts ist passiert. Dann habe ich an die Redaktion des 'Robotnik' geschrieben und wir haben den Brief darin veröffentlicht. Diese Nummer des 'Robotnik' brachte ich in den Betrieb mit. Fünf Kollegen halfen mir dabei, die Zeitung zu verteilen. Einige standen Schmiere. Innerhalb weniger Minuten waren tausend Exemplare verteilt. Die Kollegen rissen sich dermaßen um die Blätter, daß manche zerfetzt wurden. Nach einigen Tagen wurde mir von der Grubenleitung mitgeteilt, daß der nichtausgezahlte Tag ein kleines Versehen sei, das selbstverständlich korrigiert werde. Auf Grund dieser Beschwerde bekamen wir also doch noch das Geld!

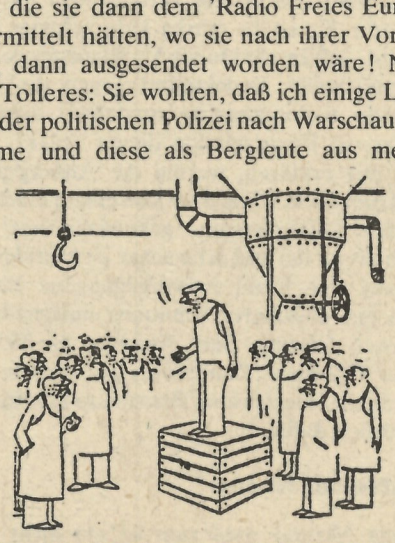
Noch ein anderes Beispiel: Unser Waschraum war zwei mal zwei Meter groß. Beim Schichtwechsel um drei beispielsweise hatten wir nie genügend Zeit, um die Masken abzuziehen und uns umzuziehen, weil das mindestens zehn Minuten gedauert hätte. In zwanzig Minuten hätten wir uns alle in diesem Raum waschen sollen – es war einfach zu eng und es entstanden Reibereien. Die Leute haben sich also beschwert, weil sie dreckig nach Hause gehen mußten. Ich ging zu einem Ingenieur namens Wilak. Der nahm einen Bleistift in die Hand und fing an, mich davon überzeugen zu wollen, daß sich in dieser Zeit leicht fünfzehn Leute unter einer Dusche waschen könnten. Ich sagte zu ihm: In einer so kurzen Zeit geht das nicht! Ich fühlte mich wirklich verarscht. Ich ging zum Betriebsrat und berichtete ihm über das Problem. Wir warteten ab, aber es tat sich nichts. So schrieb ich wieder an die Redaktion des 'Robotnik', und wir veröffentlichten auch diesen Fall. Nachdem wir auch diese Nummer im Betrieb verteilt hatten, fand eine Parteiversammlung statt – und siehe da: Nach drei Tagen fingen sie an, die Kabinen zu vergrößern. – Ich hatte eine Liste, auf der schon einige Unterschriften standen. Die hatte ich in meiner Mütze versteckt, weil ich noch nicht dazugekommen war, alle Unterschriften einzusammeln. Auf dem Heimweg haben sie mich dann aufgehalten und mir die Liste abgenommen. Und diese Liste haben sie an die Direktion weitergeleitet. Aber immerhin: Sie fingen sofort an, an der Kabinenvergrößerung zu arbeiten. Liste hin, Liste her – ein Erfolg war's trotzdem.

"Die Menschen interessieren die gar nicht"

Ich fuhr am 16. Juli 1977 nach Warschau, um mit einigen Leuten vom KOR zu reden. Als ich am 24. Juli dann heimkehrte, kam der Staatssicherheitsdienst zu mir ins Haus. Sie haben mich gleich auf die Polizeistation mitgenommen, und dort fingen sie dann an, sich über mich lustig zu machen. Sie sagten, ich hätte mit Leuten Kontakt aufgenommen, die arbeitsscheu seien, mit verkrachten politischen Existenzen, Zionisten, Randexistenzen, diese Leute hätten eine unmoralische Lebensführung, sie seien überhaupt der Abschaum der Gesellschaft. Daraufhin habe ich sie gefragt: Was hättet Ihr gemacht? Denkt an 1956, an 1970 und an 1976! Zu diesen Zeiten wart Ihr Aktivisten an der Parteibasis. Was habt Ihr überhaupt zustandegebracht? 1976 war die Preiserhöhung! Was habt Ihr – die Partei – da gemacht!? Ihr habt Familienväter und Söhne verhaftet, weil sie Brot und Freiheit verlangten. Deshalb wurden sie hinter Gitter gesperrt. Zurück blieben verheulte Frauen, leere Öfen, leere Töpfe. Ihr habt versucht, das Komitee zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter (KOR), das materielle, ärztliche und rechtliche Hilfe anbot, zu unterdrücken. In diesem Komitee engagieren sich Schriftsteller, Studenten und Pfarrer. Es ist eine edle und humanistische Initiative! Und Ihr, was habt Ihr zustandegebracht? Haben vielleicht die Gewerkschaften in dieser Situation einen Finger krumm gemacht? Das tun sie ja nur, wenn es um die Produktion geht – die Menschen interessieren die gar nicht!

Kurz darauf habe ich meinen Arbeitsplatz verloren. Auf dem neuen Arbeitsplatz, der mir zugewiesen wurde, mußte ich im Wasser arbeiten. Ich bekam überhaupt schlechtere Arbeiten. Früher verdiente ich zehn- bis elftausend Zloty. Nun bekam ich als Strafe für meine Aktivitäten beim KOR nur noch drei- bis viertausend. Der Direktor drohte mir, mich fertig zu machen, falls ich mich nicht aktiv an der Zersetzung des KOR beteiligen würde. Er sagte, es würde noch so weit mit mir kommen, daß ich ihn um Brot bitten müßte – das Wasser hätte ich ja schon.

Sie haben auch versucht, mich zu bestechen. Sie versprachen mir, für den Fall, daß ich meine Aktivitäten im KOR beenden würde, eine neue Wohnung. Das war schon eine Verlockung für mich, da mein Wohnraum nur fünfzehn Quadratmeter groß war. Sie boten mir gar ein dreizehntes und vierzehntes Monatsgehalt an. Und sie wollten mir einen Kredit geben für Möbel, den ich nicht zurückzuzahlen brauchte. Falls ich die Auflösung der Freien Gewerkschaften betrieben hätte, wollten sie eine schriftliche Erklärung des KOR dazu haben, die sie dann dem 'Radio Freies Europa' übermittelt hätten, wo sie nach ihrer Vorstellung dann ausgesendet worden wäre! Noch was Tolleres: Sie wollten, daß ich einige Leute von der politischen Polizei nach Warschau mitnehme und diese als Bergleute aus meiner



„Ich schlage vor, diese 10-Minuten-Versammlungen jeden Morgen abzuhalten, damit wir uns über das informieren können, was nicht mehr in der Zeitung steht!"

Wladyslaw Sulecki war bis Februar dieses Jahres Bergarbeiter in Gliwice (Polen). Mit dreizehn Jahren schloß er sich dem Widerstand an und trat 1944 in die sog. Heimatarmee ein, die mit der Londoner Exilregierung in Verbindung stand. Gegenüber dem polnischen Nachkriegsstaat blieb er skeptisch. Die Kommunisten hätten nach seiner Vorstellung nur über freie Wahlen zur Macht kommen dürfen. Die repressiven Maßnahmen der Regierung gegen die polnische Kirche verstärkten in der Folgezeit seine oppositionelle Haltung. 1960 verhinderte er mit anderen zusammen, daß in Gliwice ein Kreuz niedergerissen werden sollte.

Er hatte sich nach dem Krieg in Polen für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz engagiert. Im Bergwerk kämpfte er gegen betriebliche Mißstände, Willkür und ungerechte Behandlung. Seit Januar 1976 hatte er Kontakt zum KOR, dem Komitee für die Verteidigung der Rechte der Arbeiter, (heute: Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung). Seit Herbst 1977 war er korrespondierendes Mitglied in der neuentstandenen Betriebszeitung 'Robotnik'.

Im Januar 1978 gründete Sulecki mit anderen Arbeitskollegen zusammen das "Komitee für freie Gewerkschaften". Es ist mittlerweile auf 11 Mitglieder angewachsen. In seinem Gründungsdokument wird u.a. die 40-Stunden-Woche, das Recht auf einen freie Sonntag usw. gefordert. Seitdem haben Schikanen gegen ihn und seine Familie sich so verstärkt, daß seine entnervte Frau ihn bat, die Ausreise zu beantragen. Als er für seine deutschstämmige Frau Ausreiseantrag, für sich aber ein Touristenvisum beantragte, wurde er zwangsausgebürgert.

CHRISTINE HEUBERGER

Hütte vorstelle, die mit dem KOR zusammenarbeiten wollen. Sie wollten in die Herstellung von 'Robotnik', 'Puls' und 'Zapis' eingeweiht werden. Ebenso wollten sie erfahren, wie die Arbeitstreffen aussehen. Ich habe ihnen entgegnet: Ich weiß schon, was Ihr wollt. Darauf lasse ich mich nicht ein!

"Sie haben mir die polnische Staatsbürgerschaft entzogen"

Sie haben versucht, mich einzuschüchtern: Im vergangenen September wurde ich auf der Ulica Robotniczej (Straße des Arbeiters, Red.) überfallen. Zwei liefen in den Park, und einer schlug auf mich ein. Er wollte mich in den Park schleppen, doch ich riß mich los und lief davon. Da fuhr plötzlich die Polizei vorbei. Ich beschwerte mich. Die sagten zu mir: "Rede schnell, rede schnell. Erzähl uns wie es war." Danach haben sie sich kaputt gelacht und sich umgeschaut. – Sie sind davon gefahren, ohne überhaupt nach meinem Namen zu fragen. Ich ging dann auf die Polizeistation und meldete den Vorfall. Sie sagten mir dort, daß sie weder einen Schuldigen, noch irgendwelche Spuren von Schlägen feststellen könnten. Außerdem sei ich ja noch in der Lage zu gehen ... So haben sie mich halt abgefertigt.

Ich wurde bespitzelt. Und der Sicherheitsdienst kam in meine Wohnung. Sie fingen an, auf meine Frau einzureden: Sie sagten nichts über die Kürzung meines Gehalts. Stattdessen redeten sie meiner Frau ein, ich würde mich nicht mehr um den Familienunterhalt kümmern und hätte nur noch Dummheiten im Kopf. Und überhaupt hätte ich eine Geliebte. Damit nicht genug! Es folgten am laufenden Band Durchsuchungen. Sie bemalten die Fenster mit Farbe. Sie beschmierten die Türe mit Mist. Sie gossen vor meiner Tür Lysol aus. Als meine Frau morgens aufstand und es sah, fing sie an zu heulen. Es war eine schreckliche Situation! Abgesehen von den ständigen Durchsuchungen, haben sie auch noch Abhörgeräte installiert.

Die unaufhörlichen Schikanen riefen bei meiner Frau ein solches Ekelgefühl hervor, daß sie es nicht mehr aushielt. Sie bat mich inständig, aus diesem Komitee auszutreten. Andernfalls wollte sie sofort die Ausreise beantragen. Wir waren einfach mit den Nerven fertig. Und wir sind es heute noch. Ich wollte mich nicht scheiden lassen, weil ich mit meiner Frau seit zwanzig Jahren zusammenlebe – und wir leben gut zusammen ... Die Töchter sind schon so groß. Meine Frau hat so viel gelitten! – Also habe ich zum Schluß doch noch unterschrieben, nachdem meine Frau die Formulare abgeholt hatte. Aber ich habe unterschrieben unter der Rubrik für polnische Staatsangehörige ... Als meine Frau die Papiere am Paßamt abgab, schrieb ich einen Brief an die zuständige Behörde, daß ich mich weigerte, auszuwandern. Stattdessen wollte ich einen konsularischen Paß (...). Damit hätte ich meine Frau einmal im Jahr besuchen können, falls sie ausgewandert wäre. Diesen konsularischen Paß haben sie mir nicht gegeben. Mir wurde das Ausreisedokument ausgestellt, obwohl ich in der obengenannten Rubrik für polnische Staatsbürger unterschrieben hatte. Sie haben mir also die polnische Staatsbürgerschaft entzogen. Als ich mit diesem Dokument in der BRD ankam, wurde mir sofort ein deutscher Personalausweis verpaßt.

WLADYSLAW SULECKI

Arbeitsausschuß zu Havemann

Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros gab im Mai die folgende Stellungnahme zu den Repressalien ab, unter denen Robert Havemann zu leiden hatte. Daß es nicht darum ging und geht, immer wieder nur auf die Fälle einzelner hinzuweisen, sondern das System der Repression anzuprangern, wird schon aus der Erklärung deutlich. Die Mitte Mai gegen Stefan Heym in Gang gesetzte Kampagne wegen "Devisenvergehens" – ein Vorwurf, der auch Havemann gemacht wird – deutet auf die fatale Aktualität hin. Mit diesem wieder hervorgeholten Vorwurf von Devisenvergehen will die DDR-Führung den untauglichen Versuch unternehmen, Kritiker der Partei und des Staates zu "gewöhnlichen Kriminellen" zu stempeln, den Kritikersumpf trockenzulegen. **"links"-Redaktion**

"Die Regierenden der DDR haben während der letzten Tage die Maßnahmen ihres Staatsapparates gegen Robert Havemann verschärft. Der Hausarrest, der ihn seit November 1976 zu einem haftähnlichen Leben zwingt, wurde auf seine Familie ausgedehnt. Indem man Havemann auch die letzten Kontakte und Informationsmöglichkeiten nahm, wurde der Hausarrest zur fast vollständigen Isolation gesteigert.

Diese Maßnahmen stehen nicht allein. Die DDR-Führung verstärkt wieder einmal den Druck auf kritische Intellektuelle, behindert durch Ausreiseverbote ihre Arbeitsmöglichkeiten und versucht, indem sie mit dem schwere Haftstrafen vorsehenden Devisengesetz droht, ihr nicht angenehme Publikationen im westlichen Ausland zu verhindern. Aber nicht nur die Kritik prominenter Schriftsteller und Künstler soll unterdrückt werden. Die jüngste Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten westdeutscher Journalisten verfolgt in erster Linie das Ziel, vom Westfernsehen verbreitete "unkontrollierte" Meinungsäußerungen der eigenen Bevölkerung zu unterbinden und die entstandenen Risse in ihrem Damm gegen öffentliche Kritik abzudichten. Dabei verwendet die DDR-Regierung Verleumdungen der westlichen Presse nur als willkommenen Vorwand.

Die Bevölkerung der DDR, von den zentralen Entscheidungen über die Entwicklung ihres Landes ausgeschlossen, bleibt auf das Versprechen besserer Konsummöglichkeiten verwiesen. Gerade in einer Zeit, in der die Schwierigkeiten der Staats- und Parteiführung zunehmen, diese Konsumerwartungen zu befriedigen, wächst der Druck auf unbequeme Opponenten im eigenen Land. Deren Kritik würde Versuche der DDR-Führung behindern, durch groß angelegte Kampagnen die Bevölkerung für anstehende "Produktionsschlachten" zu mobilisieren. Wir sehen in den staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen der DDR-Führung nicht eine "über das Ziel hinausschießende" Verteidigung gegen "Feinde des Sozialismus". Staatliche Gewalt ist in der DDR als Ausdruck einer bürokratischen Herrschaftsform zu verstehen, die durch jene offene Opposition gefährdet wird.

Auch wenn wir also die politische Unterdrückung in der DDR nicht nur dann verurteilen, wenn sie sich gegen einen Sozialisten wie Havemann richtet, hat der "Fall Havemann" für uns doch eine besondere Bedeutung. Robert Havemann repräsentiert seit Jahren für weite Kreise der DDR die Möglichkeit einer linken Opposition, deren Kritik am Herrschaftssystem in Osteuropa sich nicht restaurativer oder sozialdemokratischer Argumente bedient, sondern eine Perspektive gegen Kapitalismus und "realen Sozialismus" weist.

Die Maßnahmen gegen Robert Havemann (als Mitglied der KPD von den Nationalsozialisten verfolgt und eingekerkert) wie auch die Verurteilung und Inhaftierung von Rudolf Bahro und anderen politischen Oppositionellen versuchen, gerade die Perspektive einer demokratischen und sozialisischen Opposition zu zerstören. Der erste Schritt in die Perspektive einer freien sozialistischen Gesellschaft, in der die Arbeitenden selbst die Ziele ihrer Produktion und ihre sozialen Beziehungen bestimmen, wäre die Freiheit zur demokratischen und sozialistischen Opposition."

Zur Erinnerung: 1950 verhaftet Westberliner Polizei Havemann bei der Unterschriftensammlung zur Ächtung der Atombombe

Ein rotes Ehrenbanner der Partei

30 Jahre DDR

Am 7. Oktober jährt sich zum dreißigsten Mal der Gründungstag der DDR. In zahlreichen Kampagnen wird die Bevölkerung für eine Steigerung der Arbeitsproduktivität mobilisiert. Repressionsmaßnahmen gegen Schriftsteller und Kritiker, der Versuch, den Einkauf in Intershop-Läden unter Kontrolle zu bringen, zeigen, daß man sich zugleich verstärkt der Loyalität der Bevölkerung versichern will. Stefan Ebank untersucht die aktuelle Situation in der DDR vor dem Hintergrund einiger Strukturprobleme der DDR-Wirtschaft.

Das Interesse der westdeutschen Linken am "real existierenden Sozialismus" ist kein bloß theoretisches, es muß praktisch-politischen Charakter tragen; der Zusammenhang zwischen der Entfaltung einer sozialistischen Opposition in Osteuropa und den Wirkungsbedingungen der Linken hier liegt auf der Hand. Es geht darum, bei einer Beschäftigung mit der DDR-Situation diejenigen Widersprüche zu analysieren, die u.U. eine politische Qualität gewinnen können. Zum Ausgleich fehlender gesellschaftlicher und politischer Mitwirkungsmöglichkeiten bleibt die Mehrheit der DDR-Bevölkerung auf kompensatorischen Konsum verwiesen; daher stellen Krisen im Produktions- und Versorgungsbereich die politische Stabilität des Systems am unmittelbarsten in Frage.

Trotz einer realen Anhebung des Lebensstandards in der DDR sind bei einem wachsenden Stand der Industrialisierung Krisenerscheinungen in Zukunft verstärkt zu erwarten, da der Plan notwendig wirtschaftliche Ineffektivität hervorruft. Quantität und Qualität der Produktion können nicht ausreichend gesteigert werden; die Schere zwischen Export-Intensivierung und Verbesserung der Versorgungslage klafft weiter auseinander. Denn das durch Technologie- und Warenimporte hervorgerufene Außenhandelsdefizit drückt auf den Staatshaushalt und kann nur durch Kompensationsgeschäfte und Warenexport in Grenzen gehalten werden. Alle Waren jedoch, die dem heimischen Markt entzogen werden, verschlechtern wiederum die innere Versorgungslage und führen zu wirtschaftlich-sozialen Spannungen.

Das Planjahr 1978 war kein gutes Jahr: Trotz intensiver Mobilisierung der Bevölkerung ist man insgesamt hinter den Vorhaben des Fünfjahresplans zurückgeblieben, die beabsichtigten Wachstumssteigerungen wurden nicht erreicht. Auch für das jetzt laufende Planjahr sind wirtschaftliche Probleme zu erwarten: Nach dem Wochenbericht 6/79 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind die Vorgaben – aufgrund der ökonomischen Schwierigkeiten im Vorjahr und der zu erwartenden neuerlichen wirtschaftlichen Belastungen durch die Ausweitung des Urlaubs um drei Tage für 6,6 Millionen und um vier bis sechs Tage für 940.000 Beschäftigte – niedriger angesetzt als im eigentlichen Fünfjahresplan.

"Vorwärts zum 30. Jahrestag ..."

Mobilisiert wird für ein "Rotes Ehrenbanner der SED", für das Gütezeichen "Q" oder für die "KDT (Kammer der Technik) – Planbewegung 30. Jahrestag der DDR". Während die Anstrengungen zu Ehren des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution noch die DDR-Gesellschaft beherrschten, begannen 1977 bereits die umfangreichen Vorbereitungen für den 30. Jahrestag der DDR. Das offizielle Motto: "DDR Schrittmaß 30 – Wohlstand, Wachstum, Stabilität".

Im Oktober 1978 verpflichteten sich rund zwei Drittel der DDR-Beschäftigten zu einem Sonderarbeitstag "für einen freiwilligen Arbeitseinsatz mit hohen Leistungen zur Vorbereitung des 30. Jahrestages der Gründung unserer Republik", der von Partei, Gewerkschaften und Massenmedien propagandistisch intensiv vorbereitet worden war und mit 25% Überstundenzuschlägen und "Anwesenheitsprämien" belohnt wurde.

In den Anfangsmonaten des Jahres 1979 mobilisierte die SED ihre Mitgliederbasis im Rahmen der Wahlen zu den SED-Parteigremien auf Gemeinde-, Kreis- und Bezirksebene zu zusätzlichen Leistungen in der Produktion und zu vermehrten Anstrengungen, um den Einfluß der Partei in den Betrieben und unter der Jugend zu stärken.

Momentan sind es die Wahlen zu den Kommunalvertretungen, die im Mittelpunkt der Mobilisierung im Vorfeld des 30. Jahrestages stehen. Leistungsverpflichtungen werden dabei mit der politischen Kampagne eng gekoppelt. Alle gesellschaftlichen Massenorganisationen, ein Großteil der Brigaden und Kollektive sind daran beteiligt, ihre Anstrengungen werden von den Massenmedien intensiv propagiert.

Im Produktionsbereich geht es um das Gütezeichen "Q", für besonders gute Qualität, um Einsparungen, Neuerungen und Rationalisierungen, die über den regulären Plan hinaus verwirklicht werden sollen. In der Landwirtschaft wird das "Grüne Q" verliehen und zwar für diejenigen Felder, die bei einer Landbegehung kurz vor den Wahlen als die besten erscheinen.

Die "Kammer der Technik" mobilisiert ebenfalls ihre 210.000 Mitglieder (vorwiegend Ingenieure, Facharbeiter und Neuerer) für Leistungen über den Plan hinaus; das "FDJ-Aufgebot DDR 30" soll die Jugendlichen zu größeren Leistungen stimulieren und sie politisch fester einbinden. In schon grotesker Weise wird jeder Bereich der DDR-Gesellschaft in die Kampagne zum 30. Jahrestag mit einbezogen: "Die rund 1,4 Millionen Mitglieder der Frauenorganisation", so erklärte der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), gestalteten "ihre Wahlen zu den Gruppen- und Ortsverbänden im Zeichen des Wettbewerbes unter dem Motto "Die Initiative und Tatkraft des DFD für den 30. Jahrestag der DDR"; und unter der Parole "Salut DDR 30" kämpfe von den DDR-Grenzsoldaten "fast jeder zweite Soldat und Unteroffizier um den Bestentitel" (ND vom 2.4.79). Parallel zu den aktuellen Kampagnen läuft nach wie vor die sogenannte Neuerer-Bewegung, die von allen Massenorganisationen getragen wird. Es geht dabei um Vorschläge der Produzenten, wie die Produktion effektiver, rationeller und billiger gestaltet werden kann; hohe materielle Anreize winken den Neuerern.

5000 Spezialisten aus Westeuropa und Japan

An den offiziellen Zielen der zahlreichen aktuellen Mobilisierungskampagnen lassen sich deutlich die strukturellen Schwierigkeiten der DDR-Ökonomie ablesen. Im Mittelpunkt steht nach wie vor das Bemühen um eine absolute Steigerung der Produktion, was bei dem enormen Arbeitskräftemangel in der DDR nur durch Arbeitsintensivierung und Erhöhung der Produktivität erreicht werden könnte. Man steht jedoch vor dem Problem, gleichzeitig den Energie-, Rohstoff- und Materialverbrauch drosseln zu müssen, nicht zuletzt wegen der weltweit steigenden Rohstoffpreise. Mehr jedoch scheinen innere Schwierigkeiten vorzuliegen: Die Bedeutung des Problems der *Materialverschwendung* in der Produktion geht aus der Intensität hervor, mit der sich die Mobilisierungskampagnen (und die DDR-Medien) diesem Punkt widmen. Verantwortlich

Offene Arbeitsgruppentagung des SB DDR-BRD/Westliche Linke und "Realer Sozialismus", 16./17. Juni im Gustav-Siegle-Haus, Stuttgart

In letzter Zeit hat es, angeregt durch die Entstehung von Oppositionsbewegungen in Osteuropa und nicht zuletzt durch theoretische Beiträge wie Rudolf Bahros Buch "Die Alternative", einen neuen Anfang in der Diskussion über den "Realen Sozialismus" gegeben. Die offene Arbeitsgruppentagung am 16./17. Juni soll Informationen über Realität in den "Sozialistischen Ländern" geben. Sie soll vor allem aber auch ein Schritt dazu sein, unser politisches Verhältnis zu diesen Gesellschaften genauer zu bestimmen und damit unsere Selbstverständigungsdiskussion weiterzuführen. Insofern sind gerade nicht nur Osteuropa-Experten eingeladen, sondern alle Genossinnen und Genossen innerhalb bzw. im Umfeld des SB. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die DDR, die die politischen Möglichkeiten sozialistischer Arbeit in der Bundesrepublik am unmittelbarsten beeinflußt hat, gerichtet werden.

Wer einen Schlafplatz benötigt, sollte sich unbedingt beim

Sozialistischen Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1, Tel. 0711/264345

anmelden.

Zur Vorbereitung der Veranstaltung erscheinen Thesen im nächsten Informationsrundbrief des SB. Materialien und Aufsätze, die für die Veranstaltung wichtig sind, enthält auch der in Kürze erscheinende Internationalismus-Rundbrief Nr. 5 "Politische Opposition in Osteuropa" (Voraussichtlich wieder DM 4,–/in Briefmarken zuzusenden). Hinzuziehbar ist auch der bereits erschienene Internationalismus-Rundbrief Nr. 4 ("Realer Sozialismus").

dafür ist die Entfremdung der Produzenten vom bürokratisch organisierten, arbeitsteiligen Produktionsprozeß – ein strukturelles Problem, das sich u.a. in mangelnder Qualität der Produkte, Vergeudung von Arbeitskraft etc. niederschlägt.
Der "real existierende Sozialismus" kennt kein Korrektiv für wirtschaftliche Ineffektivität; veraltete Produktionsmethoden stellen das größte Hindernis für Produktionssteigerungen dar. Immerhin muß die DDR momentan über 5.000 Spezialisten aus Westeuropa und Japan beschäftigen, die dort veraltete Industrieanlagen um- oder ausbauen; sie belasten die geringen Devisenvorräte. Die KDT beschwor daher auf ihrem 7. Kongreß im November 1978 ihre Mitglieder, "die sozialistische Rationalisierung auf der Grundlage modernster Technologie mit Hilfe des verstärkten Eigenbaus von Rationalisierungsmitteln energisch voranzubringen". Den Mangel an Innovationen bestätigte die KDT indirekt: "Die Bildungsarbeit soll darauf konzentriert werden, den Kenntnisvorlauf für hohe erfinderische Leistungen auf volkswirtschaftlich entscheidenden Gebieten zu schaffen, die Wissenschaftler und Ingenieure zu befähigen, produktivere Technologien, insbesondere auf der Basis der Mikroelektronik zu entwickeln." In diesen Zusammenhang gehört auch die gesamte Neuerer-Bewegung, eine wesentliche Kampagne des sozialistischen Wettbewerbs, die ebenfalls von der KDT mitgetragen wird. "Als erstrangiges politisches Anliegen aller Mitglieder und Kollektive der KDT bezeichnet der Beschluß die aktive Unterstützung der Neuerer, insbesonere der jungen Neuerer in der Bewegung der Masse der Meister von Morgen". (Alle Zitate: ND, 18./19.11.78)
Schwierigkeiten gibt es in der DDR-Ökonomie offenbar auch mit der Übertragung und Nutzung einmal gefundener Neuerungen. So standen im Mittelpunkt des KDT-Kongresses vom November vergangenen Jahres u.a. Fragen der "raschen Überleitung von Neuentwicklungen in die Produktion"; man forderte "schnelle und umfassende Nutzung" der "wissenschaftlich-technischen Resultate" und die "Nachnutzung von Neuerungen".

Steigende Ansprüche, Versorgungslücke und betriebliche Gegenwehr

Wesentlich für die politische Entwicklung der DDR-Gesellschaft wird sein, wie sich die ökonomischen Schwierigkeiten und Rückschläge auf die Versorgungslage der Bevölkerung auswirken werden. Mehr oder weniger erfolgreich hat sich die SED seit 1971 nämlich darum bemüht, den materiellen Lebensstandard Stück für Stück zu entwickeln. Ob diese Politik ein Ansteigen auch des Anspruchsniveaus der Bevölkerung nach sich gezogen hat, oder ob es tatsächlich weiterhin (oder wieder) umfangreiche Versorgungslücken gibt, in der DDR auf jeden Fall scheint die soziale Unzufriedenheit über das vorhandene Warenangebot gewachsen zu sein. Nach dem DIW-Bericht ist "ungewöhnlich häufig über das unzureichende Angebot an Industriewaren geklagt worden", nach den Beschlüssen der KDT vom November 1978 geht es vorwiegend um Qualitätsmängel und Engpässe bei Konsumgütern. Positiv verbrämt heißt es dort: "Die Mitglieder der Kammer der Technik werden ihr ganzes Wissen, Können und alle ihre Fähigkeiten für die rasche Entwicklung neuer, qualitativ hochwertiger Konsumgüter und deren bedarfsgerechter Herstellung einsetzen. Sie wirken aktiv dafür, daß bereits bis zum 30. Jahrestag der DDR spürbare Fortschritte im Angebot von Konsumgütern einschließlich der benötigten Ersatzteile (ein besonderes Problem in der DDR – d. Verf.) erreicht werden." Um soziale Spannungen zu vermeiden, ist die SED auch bei der Neuregelung des Intershop-Verkaufs bewußt umsichtig vorgegangen – trotz der Schwierigkeiten, die die Existenz einer quasi zweiten Währung im Lande hervorrufen muß. Sie bleibt auf die zusätzlichen Devisen angewiesen; eine Reihe von Kosumbedürfnissen vor allem der privilegierteren Schichten, können nach wie vor nur über die Intershops befriedigt werden. Langfristig sollen jedoch die sogenannten Exquisit-Läden, in denen gegen Ost-Mark verkauft wird, ausgebaut werden.
Die Chancen, daß die angesprochenen Produktionsmängel durch die Mobilisierung der Bevölkerung zu Loyalität und Leistungen beseitigt werden können, bleiben skeptisch zu beurteilen. Da die "von oben" initiierten Mobilisierungswellen unter den Bedingungen der Systemerhaltung die Entfremdung zwischen Produzenten und Planbürokratie, also den Mangel an Rückkoppelung "von unten" nur reproduzieren können, sind sie ungeeignet, die Schwierigkeiten in der Ökonomie zu lösen. In seiner Untersuchung der Situation in den DDR-Betrieben hat Axel Bust-Bartels (1) nachgewiesen, daß die genannten Produktionsschwächen auch Ausdruck einer verdeckten betrieblichen Gegenwehr der Arbeiter gegen entfremdete Arbeitsbedingungen sind. Eine Gegenwehr, die – aus der alleinigen Kenntnis der unmittelbaren Produktionsprozesse heraus – im wesentlichen erfolgreich war. Solange die totale "wissenschaftliche" Kontrolle des Produktionsprozesses nicht durchgesetzt werden kann – eine ungeheure Aufblähung der Bürokratie wäre dazu Voraussetzung – werden die Produzenten weiter individuelle Vorteile wahrnehmen. Daran ändern auch die Kampagnen zur Materialökonomie und zu zusätzlichen Leistungen nichts.
Die in den DDR-Massenmedien verbreiteten Erfolgsmeldungen können nicht über den wirklichen Charakter der Kampagnen hinwegtäuschen: Die geforderten Leistungen werden nur sehr widerwillig erbracht, sie sind zudem keine eigentlichen zusätzlichen Leistungen, sondern werden oft lediglich als solche verkauft. Die ohnehin zu leistende Arbeit erscheint im sozialistischen Wettbewerb als besondere Leistung. Bezeichnend ist auch das Beispiel eines DDR-Betriebes, in dem zu Beginn der Aktivitäten im Rahmen einer neuen Kampagne ein sogenanntes Havarie-Buch angelegt wurde, wo alle Störfälle und ihre Beseitigung eingetragen werden sollten, um – durch Anwendung der gemachten Erfahrungen auch in anderen Betrieben – Arbeitskraft einzusparen. Als das Buch nach vielen Monaten kontrolliert werden sollte, war es längst wieder in Vergessenheit geraten, und die Arbeiter machten sich daran, eine Reihe von Havarien selber zu erfinden und ihre umgehende Beseitigung durch die "Initiative der Werktätigen" aufzuzeichnen.
Die politischen Folgen der Kampagnen in der DDR sind widersprüchlich. Auf der einen Seite gelingt es sicherlich, einen Teil der Bevölkerung in die herrschende Politik fester einzubinden. Gerade die FDJ wird dazu benutzt, neue Parteimitglieder und Funktionäre zu rekrutieren, auf die die SED angewiesen bleibt. Aber auch im unmittelbaren Produktionsbereich hat sich ein kleines, relativ stabiles Potential von eher Systemloyalen herausgebildet, das durch die Kampagnen erweitert und innerlich gefestigt wird.
Andererseits führt die permanente Leistungsanspannung, das regelrechte Überschlagen der Mobilisierungswelle auch in den DDR-Medien zu einem wesentlichen Abstumpfungseffekt. Der Widerspruch zwischen öffentlich belobigten Leistungen und der tatsächlichen Situation in den Betrieben und in der Warenversorgung diskreditiert die Kampagnen in den Augen der Bevölkerung. Wollen die Betroffenen nicht auf materielle Vorteile verzichten und sich nicht politischen Sanktionen aussetzen, tragen sie zwar nach außen die Kampagnen mit, ihr "Engagement" erstarrt aber zu einer traurigen Hülse aus Mißmut und Widerwilligkeit. Das wesentliche Ziel, die breite politische Einbindung der Bevölkerung, wird so gerade verfehlt; ihre Entfremdung von Staat und Partei nimmt zu.
Damit bleibt die Bedrohung des Systems durch eine plötzlich aufbrechende, wirtschaftlich-soziale Krise auch nach 30 Jahren noch latentes Merkmal der DDR-Situation. Allerdings darf weder die Fähigkeit des Systems, auf Krisenanzeichen vorab zu reagieren, noch die Bedeutung des Gewöhnungsprozesses an die Jahrzehnte währenden Herrschaftsmechanismen (dies besonders, wenn es um die Einschätzung der subjektiven Bereitschaft der Individuen zu eigenständigem politischem Handeln geht) unterschätzt werden. Die These Bust-Bartels, die Situation in der DDR würde "für die dort Herrschenden immer brisanter" und es könne "sogar zu einem offenen Aufruhr kommen", mag den Hoffnungen der westlichen Linken entgegenkommen, bleibt aber Spekulation und verdeckt die in 30 Jahren gewonnene Stabilität der DDR-Gesellschaft.
Dennoch bleibt sie von inneren Widersprüchen geprägt; von deren Schärfe und nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung des nach wie vor nicht befriedeten Konfliktpotentials Jugend wird die Zukunft abhängen.

STEFAN EBANK

(1) Siehe dazu Internationalismus-Rundbrief des SB, Nr. 4

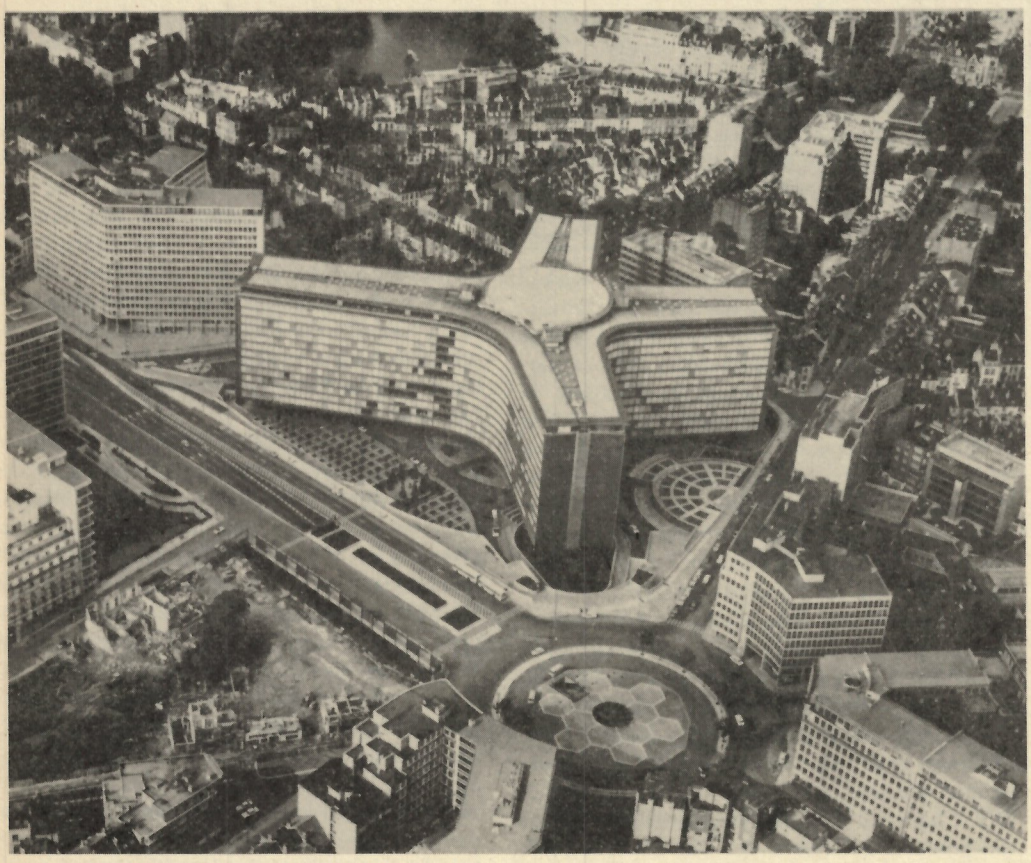
Demonstration und Großveranstaltung am 30.6. in Marburg zum ersten Jahrestag der Verurteilung Bahros

Seit dem 30.6.1978 ist der DDR-Regime-Kritiker Rudolf Bahro wegen "Landesverrat" und "Sammlung von Nachrichten" rechtskräftig zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt.
Das Berliner und Marburger Bahro-Komitee rufen anläßlich des Jahrestags seiner Verurteilung zu einer nationalen Demonstration für die Freilassung Bahros und zur Solidarität mit der Opposition in Osteuropa am 30.6. in Marburg auf (Beginn ca. 12 Uhr). Anschließend findet eine Podiumsdiskussion statt, an der Vertreter der Marburger Schule bzw. der DKP, sowie u.a. Jean Elleinstein (KPF), Zdenek Mlynár (ehem. ZK-Sekretär der KP der CSSR) und Bernd Rabehl teilnehmen werden.
Am Sonntag, den 1.7. (vormittags) ist eventuell noch eine Kulturveranstaltung vorgesehen. Für Übernachtungsmöglichkeiten ist in diesem Fall gesorgt. Wer schon Freitag anreist, kann am Marburger Uni-Fest (29.6.) teilnehmen.

Europa

Vom Akkumulationsvehikel zum Krisenstab

In diesem Monat stehen die Wahlen zum europäischen Parlament an. Der Aufwand der Parteien ist groß, der erhoffte Effekt in der Bevölkerung, wohl nicht nur in der Bundesrepublik, gering. Was steckt hinter dem Plakat "Europa"? Welche materiellen Bedingungen und welche Wirkungen hat die sogenannte Zusammenarbeit? Hinter dem Tagesereignis "Wahl" sind längst entschiedene Prozesse vorhanden, die auch durchs Spektakel nur wenig berührt werden.



Brüsseler Verwaltungssitz der EG dpa

Die Analysen der Linken, die im großen und ganzen zu Europa schweigt (nicht etwa aus Einsicht, sondern aus Ratlosigkeit), kranken an der fehlenden Sicherheit des Urteils, was nun eigentlich "Europaideologie" und was dementgegen europäische "Realität" ist. Unter "Europaideologie" ordnet man eine grobschlächtige Betrugsthese ein, wonach die Begeisterung für die "europäische Idee" (die so alt ist wie der Formationsprozeß westeuropäischer Nationalstaaten selbst) für den Aufbau eines "Europa der Konzerne" instrumentalisiert wurde. Man assoziiert damit die Fackelmärsche einer europäischen Jugendbewegung in den 50er Jahren, die es in der Tat als Reflex auf die Erfahrungen des 2. Weltkriegs, für den man "den Nationalismus" verantwortlich machte, gab. Die darin liegende pazifistische Komponente verschmolz sehr bald mit der Begeisterung für den westeuropäischen Wiederaufbau, hatten doch Sieger wie Verlierer des 2. Weltkriegs das Inferno wirtschaftlich ruiniert und weltwirtschaftlich degradiert hinter sich gebracht.

"Europa" war fortan eine ökonomische Integrationsphilosophie, wonach das gemeinsame Ziehen am wirtschaftlichen Strang (Montanunion, Euroatom, EWG) in zunehmendem Maße die politische Union der westeuropäischen Staaten und Völker herbeiführen werde – eine pseudo-materialistische Theorie, der auch die Linke lange Zeit nachhing. Als sich die westeuropäische Konstruktion immer deutlicher als Akkumulationsvehikel der Rekonstruktionsphase erwies und ihr weder die parlamentarische Legitimation noch die sozialpolitische Komponente beigegeben worden war, wurde die Möglichkeit außer acht gelassen, die Energien der "europäischen Idee" im Sinne antikapitalistischer sozialer Bewegung progressiv zu wenden. Das alternative "Europa der Arbeiter" blieb eine wenig mitreißende, defensive Floskel für Feierstunden einer wieder einmal geschlagenen, jetzt aber wirtschaftlich-sozialstaatlich abgefundenen Arbeiterbewegung.

"Europa"?

Will man ermitteln, was nun "europäische Realität" ist, begibt man sich auf unsicheren Boden, den verschwommene Thesen von der "Eurokratie" in Brüssel, von der "germano-amerikanischen Hegemonie" usw. nicht eben begehbarer machen. Für die Entstehung des Kapitalismus war die Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in Nationalstaaten eine elementare Voraussetzung; die Konstitution des Weltmarkts war unmöglich ohne diese staatliche "Besonderung", die über Zoll- und Währungsgrenzen erst die heute noch gültigen kapitalistischen Verkehrsformen herstellte und darüber hinaus durch Aneignung vorkapitalistischer soziokultureller Traditionen (Sprache, Wertsysteme, kulturelle Leitbilder) dem Nationalstaat wichtige Funktionen sozialer Integration zuschob. Mit der Internationalisierung des Kapitals, am deutlichsten zu sehen in der grenzüberschreitenden Aktivität transnationaler Konzerne, ergaben sich erhebliche Steuerungsprobleme und Funktionsdefizite der Nationalstaaten, ohne daß diese dadurch materiell in Zweifel gezogen worden wären.

Die "Eurokratie" ist zum Staat der europäischen Unternehmer geworden. Wenn dennoch ein supranationaler Apparat entstanden ist, der in einzelnen Politikbereichen ehemals nationale Interventionsmöglichkeiten des Staates einem schwierigen kollektiven Verhandlungsprozeß (Ministerrat) und einer mit Eigendynamik weiterentwickelten EG-Bürokratie (Kommission) ausgesetzt hat, denn entspringt dies dem Versuch, das durch neue Formen weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung hervorgerufene Krisenpotential (mit der Tendenz zur "Unregierbarkeit" solcher Staaten, deren Unternehmen unterdurchschnittlich produktiv sind) zu bändigen. Die wichtigsten Instrumentarien des Krisenmanagements sind nach wie vor in der Hand nationaler Staatsapparate, aber die EG-Institutionen haben in sensiblen Bereichen des weltwirtschaftlich bedingten "Strukturwandels" (der ehemals blühende Leitsektoren westeuropäischer Volkswirtschaften wie die Textil- und Stahlindustrie extrem schrumpfen ließ und zwischen den "Revieren" immer stärkere sozial- und regionalpolitische Disparitäten herstellte) zunehmenden Einfluß bekommen.

Fiktive Integration

Die EG ist derzeit ein institutioneller Zusammenhang nationalstaatlicher Krisenpolitiken. Dieser funktioniert sektoral unterschiedlich. Der höchste Kompromißzwang besteht im Kernstück der EG, in der Agrarpolitik. Diese ist ein typisches Beispiel für europäische Krisenpolitik, insofern ihre Aufgabe darin besteht, die industrielle Option der EG (in deren Rahmen nur hochproduktive und spezialisierte Landwirtschaftsbetriebe überleben können) unter möglichst geringem sozialen Kostenaufwand durchzudrücken. Der dabei entwickelte preispolitische Mechanismus ist langfristig nicht mehr aufrechtzuerhalten; erstens weil es keine Möglichkeiten mehr gibt, weitere proletarisierte Bauern aus "Grenzbetrieben" in anderen Wirtschaftssektoren aufzufangen, zweitens weil EG-Länder mit noch stark bäuerlicher Struktur durch die erzwungenen Rationalisierungsprozesse unter untragbaren innenpolitischen Druck geraten sind. Faktisch ist die Integration in ihrem Herzstück, dem einheitlichen Agrarpreissystem, längst eine Fiktion geworden (Grenzausgleich, Protektionismus), die ihre Entsprechung in anderen Überproduktionsbereichen findet, in denen die Zollunion durch die Errichtung nicht-tarifärer Handelshindernisse praktisch zerstört ist.

Auf der anderen Seite gibt es Bereiche, in

denen so gut wie keine Delegation von Entscheidungskompetenzen vorliegt und Integration höchstens indirekt zustandegekommen ist; zu nennen sind hier Technologiepolitik (mit wenigen Prestigeprojekten), Energiepolitik und Rüstungspolitik. Hier herrschen "nationale Alleingänge" vor, die die EG-Kommission in blumenreichen Lamentos periodisch beklagen darf.

Man hat daraus schon die Schlußfolgerung gezogen, die EG sei langfristig erledigt. Als Beleg dafür galt das Scheitern der Wirtschafts- und Währungsunion, die ausgeglichene Entwicklungsniveaus und europaweite Globalsteuerung zur Voraussetzung gehabt hätte. Trotz aller Desintegrationstendenzen, die der Appell an das "Europa der Bürger" und der Versuch, die politischen Dimensionen der Europaintegration (gemeinsame Außenpolitik) stärker zu gewichten, nur mühsam überdecken können, bleibt aber die EG ein institutioneller Rahmen vor eher zu- als abnehmendem Gewicht. Denn gerade auf der Basis zunehmender Entwicklungsgefälle bei gegebener Interdependenz ergibt sich der Zwang vermehrter wirtschafts- und währungspolitischer Koordination, die zu zentralisierter Krisenpolitik tendiert. Seitdem sich die EG-Staaten in einem gemeinsamen Konjunkturtief befinden, verstärkt sich die Tendenz zu koordinierter Konjunkturpolitik, jetzt nicht mehr mit dem Ziel, die europäische Wirtschaft und Gesellschaft parallel zu modernisieren und Ungleichgewichte auszugleichen, sondern den status quo zu wahren. Daran hat natürlich die BRD Interesse, insofern ihre Exportmöglichkeiten immer noch am stärksten von der Zahlungskraft westeuropäischer Importländer abhängt; aber daran haben auch die Länder mit hohen Zahlungsbilanzdefiziten ein Interesse, weil sie mangels Alternativen auf einen Wirtschaftsaufschwung der BRD und insbesondere auf EG-vermittelten "Ressourcentransfer" (Finanzhilfe) angewiesen sind.

"Stabilitätsgemeinschaft" mittels des EWS

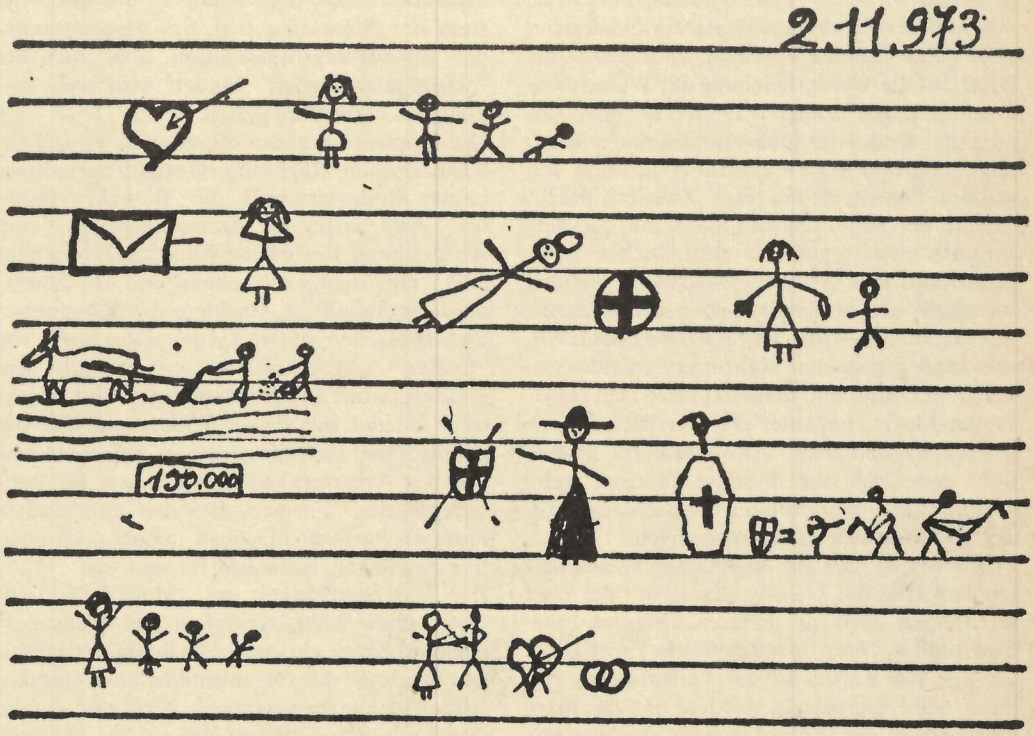
Die Tendenz zur Stabilisierung der EG als Krisengemeinschaft unter der zunehmenden Hegemonie der BRD (die bis Anfang der 70er Jahre politisch und institutionell keineswegs so eindeutig gegeben war) zeigt sich zuletzt in der Konstruktion des EWS, die man als Resultat signifikanter Kursänderungen sowohl der französischen wie der BRD-Politik ansehen kann. Wenn im Verlauf der Krise die WWU (Wirtschafts- und Währungsunion) sang- und klanglos zu den Akten gelegt worden war, dann aus der Erkenntnis, daß die materiellen Voraussetzungen für gemeinsame "aktive" Wirtschaftspolitik fehlten, d.h. auch – so die These der wirtschaftspolitischen "Ökonomisten" in der BRD und anderen nicht so stark von der Krise betroffenen Regimen der Benelux-Zone – keine gemeinsame Währungspolitik außerhalb der "Schlange" zu machen war, wenn man sich nicht unkontrollierbare Destabilisierungsprozesse aus den besonders betroffenen EG-Partner-Ländern einhandeln wollte (Nivellierung der EG-Bedingungen nach unten, hohe Inflationsraten, hohe Arbeitslosigkeit).

Genausowenig wollten die schwächeren Länder mit großen Zahlungsbilanzdefiziten gegenüber der BRD sich des Wechselkurs-Mechanismus' begeben, der über permanente Abwertungsmöglichkeiten Schutz vor überlegenen Konkurrenzökonomien bot und mittelständische und strukturschwache Betriebe und Branchenteile vor dem Absterben bewahrte. Die Alternative zur WWU war damit praktisch die Aufhebung der Integration durch Einschränkung des Freihandels und Kapitalverkehrskontrollen. Protektionistische Strategien dieser Art haben aber gerade die schwächeren Ökonomien nicht aus dem Sumpf herausgeführt. Es hat sich z.B. gezeigt, daß trotz der währungsbedingten Verteuerung der Arbeitskosten und Exporte der BRD die Zahlungsbilanzdefizite ihr gegenüber anwuchsen statt schrumpften. Gleichzeitig wurden die Desintegrationskosten größer als die Protektionsvorteile, zumindest in Wirtschaftssektoren, die international noch einigermaßen konkurrenzfähig waren.

In dieser Situation schaltete insbesondere die französische Regierung konsequent auf die Austeritäts- und Deflationspolitik nach deutschem Muster um. Über die Finanzhilfe der EG und internationaler Organisationen an Großbritannien, Irland und Italien waren auch diese Länder an Konditionen gebunden, die ihre Wirtschaftspolitik dem Stabilitätsziel (Absenkung der Inflationsraten bei Inkaufnahme höherer Arbeitslosigkeit, Generalisierung des "Geldmengenziels") unterordnete. Kern der EG-Integration in der Krisensituation war also zunehmend der informelle Einfluß des "Modell Deutschland" geworden, nach dem sich immer mehr EG-Regierungen konzeptionell richten mußten (Barre-Pläne, Austeritá in Italien) und das die EG-Institutionen (mit teilweise wörtlicher Übernahme deutscher Vorlagen wie dem Stabilitätsgesetz von 1967) vermitteln. Faktisch hat die BRD-Regierung also den Einfluß auf die europäische Wirtschaftspolitik bekommen, den sie als unerläßliche Voraussetzung für eine "Stabilitäts-

Auch das ist Europa ...

Im hochentwickelten Westeuropa gibt es nicht nur Millionen von Arbeitsemigranten, da die Menschen dem Kapital nachlaufen müssen und nicht umgekehrt. Es gibt zur Zeit, da der Kapitalismus von der Krise geschüttelt wird, auch Millionen von Arbeitslosen. Die Mailänder Wochenzeitschrift L'Europeo hat vor kurzem an einen weiteren Widerspruch erinnert, den wir aus unserem Bewußtsein gewiß allzu oft verdrängen: in den hochkapitalistischen Ländern gibt es auch noch eine beträchtliche Zahl von Analphabeten. Die nachstehende Bilder-Folge stellt einen Brief einer süditalienischen Mutter an ihren Mann dar, der als Arbeitsemigrant im Ausland lebt. Wir haben ihn – ebenso wie die schriftliche Übersetzung aus "le monde" vom 22./23.4.79 entnommen.



"Mein Liebster in der Ferne,
mir geht es gut, auch den Kindern, außer dem Kleinsten, der krank ist. Ich habe Dir einen Brief geschrieben und bin besorgt, weil noch keine Antwort gekommen ist. Deine Mutter ist krank und mußte ins Spital. Ich bin sie besuchen gegangen und habe ihr zwei Geschenke mit nützlichen Sachen mitgebracht, unser Zweitjüngster hat mich begleitet.
Ich habe Anweisungen gegeben, damit unser Feld bestellt und ausgesät wird. Ich habe dazu 150.000 Lire ausgegeben. Es gab Kommunalwahlen. Ich habe für die Christdemokraten gestimmt, wie es der Pfarrer verlangt hat. Die Kommunistische Partei hat verloren. Für uns sind allerdings Christdemokraten und Kommunisten dasselbe: wir müssen das Feld immer wieder bestellen, wer auch der Sieger ist. Viele Küsse von Deinen Kindern und Deiner treuen Gattin."

Butterberg im EG-Kühlhaus

gemeinschaft" angesehen hatte.
Das EWS lohnt sich unter mehreren Gesichtspunkten für die BRD. Erstens gelingt es, das EG-interne Währungschaos abzubauen und den dadurch provozierten Verfall des innergemeinschaftlichen Handels aufzuhalten; wenn von anderen führenden Weltmarktökonomien aber keine Impulse kommen, muß gerade die BRD auf die Wiederbelebung der Wirtschaftsmacht Europa drängen, in der sie nicht das alleinige Risiko der Investitionsinitiative trägt, aber aufgrund ihrer Exportüberlegenheit den größten Nutzen davon trägt. Zweitens drückt sich in der Schaffung des EWS mit der Perspektive eines regionalen europäischen Währungsfonds eine deutliche Machtverschiebung innerhalb des imperialistischen Blocks zuungunsten der USA aus. Die Schaffung des EWS, also eines regionalen Währungsverbundes neben dem Dollar und in Konkurrenz zum Euro-Dollar-Markt, bedeutet die Durchsetzung einer experimentellen Vorwärtspolitik gegenüber den USA, um diese so zu einer weltwirtschaftlich konformeren Wirtschaftspolitik der Dollarunterstützung zu zwingen.
Das EWS ist also ein eindeutiger Warnschuß vor den Bug der US-Regierung, mit der man im übrigen auch auf anderen Gebieten (Nuklearpolitik, Neutronenbombe) in Zwist geraten ist; die Karten in der "atlantischen Allianz" sind neu verteilt worden, und das führt automatisch zur Intensivierung europäischer politischer und ökonomischer Zusammenarbeit.

Hindernisse der Hegemonie

Man muß nun sehen, welche politischen Auswirkungen die Möglichkeiten des "Hineinregierens" der BRD in die westeuropäischen "Partner"-Länder haben wird. Das "Modell Deutschland" ist ja ein wirtschaftspolitisches Konzept, das an viele politische Rahmenbedingungen, besonders die Stabilität der "sozialen Sicherung" und die Funktionsfähigkeit des Sozialpakts mit den Gewerkschaften, gebunden ist. Die Durchsetzung einer deflationären Politik im europäischen Maßstab, die den Ressourcentransfer mit politischen Auflagen der institutionellen Angleichung an das BRD-System der Staatsausgaben, des Steuersystems, der Verwaltungsorganisation, aber auch der "Sozialpartnerschaft" bindet, wird nicht reibungslos vonstatten gehen.
Die Opposition gegen die aktuelle Politik der französischen Regierung Giscard/Barre (forcierte Modernisierung der Branchen-Struktur, Konzentration, Deflationspolitik statt Ausdehnung der Massenkaufkraft) von links und rechts deutet dies ebenso an, wie die keineswegs endgültige Abstinenz der italienischen und britischen Gewerkschaftsführungen von "heißen" Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat. In Großbritannien und Frankreich kleidet sich dieser Widerstand, der von gefährdeten kleinbürgerlichen Schichten wie von der Arbeiterklasse ausgeht, u.a. in "antieuropäische" Formen. Bei den italienischen Parteien herrscht hingegen immer noch positive Erwartung bezüglich Europa vor.
Die Durchsetzbarkeit des "Modell Deutschland" über Währungssystem und Währungsbeistand hängt also wesentlich von der künftigen Strategie der Organisationen der europäischen Arbeiterbewegung ab. Nicht nur, daß sie ihre nationale Grenzen sowohl in Aktionen wie organisatorisch kaum überwunden hat, sie ist auch bezüglich der Erwartungen an "Europa" tief gespalten, sowohl auf Partei- wie auf Gewerkschaftsebene. Dieser Riß führte – wie im französischen Fall – auch zur endgültigen Aufkündigung der unitären Strategie der Linken im nationalen Rahmen. Ein Teil der west-(und süd-)europäischen Organisationen votiert für ein europäisches Engagement mit der Hoffnung, die EG sozialpolitisch zu harmonisieren, d.h. also auch auf dieser Ebene die Elemente des "Modell Deutschland" mit hohem Lohniveau, relativen sozial- und vermögenspolitischen Vorzügen und bestimmten institutionellen Momenten der Sozialpartnerschaft zu imitieren. Von daher erklärt sich das Engagement zahlreicher Gewerkschafter für das Europaparlament und die proeuropäische Haltung der Mehrheit der oppositionellen Linksparteien in den Erweiterungsländern und in Italien. Diese erwarten offensichtlich die Realisierung einer Spielart des "mediterranen Szenarios", mit dem schon einmal französische Politiker ein Gegengewicht gegen die DM-Zone schaffen wollten; sie setzen auf den beschäftigungsorientierten Ausbau der EG, deren sozial- und regionalpolitische Leistungen bislang allerdings relativ gering waren, so daß eigentlich ein Wunder geschehen müßte, wenn die EG sich – wie verlangt – zur "Entwicklungsgemeinschaft" mausern sollte. Eher steht die Realisierung eines Strukturkonzepts an, das einer brutalen Sanierung (wie in Lothringen) gleichkommt und in Südeuropa zur Verallgemeinerung des "Mezzogiorno-Effekts" mit katastrophalen beschäftigungspolitischen und ökologischen Auswirkungen führen dürfte.

Von der Europawahl zur gesamteuropäischen Austeritätspolitik

Besonders bedenklich steht es um den Widerstand gegen kapitalistische Integrationspolitik in Europa, wenn sich Gewerkschaften geradezu zum Vollzugsorgan einer "Deutschen Neuordnung" aufschwingen, wie sich dies in der Führungsrolle des DGB im EGB andeutet und wie dies besonders Interventionen vom Stil des IG-Chemie-Vorsitzenden Hauenschild (ebenfalls Parlamentskandidat) befürchten lassen, der die französischen CGT-Gewerkschafter in der Manier eines internationalisierten Berufsverbots aus dem EGB aussperren will. Eine solche Politik paßt sich stromlinienförmig der Übernahme westdeutscher politischer Verkehrsformen in anderen westeuropäischen Ländern (Terroristenbekämpfung, Reorganisation der öffentlichen Dienste usw) an. Mit der versuchten Einschränkung des Streik- und Demonstrationsrechts hat sich Giscard d'Estaing schon als BRD-Musterschüler verdient gemacht – eine jener "flankierenden Maßnahmen", die mit der Angleichung an die von der BRD konzeptualisierte und von den EG-Behörden exekutierte Wirtschaftspolitik einhergeht.
Eigentlich sind gegenwärtig nur in der EG-Kernzone die gesellschaftlichen Bedingungen für die Wirksamkeit massenintegrativer Strategien zur Sicherung der EG-Krisenpolitik gegeben. Selbst dort ist aber das Überleben sozialliberaler Regierungen, die dies am ehesten garantieren können, keineswegs sicher. Die Ablösung der Labour-Regierung hat hier ein Signal gesetzt, wie derartigen Regimeformen allmählich der Boden entzogen werden kann; überall in Westeuropa ist eine Zersplitterung der Parteiensysteme zu beobachten, die die parlamentarische Mehrheitsbildung von Koalitionen sozialliberalen Typs erschwert und das entsprechende Wählerpotential an den Flügeln abbröckeln läßt. Die Rechte in Europa (Strauß, Thatcher, Chirac, rechte DC in Italien) vermag das Unzufriedenheitspotential, außerhalb der BRD auch das "antieuropäische" Protestpotential, wirksam aufzufangen; daran ändert auch nichts, daß nach deren evtl. Machtübernahme ein Austeritätsprogramm durchgesetzt würde, das sich so weitgehend

nicht vom Bekannten unterscheidet, wenngleich die Reprivatisierung des staatlichen Sektors umfassender, der Kurs gegenüber den Gewerkschaften härter und der außenpolitische roll-back heftiger sein dürfte (Abbau der Entspannungspolitik).

Abschließend zu der Frage, welche Bedeutung gegenüber bzw. parallel zu diesen technokratischen und autoritären "Lösungen" der europäischen Krise (Struktur- und Integrationskrise) die Einlösung der alten Vertragsverpflichtung auf Demokratisierung der EG durch Direktwahlen hat. Christdemokratische und sozialdemokratische Protagonisten der Direktwahl sprechen neuerdings gern vom "Europa der Bürger ... des kleinen Mannes ... der Menschen", um antitechnokratische Effekte für sich nutzbar zu machen und die oft beklagte "Parteimüdigkeit" abzubauen. Es dürfte mittlerweile deutlich sein, daß nicht plötzlich eine breite proeuropäische Massenbewegung die abgeschlaffte ökonomische Integrationsmechanik ersetzen kann, zumal dem aufgerufenen Wahlvolk mehr oder weniger deutlich sein dürfte, welch begrenzte "Parlamentarisierung" man ihm dort zur Absegnung unterbreitet: die Kontrollrechte des Straßburger Parlaments reichen auch weiterhin nicht aus, Ministerrat und Kommission wirkungsvoll zu kontrollieren, und Budgetrecht und Gesetzgebungskompetenz gehören nicht zu seinen Prärogativen. Man sieht, welcher Graben diese "Parlamentarisierung" von früheren Prozessen der Eroberung von Kontrollrechten durch die citoyen im nationalen Rahmen trennt; andererseits sollte man sich – angesichts des Funktionswandels eines mehr und mehr ausgehöhlten Parlamentarismus in bürgerlichen Vertretungssystemen generell – nicht allzu lange bei der Kritik dieses Sachverhalts aufhalten. Augenwischerei ist es jedenfalls, einen Europawahlkampf mit der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche zu führen, wenn das Europa-Parlament darüber zu allerletzt zu befinden hat.

Europawahl und Linke

Für einen Teil der Linken stellt die Wahl eine Gelegenheit dar, um ihre unterschiedlichen und weit divergierenden Strategien vorzustellen: Plattform eines europakonformen Eurokommunismus im engsten Sinne, der Sammlung antieuropäischer Kräfte (KP Frankreichs und Dänemarks), der Europäisierung massenintegrativer Strategien (Brandt, Gewerkschafter) und eines (m.E. illusionären) sozialpolitischen Reformismus, der Erweiterung der Basis für außerparlamentarische ökologische Gruppen (die in der BRD unter die Fünfprozent-Klausel fallen). R. Jungk beispielsweise hält die Wahlbeteiligung der Grünen an den Europa-Wahlen für durchaus sinnvoll, trotz der gegenwärtig geringen Kompetenzen des Parlaments, das er sich künftig als Koordinationsstelle dezentraler regionaler Alternativen und "Ombudsman" für die Rechte der Bürger gegen die Planung der Technokraten" ausmalt (Europäische Perspektiven, hg. vom SR, München 1979, S. 52). Dementgegen haben Vertreter "bunter Listen" die Europa-Wahlen als Scheingefecht bezeichnet, aus dem sie sich – anders als im Fall von Kommunalwahlen – herauszuhalten gedenken.

Die vor Jahren noch zu hörende Formel vom "Europa der Arbeiter" hat sich nicht in die alltägliche Realität des Klassenkampfs in Westeuropa umsetzen lassen; eher haben die Strategien des internationalisierten Kapitals und der Staatsapparate, besonders unter dem Eindruck zunehmender Massenarbeitslosigkeit, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in zunehmende Ratlosigkeit gestürzt, aus der weder Überwinterungs- und Politisierungsstrategien herausgeführt haben. Wenn sich eine fraktionelle Vereinigung der Linken auf Parlamentsebene als undurchführbar herausstellt, eine stärkere sozialpolitische Gewichtung der EG gerade bei dem jüngst eingeschlagenen strukturpolitischen Sanierungskurs eher unwahrscheinlich ist und die grenzüberschreitende Kooperation überbetrieblicher und innerbetrieblicher Arbeitervertretern sich bisher noch als überaus fragmentarisch erwiesen hat – wo liegen dann überhaupt noch die Ansatzpunkte gesamteuropäischen Engagements, wenn man nicht der EG-Bürokratie, den formellen und informellen Parteizusammenschlüssen der Rechten und dem Wildwuchs der pressure groups das Feld überlassen will?

Aus den jüngsten Aktionen in der Stahlindustrie und der daraus hervorgegangenen Forderung nach Durchsetzung der 35-Stunden-Woche haben sich m.E. einige bescheidene Kooperationsansätze auf Gewerkschaftsebene ergeben, die erheblich stärker ausgebaut werden müßten. Die protektionistische Parole "Produziert französisch! (oder deutsch)", d.h. die Aufrechterhaltung des vorhandenen Produktionspotentials um jeden Preis, führt in konzeptionelle Widersprüche (z.B. zur Entwicklungspolitik) und zu gesellschaftlichen Absurditäten (nämlich zum Plädoyer für Verschwendungsproduktion). "Europäische" Lösungen gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik von Staat und Unternehmern zu entwickeln, heißt deswegen auch nach alternativen Produktionsorientierungen und Verbesserung der Arbeitsorganisation (Reduktion und Abschaffung von Schicht- und Akkordarbeit, Reduzierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, Abbau der Arbeitsteilung usw.) zu suchen. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche z.B. ist umso eindeutiger zu stellen, je mehr sie in allen europäischen Branchen und Betrieben durchgesetzt wird und so keine Chance mehr bleibt, einzelne nationale Arbeitergruppen gegeneinander auszuspielen.

CLAUS LEGGEWIE

60 Tonnen deutsches Rindfleisch wurden am 6.3.79 bei Vervins (Frankreich) auf die Straße geworfen und mit Benzin übergossen, um das Fleisch ungenießbar zu machen. dpa

dpa

Hinter den Kulissen

Iran nach der Revolution

In der Berichterstattung über den Iran nehmen Nachrichten über geheime Gerichtsverfahren, Todesurteile und Hinrichtungen einen immer breiteren Raum ein. Solche Ereignisse werden von den ehemaligen Freunden des Schahs mit Genugtuung aufgenommen, helfen sie doch, das Bewußtsein von den Ursachen der iranischen Revolution und der langjährigen Kollaboration mit dem terroristischen Schah-Regime zu verdrängen. M. Massarat war kürzlich in Iran. Er versucht dagegen, den widersprüchlichen Prozeß darzustellen, in dem um den Inhalt einer "Islamischen Republik" offen und hinter den Kulissen gekämpft wird.

Die Revolution hat eine der schrecklichsten Diktaturen der Gegenwart zu Fall gebracht, sie hat jener die Völker der Region (z.B. das Volk von Oman Dhofar) permanent bedrohenden Armee einen wichtigen Schlag versetzt, sie hat die wahnsinnigen, die Wirtschaft- und Sozialstruktur des Landes unwiderruflich zerstörenden Rüstungs- und AKW-Verträge mit den imperialistischen Staaten zum großen Teil wieder rückgängig gemacht, sie hat die Pahlawi-Foundation (die Plünderungszentrale des Volkes) in eine gemeinnützige Stiftung verwandelt und sie hat jene kleine aber mächtige Clique von Großunternehmern, Großspekulanten, Großgrundbesitzern und mit diesen eng verbundenen Armeegenerälen, die außer Ausbeutung und Plünderung des Volkes nichts im Sinn hatten, zur Flucht gezwungen, sie hat die soziokulturellen und sozialpsychologischen Störungen, die sich ausbreiteten, gemildert und das Selbstvertrauen der Bevölkerung, vor allem aber der Besitzlosen, gestärkt und sie hat schließlich auch die bürgerlichen Grundrechte weitgehend hergestellt, kurz sie hat die mit der weiteren Entfaltung des Kapitalismus nicht mehr verträglichen monopolistisch-zentralistischen Strukturen und den "asiatischen" Ballast abgeschüttet. Im Grunde genommen hat diese Revolution im Kern wesentliche Aufgaben einer der kapitalistischen Entwicklung nachfolgenden bürgerlichen Revolution erfüllt.

Staat im Staate

Nun wurde die "Islamische Republik" mit der Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung ausgerufen, sie ist aber längst noch nicht etabliert. Die von Khomeini ernannte provisorische Regierung Basargan verfügt über keine staatliche Macht. Die Armee hat sich immer noch nicht von den Schlägen der Revolution erholt. Ca. 50% der Soldaten haben sich immer noch nicht zurückgemeldet. Diejenigen, die wieder im Dienst sind bzw. die Kasernen nie verlassen hatten, halten sich ohnehin nicht an die Disziplinnormen einer streng hierarchisch aufgebauten Armee, wie sie sie unter dem Schah-Regime kannten. Mit der Verhaftung und der Hinrichtung vieler Armee-Generäle und der massenhaften Flucht einiger Hundert von ihnen ist die Logistik der alten Armee faktisch zerstört. Alle Versuche der Regierung, die erbeuteten Waffen wieder zurückzubekommen, die desertierten Soldaten zur Wiederaufnahme des Dienstes zu bewegen, die alte Disziplin und die alte Befehlsstruktur wiederherzustellen und die Armee wieder schlagkräftig zu machen, haben noch nicht zum Erfolg geführt. Ähnliches gilt auch für die Polizei. Trotz öffentlicher Vergebung "der Sünden aller Angehörigen der Polizei" durch Ayatollah Taleghani, wagen immer noch zahlreiche Polizisten und Offiziere der Verkehrs- und der Ordnungspolizei nicht, ihre Verstecke zu verlassen und in ihren Dienst zurückzukehren. Freilich aus Angst vor der Bevölkerung, die sie durch ihre Macht und Willkür jahrelang geplündert und gedemütigt hatten. Ihre Aufgaben werden nach wie vor im wesentlichen von bewaffneten "Verteidigern der Revolution", die in den "Khomeini-Komitees" organisiert sind, wahrgenommen.

Die faktische Aufgabe der Regierung Basargan beschränkt sich im wesentlichen auf die Aufrechterhaltung der Verwaltung, die Regulierung der Wirtschaftspolitik und die Entwicklung von mittelfristigen Reformplänen. Der eigentliche Staat ist Ayatollah Khomeini. Ihm unterstehen nicht nur der "Revolutionsrat" als höchste Legislative, sondern auch, zumindest formal, die bewaffneten "Khomeini-

Komitees", die einzig völlig intakten Exekutiven des Landes. Darüber hinaus sind auch wichtige außen-, innen- und sozialpolitische Initiativen von Khomeini eingeleitet worden.

Klassenkampf hinter den Kulissen

Dennoch wäre es verfehlt, hinter Khomeini einen einheitlichen, ihm widerspruchslos ergebenen Block der religiösen Führung zu vermuten. Vielmehr verbergen sich dahinter verschiedene Strömungen, die allerdings alle im Namen von Imam Khomeini agieren.
Da gibt es den reaktionär-orthodoxen Flügel der religiösen Führung, der unter dem Schah-Regime lange geschwiegen und mit diesem sogar zusammengearbeitet hat und erst in der letzten Phase der Revolution aktiv geworden ist. Die massive Forderung nach einem "Islamischen Staat" und die Etablierung einer einzigen Partei "Hesbolah", der Partei Gottes, ist auf das Betreiben dieses Flügels zurückzuführen. Diese Gruppe (repräsentiert z.B. durch Ayatollah Ghomi und Schirasi in Maschhad) stützt sich auf eine nicht zu unterschätzende Masse von religiös fanatisierten Kleinbürgern, vor allem in Ghom, Maschhad und einigen Stadtteilen von Teheran, und wird finanziell und politisch unterstützt von der verbleibenden lokalen und religiösen Großbourgeoisie, den Großgrundbesitzern und hohen Beamten und Offizieren. In einer von dieser Strömung erzeugten Atmosphäre des religiösen Fanatismus und eines widerlichen Antikommunismus konnten sich nicht nur lokale Vagabunden, Banditen, die Lumpenbourgeoisie und Lumpenproletarier in den Khomeini-Komitees einnisten. Auch und gerade die noch nicht entlarvten SAVAK-Agenten konnten sich in die Komitees dieser Strömung am leichtesten unbemerkt einschleichen. Die Übergriffe auf die demonstrierenden und unverschleierten Frauen in Teheran, öffentliche Auspeitschungen z.B. in Ghaswin, ja willkürliche Verhaftungen und Folterungen, darunter die der Söhne und einer Schwiegertochter von Ayatollah Taleghani, die tödlichen Schüsse auf die demonstrierenden Arbeiter in Isphahan, gehen auf das Konto der Anhänger und Machtorgane dieser reaktionären Strömung. Bei allen Konflikten der letzten Monate in Kurdistan und in Turkmenistan waren die Anhänger dieses Flügels bei der Unterdrückung der demokratischen und autonomistischen Forderungen und gewaltsamen "Lösungen" der Konflikte dabei.
Da ist weiter der kleinbürgerlich-radikale Flügel mit der größten Massenbasis unter den Bauern, der industriellen Kleinbourgeoisie, den Basaris, Handwerkern, Ladenbesitzern, Straßenhändlern, Angestellten, Studenten aber auch Arbeitern. Dieser Teil der religiösen Führung, der z.B. durch Ayatollah Makarem-Schirasi, Ayatollah Nouri etc. repräsentiert wird, stellt das Eigentum an Produktionsmitteln generell nicht in Frage, tritt aber für die Entmachtung der Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer und für die massive Beteiligung der Kleinbourgeoisie in den Industrialisierungsprojekten und für die Durchführung von sozialpolitischen Reformen zugunsten der einkommensschwachen Schichten und Klassen ein, welche im wesentlichen durch im Lande zurückgelassene Reichtümer der Schah-Clique und freiwillige Spenden der reichen Moslems finanziert werden sollen. Die Errichtung einer "Islamischen Bank" zur Mobilisierung des Geldkapitals der Kleinbourgeoisie, die Herabsetzung des Zinses, die Sozialisierung der Wasser- und Stromkosten für Kleinverbraucher bis zu 50 m³ bzw. 100 kwh monatlich, der Bau von Sozialwohnungen etc. sind Maßnahmen, die von diesem Teil der religiösen Führung nachdrücklich unterstützt werden. Zur Durchsetzung und Realisierung ihrer hier genannten Ziele im Dienste der einkommensschwachen Schichten ist diese Strömung auch gewillt, sich über die bürgerlichen Freiheiten und demokratischen Rechte hinwegzusetzen – "diese seien westliche Errungenschaften" – und ihre Diktatur ("die Diktatur des Volkes") nicht nur gegen die Überreste des Schah-Regimes, sondern auch gegen jene sozialistischen und kommunistischen Gruppen sowie den autonomen Teil der Arbeiterbewegung zu wenden, die ihren Kampf für grundlegende antiimperialistische, d.h. antikapitalistische Veränderungen fortsetzen wollen.
Da gibt es schließlich den radikaldemokratischen und antiimperialistischen Flügel der religiösen Führung, der an der Spitze durch den populären Ayatollah Taleghani in Teheran repräsentiert und von allen fortschrittlichen Teilen der Stadtbevölkerung, vor allem von Arbeitern, von der radikaldemokratischen islamischen Intelligenz und von wichtigen bewaffneten islamischen Organisationen wie den Volks-Modjahedin unterstützt wird. Diesem Flügel ist zu verdanken, daß der Einfluß des reaktionären Teils der Ayatollahs zeitweilig zurückgedrängt werden konnte. Dieser Teil hat nicht nur den Versuch zur Zwangsverschleierung der Frauen zurückgewiesen, die demokratische Forderung der ethnischen Minderheiten unterstützt und die gewaltsame Unterdrückung ihrer Rechte in Kurdistan und Turkmenistan aktiv verhindert, sondern er ist das größte Hindernis dafür, daß Marxisten und die linke Intelligenz offen unterdrückt werden. Wegen seiner konsequent radikaldemokratischen Position und seiner bedeutenden Erfolge bei den erwähnten Konflikten war die Autorität und Popularität dieses Teils enorm gestiegen. Die terroristischen Aktivitäten der mysteriösen Untergrundorganisation "Forghan" dürften u.a. auch innenpolitisch vor allem dazu dienen, im Interesse des reaktionären Flügels über die Lüge vom "marxistischen Terror" besonders den radikaldemokratischen Flügel zu schwächen. Hinter den religiösen Kulissen findet zwischen den religiösen Repräsentanten verschiedener Klassen in Wahrheit ein echter Klassenkampf statt.

Islamische Republik – ein Kompromiß

Ayatollah Khomeini selbst ist dem kleinbürgerlich-radikalen Flügel der religiösen Führung zuzuordnen, dessen konsequentester Vertreter er ist. Gleichwohl ist er die bedeutendste Integrationskraft der Bewegung. Mit dem reaktionär-orthodoxen Flügel verbindet ihn sein unverkennbarer Antikommunismus und seine Neigung zur orthodoxen Interpretation des Islams. Der radikaldemokratisch-antiimperialistische Flügel unter Taleghani kommt einfach nicht umhin, die Führungsrolle Khomeinis angesichts seiner Massenbasis und seiner hervorragenden taktischen Fähigkeit in Frage zu stellen. Mit der Parole "Einheit des Wortes" (wahdat-e kalemeh) – gemeint ist also die Einheit aller Volkskräfte –, dem ei-

Khomeini: "Als Gott in Frankreich?"

gentlichen Erfolgsgeheimnis gegen das Schah-Regime, verfügt Khomeini über ein sehr wirksames Kampfmittel, um die Kritik der linken Gruppen, die Protestdemonstrationen der Frauen, der arbeitslosen Arbeiter etc. als konterrevolutionär zu verdammen. Dennoch hat der radikaldemokratische Flügel der religiösen Führung gegen die Durchsetzung von antidemokratischen Tendenzen bisher hartnäckig gekämpft. Die "Islamische Republik" ist ein Kompromiß und auch das Resultat eben dieses – hinter den Kulissen ausgefochtenen – Kampfes. Gegenüber dem vom reaktionären Flügel und den Khomeini-Anhängern massiv geforderten "Islamischen Staat", der nicht von weltlichen, sondern von göttlichen Vertretern regiert werden soll, ist die "Islamische Republik" ein Fortschritt. Die Republik soll den demokratischen Willensbildungsprozeß garantieren, und der Islam soll ihren Inhalt abstekken. Der radikaldemokratische Flügel der Führung ringt gegenwärtig um eine möglichst demokratische Auslegung des islamischen Inhalts der Republik. Es dürfte vor allem darum gehen, die religiösen Minderheiten und nichtislamischen Parteien an der Legislative zu beteiligen. Daß die Veröffentlichung eines längst angekündigten Verfassungsentwurfs immer wieder hinausgeschoben wird und nach wie vor über die Art und die Zusammensetzung der verfassunggebenden Versammlung geschwiegen wird, deutet darauf hin, daß um die Fragen noch gerungen wird. Die Bevölkerung hat mit überwältigender Mehrheit für die "Islamische Republik" votiert, ohne allerdings ihren Inhalt genau zu kennen. In Wirklichkeit hat sie für Khomeini votiert.

Gespaltene Bourgeoisie

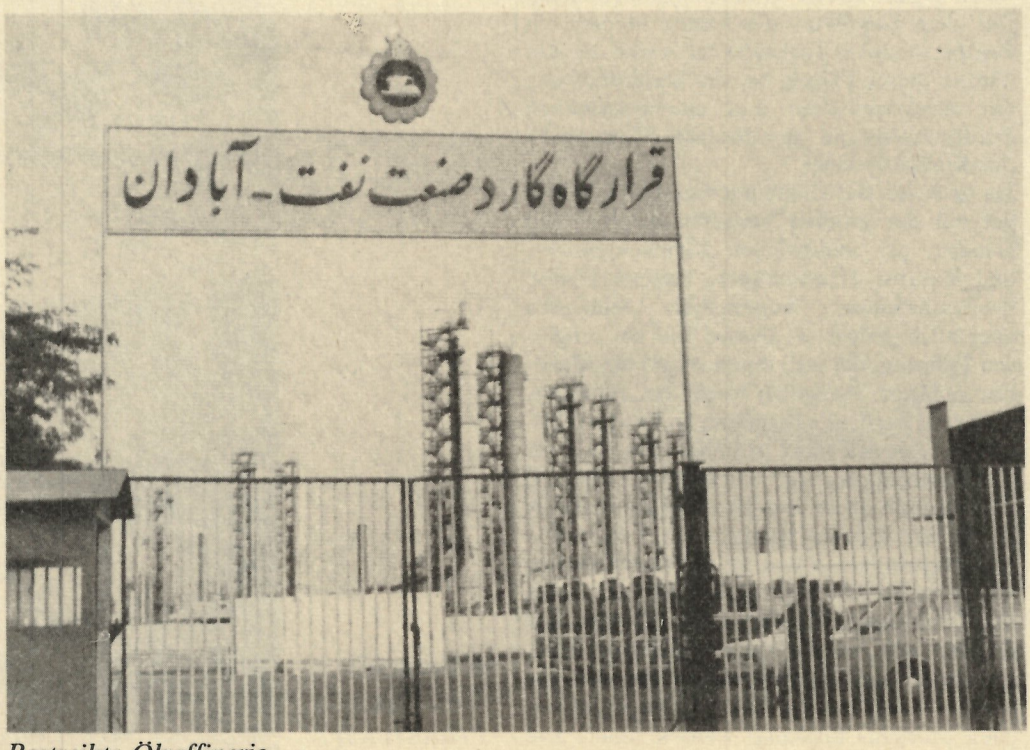
Die mittlere Bourgeoisie und die Großbourgeoisie in Iran hatte sich bereits in der letzten Phase der Revolution gespalten. Der rechtsliberale Teil der Bourgeoisie setzte sich zwar gegen die Einmann-Diktatur des Schahs, aber für die Beibehaltung der Monarchie ein. Dieser Flügel ist gescheitert und z.T. geflüchtet. Die ganz großen Fische hatten bereits in den Herbstmonaten die Fabriken flüssig gemacht und vor dem Schah das Land verlassen. Diese hatten ihre Fabriken zwecks Aufnahme von notwendigen "Krediten" bei ihren eigenen privaten Großbanken verpfändet, die Großbanken verpfändeten das Bankvermögen bei der Zentralbank und ließen die bei der Zentralbank aufgenommenen "Kredite" in Devisen an die Auslandskonten der Großfabrikanten überweisen, und zwar bis Dezember 1978 an die 4,5 Mrd. Dollar. Zahlreiche Fabriken, Dienstleistungsbetriebe und Bauprojekte sind durch diese Praxis der Kettenverschuldung verflüssigt worden. Die meisten von ihnen stehen immer noch still. Dies ist die Hauptursache der Arbeitslosigkeit.
Der andere antimonarchistische Teil der Bourgeoisie hat sich politisch fast gänzlich unter Khomeini unterordnen müssen. Ihren traditionellen Vertretern wie Basargan und den antimonarchistischen Vertretern der Nationalen Front, Sandjabi und Foruhar, gelang es bisher nicht, ihre Selbständigkeit zu demonstrieren. Sandjabi hat bereits resigniert, und Basargan wird bei der Stange gehalten. Die Regierung Basargan, die im wesentlichen aus Repräsentanten der liberalen Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie besteht, und insbesondere Basargan selbst, sind wahrscheinlich auch mittelfristig noch unverzichtbare Bindeglieder zwischen der religiösen Führung und der Bourgeoisie des Landes. Basargan ist gegen die antidemokratischen Tendenzen und eher für die bürgerliche Demokratie, allerdings aber auch inkonsequent gegen die Überreste des alten Regimes. Er hat sich des öfteren für die Generalamnestie stark gemacht. Sein Regierungssprecher Amir Entesam hat sogar den Wiederaufbau der SAVAK (die offensichtlich im geheimen immer noch existiert) offen verteidigt. Basargan hätte von sich aus die Hinrichtung von Generälen nicht eingeleitet, am liebsten diese für den Wiederaufbau der Armee wieder integriert. Und dies z.T. aus Angst vor einer sozialistischen Revolution und z.T. auch aus politischer Naivität gegenüber den verläßlichsten Stützen des Schah-Regimes.

Iran bleibt kapitalistisch

Die "Islamische Republik" ist ausgerufen, aber Iran bleibt dennoch kapitalistisch und im Imperialismus strukturell integriert. Weder Khomeini und noch weniger Basargan haben bisher irgendeine antikapitalistische Reform erwogen. Es ist nicht einmal davon die Rede, die total verschuldeten Betriebe der geflohenen Großbourgeoisie zu verstaatlichen und die riesigen Bau-Grundstücke der städtischen Großbodenspekulanten, auf die die Wohnungsmisere der Stadtbevölkerung zurückgeht, dem Staat zu überführen. Von der Verstaatlichung der Multinationalen Konzerne gar nicht zu sprechen. Ganz im Gegenteil hat der neue Direktor der Zentralbank die Auslandsinvestoren aufgefordert, wie bisher in Iran weiter zu investieren.
Zur Belebung der kapitalistischen Wirtschaft und Beseitigung der Arbeitslosigkeit (z.Zt. bei ca. 3. Mio., fast 30%) hat die Regierung bisher 100 Mrd. Rial (umgerechnet 2-3 Mrd. DM) mit niedrigen Zinsen bereitgestellt, die den kleineren und mittleren Betrieben gezahlt werden. Die Wirkung dieser wirtschaftspolitischen Maßnahme ist umstritten. Von den Linken wird vor allem bemängelt, daß viele Empfänger dieser Kredite mit diesen eher ins Ausland fliehen könnten.

Widerstand formiert sich

Der Klassenkampf findet jedoch nicht nur hinter den Kulissen statt. Im März d.J. ist die Nationaldemokratische Front gegründet worden. Darin haben sich die enttäuschten Linksintellektuellen der Nationalen Front und bisher im wesentlichen die in den kulturellen Institutionen des Landes durchaus einflußreiche und noch nicht organisierte demokratische und sozialistische Intelligenz zusammengeschlossen. Angesichts der Unterordnung der Nationalen Front unter die religiöse Führung kann die Nationaldemokratische Front das entstandene Vakuum füllen und als konsequent radikaldemokratische Organisation eine bedeutende nicht religiöse politische Kraft werden, gelänge es ihr, durch eine geeignete Plattform und einen organisatorischen Aufbau die Unterstützung von nicht nur allen bedeutenden linken Organisationen, sondern auch der Arbeiter- und Angestellten-Syndikate und vieler autonomer und demokratischer Berufsvereinigungen zu gewinnen, die inzwischen entstanden sind.
Die Tudeh-Partei als "Bruderpartei" der KPdSU hat zwar ihren Sitz nach 25jähriger Verbannung nach Teheran verlegt, sie hat im Iran nach wie vor einen Namen, aber keinen nennenswerten Anhang, und dies nicht nur wegen ihrer äußerst fragwürdigen Geschichte. Bezüglich ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen ist sie von dem kleinbürgerlich-radikalen Flügel der religiösen Bewegung kaum zu unterscheiden. Sie hat zur Zustimmung der "Islamischen Republik" aufgerufen und angekündigt, sich jener von der "Partei der Islamischen Republik" organisierten 1.-Mai-Demonstration anzuschließen.
Die einzige bedeutende linke Organisation ist die der "Volks-Fedayin". Sie, die etwa 10 Jahre lang gegen das Schah-Regime im Untergrund den bewaffneten Kampf geführt und Hunderte von ihren Mitgliedern und Anhängern bei Kämpfen mit den SAVAK-Agenten, bei Folterungen und durch Erschießungen verloren hat, ist längst nicht mehr eine Guerilla-Organisation, die den bewaffneten Kampf



Bestreikte Ölraffinerie

Gerechtigkeit, Öffentlichkeit und Demokratie in Iran

Daß soziale Umwälzungen sich kaum gewaltfreier Formen bedienen, sollte eine historische Binsenwahrheit sein. Das Maß der Gewalt des Widerstands richtet sich nach dem Ausmaß der Unterdrückung. Daß einem Ancien Régime der Prozeß gemacht wird, daß die Verantwortlichen bestraft und nicht belohnt werden, hat seinen guten Grund in der für die Opfer einzulösenden Gerechtigkeit. Die Form der Prozesse in Iran und die mit ihnen verbundenen Hinrichtungen können dieser Gerechtigkeit aber nicht entsprechen.

Gerechtigkeit erfordert vor allem, daß die ganze Geschichte der Despotie aufgerollt wird, daß das Tribunal die Konfrontation von Opfer und Henker auf der Bühne möglich macht und ins Volk vermittelt. Dafür ist freilich Öffentlichkeit Bedingung; und Öffentlichkeit setzt Demokratie voraus. Mit Demokratie scheint das neue Regime in Iran, die "Islamische Republik" Khomeinis, große Probleme zu haben. Schon der Geheimcharakter der Prozesse nährt die Vermutung, daß die Leichen der Hingerichteten die Geschichte ihres Tuns und damit die faktische Verantwortlichkeit des Ancien Régimes verdecken und nicht erhellen sollen. Fürchtet das neue Regime etwa, über offene und öffentliche Gerichtsverhandlungen die Bevölkerung in den politischen Prozeß einzubeziehen, um jene Teilnahme abzublocken, die als kämpfend erzwungene öffentliche Gewalt den Sturz des Schahs bewirkte? Gilt es etwa, Querverbindungen zu verdecken und die Verantwortung derjenigen zu verstellen, auf deren Mitarbeit man in der "Islamischen Republik" angewiesen ist?

Sicher, Herrschaft in der Despotie ist personale Herrschaft, und damit wird auch die Verantwortung eine persönliche. Schuld wird somit zu einer politischen Kategorie. Deshalb stehen Personen vor Gericht bzw. vor Tribunalen, die man dafür geschaffen hat. Auch die im Vergleich zum Gewaltmaß des erfolgten revolutionären Umbruchs verhältnismäßig geringe Zahl der Hinrichtungen weist auf die nur persönliche Zuordnung von Verantwortung hin. Das Schah-Regime war aber mehr als nur die Herrschaft weniger Personen über ein Volk. Das Schah-Regime war auch ein System ungehemmter Ausplünderung und der ihr entsprechenden Herrschaft. Um Veränderungen herbeizuführen, gilt es also mehr zu tun, politisch tiefer zu gehen, als die weitgehend willkürliche Verhängung der Kapitalstrafe in Form der "kurzen Prozesse". Genau das scheint aber die Funktion der Geheimtribunale zu sein.

Eine linke Zeitung, "Ayandegan", hat ihr Erscheinen von selbst eingestellt. Nicht daß die Pressefreiheit formell etwa eingeschränkt wurde. Vielmehr verhindert man die Freiheit der Presse, indem man einfach ihr Lebenselixier austrocknet: die Öffentlichkeit. Die Leser der Zeitung werden bedroht und registriert. Die Zeitung stellte ihr Erscheinen mithin auch deshalb ein, weil sie nicht die durch ihr Erscheinen hergestellte beschränkte Öffentlichkeit, ihren Leserkreis, offenbaren und somit gefährden will. Sie spielt nicht die Registratur des Regimes, das bereits damit begonnen hat, seine demokratischen und sozialistischen potentiellen Gegner prophylaktisch zu observieren. Die Situation der persischen Linken ist wenig beneidenswert. Sie kann nicht offen und offensiv gegen das Regime auftreten, um nicht in das aufgeklappte Messer der "Islamischen Republik" zu laufen. Die Kräfteverhältnisse sind gegenwärtig leider eindeutig. Deshalb bedarf das zurückhaltende und vorsichtige Verhalten der unter existenziellem Handlungszwang stehenden Genossen in Iran unseres Verständnisses und unserer Solidarität. Wahrheit ist nicht nur ein empirischer Tatbestand, sondern hat auch eine politische Dimension. Und diese wird zudem von der Geographie, von der Nähe zum Ort der Handlung bestimmt.

DANY DINER

★

zu ihrer "Strategie und Taktik" gemacht hatte. Die Organisation der Volks-Fedayin ist dank ihres Einsatzes gerade in den ersten Februartagen, kurz vor dem Zusammenbruch des Schah-Regimes, und angesichts ihres hohen Ansehens aus der Zeit während der Herrschaft des letzteren sehr schnell zu einer Massenorganisation geworden, die unter den Arbeitern, aber auch Bauern, den Angestellten und in Schulen und Universitäten sowie innerhalb der ethnischen Minoritäten beachtlichen Anhang gefunden hat. An der u.a. von ihr organisierten 1.-Mai-Demonstration sollen sich bis zu 200.000 Menschen, darunter viele Frauen und Arbeiter, beteiligt haben. Sie hat bisher in zentralen und besonders empfindlichen Fragen eine äußerst ausgewogene, differenzierte, gleichwohl aber radikale Position bezogen. Sie hat das harte Vorgehen Khomeinis gegen die Schah-Generäle im Vergleich zu der laschen Position Basargans in dieser Frage verteidigt, gleichzeitig aber Basargan bei seinem Widerstand gegen die von Khomeini zumindest geduldeten antidemokratischen Tendenzen den Rücken gestärkt. Als einzige linke Organisation haben die Volks-Fedayin – wenn auch sehr vage, aber immerhin – zur Bildung von Räten und Selbstverwaltungsorganen aufgerufen, in den Fabriken, auf dem Land, in der Verwaltung, in der Armee und in den Schulen und Universitäten. Sie haben auch die Autonomiebestrebungen der ethnischen Minderheiten nachhaltig unterstützt. Deshalb versuchen auch reaktionäre Geistliche, Khomeini selbst, aber auch die Regierung, die Volks-Fedayin direkt oder indirekt des Aufruhrs zu bezichtigen.

Die Forderung nach rätedemokratischen Organisationsformen ist in Iran sehr populär und wird auch und gerade vom radikaldemokratischen antiimperialistischen Teil der religiösen Bewegung unterstützt. Bisher sind viele Arbeiterräte und Landkommunen gebildet worden, so Bauernräte und Landkommunen in Babol, in Yasd, Arbeiterräte in Teheran, Isphahan, Ghaswin, Khoramabad etc.

In allen großen und mittleren städtischen Betrieben haben Betriebsratswahlen stattgefunden und sind die alten von der SAVAK abhängigen Vertreter der gelben Syndikate, sofern sie selbst noch nicht geflohen waren, aus den Fabriken vertrieben worden. In der übergroßen Mehrzahl der Betriebe sind Anhänger der "Islamischen Republik" gewählt worden. Das Gros der Lohnarbeiter, aber auch der Industriearbeiter unter ihnen, ist – noch – für die "Islamische Republik". Nur unter den Ölarbeitern in Abadan verfügen die linken Organisationen, darunter die Tudeh-Partei, über einen nennenswerten Anhang.

Der Arbeitervertreter eines Teheraner Industriekonzerns, der einige Tage zuvor mit den meisten Stimmen gewählt worden war, offenbarte, er hätte bis vor kurzem kein sonderlich großes Vertrauen in den Religionsführer gehabt. Er sei aber jetzt ein engagierter Anhänger der Religion und der "Islamischen Republik", da ohne Khomeini und den Islam der größte Feind der Arbeiter noch an der Macht wäre. Er würde allerdings auch nicht zögern, seine Meinung zu ändern, würde sich herausstellen, daß auch die "Islamische Republik" die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen kann. So, wie dieser, denken viele Tausende Arbeiter überall im Land. Die arbeitslosen Arbeiter haben jetzt schon kaum noch Illusionen über die "Islamische Republik". Mit Hilfe eines Zeitungsinserates trafen sich Mitte März erstmalig einige Dutzend arbeitslose Bauarbeiter, um sich über ihre Lage zu beraten. Sie wählten einen fünfköpfigen Rat und beauftragten diesen, weitere Versammlungen arbeitsloser Bauarbeiter einzuberufen. An ihren Versammlungen und Protestdemonstrationen haben immer mehr und bis zu jeweils einigen tausend Arbeitern verschiedener Zweige, darunter auch verschleierte Arbeiterinnen, teilgenommen. Sie forderten von der Regierung zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts zinslose Kredite (kein Arbeitslosengeld). Hierzu legten sie dem Arbeitsministerium einen detailliert ausgearbeiteten Entwurf vor, der auch in der Presse veröffentlicht wurde. Die Appelle Basargans an die "revolutionäre Geduld" der Arbeiter mußte auf diese, angesichts der kurz davor angekündigten großzügigen finanziellen Zusage an die Unternehmer, wie ein Hohn wirken. Auch die Diffamierung der aktiven arbeitslosen Arbeiter als Konterrevolutionäre durch das kontrollierte Fernsehen hat ihre

Das Militär im Hintergrund? dpa

Initiative nicht schwächen können. Mit einem viertägigen Sitzstreik im Justizministerium, an dem bis zu tausend Arbeiter teilnahmen, haben sie nicht nur durchgesetzt, daß das Fernsehen ihre Forderungen verlas und einen Bericht über sie sendete, sondern auch die Regierung gezwungen, ihre finanziellen Forderungen weitgehend zu akzeptieren. Eine Mrd. Rial (umgerechnet 200-300 Mio. DM) wurde von der Regierung für die arbeitslosen Arbeiter als Kredit bewilligt. Durch die Informationen in Presse und Fernsehen sind in allen größeren Städten ähnliche Initiativen entstanden. Die Praxis der Arbeitervertreter der Teheraner Initiative zeugt von ihrem hohen und differenzierten politischen Bewußtsein. Sie luden die Vertreter der Initiativen aller anderen Städte ein, um zunächst eine landesweite Organisation arbeitsloser Arbeiter zu gründen, die später in eine überregionale Gewerkschaft übergehen soll. Die Bewegung für die Organisation arbeitsloser Arbeiter, in der die Linken, insbesondere die Volks-Fedayin, verankert sind, ist bisher der wichtigste Ansatz einer autonomen Arbeiterbewegung in Iran.

Die Perspektiven des Widerstandes

Die Armee ist zwar noch nicht wieder aufgebaut. Von ihr dürfte aber in Zukunft dennoch die größte Gefahr ausgehen. Wird die antikommunistische Agitation fortgesetzt werden, und gelingt es dieser oder künftigen Regierungen nicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und grundlegende sozialpolitische Reformen durchzuführen und die Landwirtschaft wieder zu sanieren, dann dürften die Zeichen für die Stabilisierung der Demokratie in Iran nicht gut stehen. Die Kombination einer nach dem alten Muster wiederaufgebauten Armee (und diese Gefahr besteht) mit einer großen religiös-fanatischen Masse der städtischen Klein- und Kleinstbourgeoisie, könnte unter diesen Bedingungen dann zu einem offenen und beispiellosen blutigen Faschismus führen, der im islamischen Gewand nicht nur mit den Linken und den Radikaldemokraten, sondern auch mit der religiösen Führung, einschließlich Khomeini selbst, bitter abrechnen wird. Weniger gefährlich dürfte jedoch eine Armee sein, die aus den "Khomeini-Komitees" hervorgehen könnte. Noch agieren sie selbständig und unterstehen sie auch den lokalen bzw. regionalen Ayatollahs, die in ihrem Einflußbereich faktisch selbständig sind. Sollte es gelingen, diese zentralistisch zu reorganisieren, um sie dann formal wie faktisch dem Revolutionsrat bzw. Khomeini selbst zu unterstellen, so können sie als Machthebel zur Durchsetzung der Vorstellungen des kleinbürgerlich-radikalen Flügels der religiösen Bewegung gegen die liberalen Radikaldemokraten, vor allem aber gegen die Linken, gewendet werden.

Gegen beide Möglichkeiten müssen sich alle linken und fortschrittlichen Kräfte, einschließlich des radikaldemokratisch antiimperialistischen Flügels der islamischen Bewegung, wappnen. Die Linken und nicht religiösen progressiven Kräfte dürfen heute auf keinen Fall die religiöse Führung pauschal als reaktionär abtun und müssen den radikaldemokratisch antiimperialistischen Teil unter Ayatollah Taleghani behutsam, aber tatkräftig unterstützen. Nach wie vor gilt es, daß die internationale Solidarität allen fortschrittlichen Kräften in Iran zuteil werden muß.

Fortschrittliche Christen und Gewerkschafter sowie linke Gruppen und Organisationen sind aufgefordert, die fortschrittlich religiösen Kräfte unter Taleghani, die autonomen Arbeiterinitiativen und linken Organisationen, insbesondere die Volks-Fedayin, gegen faschistische und antidemokratische Tendenzen und für die demokratische Umgestaltung der iranischen Gesellschaft auf geeignete Weise zu unterstützen.

M. MASSARRAT

Neuerscheinungen im Verlag 2000

Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 22
Schwerpunktthemen: JUGENDHILFETAG '79 IN KÖLN UND GESCHLOSSENE HEIMERZIEHUNG
104 Seiten, broschiert
Einzelpreis DM 7,–

Dieser Informationsdienst enthält u.a. folgende Beiträge: Selbstkritische Nachlese zum Jugendhilfetag ● Resolutionen des Jugendhilfetages? ● Dokumentation: Lernen in der Jugendhilfe ● "Wir müssen uns schon selber helfen" – Kritische Betrachtungen zum Jugendhilfetag ● Abschlußstellungnahmen des Vorstandes der AGJ und des Jugendpolitischen Forums ● Indikationen für geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ● Die westfälische Heimerziehung probt das Korsettstangensystem ● Jugendpolizei ● Rationalisierung im Sozialdienst ● Sozialarbeitergesetz – Berufsverbot auf Umwegen? Das SPZ wird dichtgemacht.

ANTIMILITARISTISCHE SOLDATENARBEIT
–Thesen, Analysen, Materialien –
104 Seiten, broschiert
Einzelpreis DM 7,–

Die vorliegende Broschüre ist das Ergebnis eines längeren Arbeitsprozesses der Soldatengruppe im Arbeitsfeld Antimilitarismus des Sozialistischen Büros. In Thesen wird das grundlegende gesellschaftliche Verhältnis des Militärs im Kapitalismus, die konkrete historische Rolle der Bundeswehr und die Möglichkeiten des antimilitaristischen Kampfes umrissen. In den nachfolgenden Abschnitten ist vertiefendes und differenzierendes Material zu den Hauptthesen zusammengetragen: ökonomische, außen- und innenpolitische Funktion der Bundeswehr, ihre Rolle als "Schule der Nation", Antimilitarismus und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, gewerkschaftliche Arbeit im Militär.

Informationsdienst Arbeitsfeld Schule, Heft 36
Schwerpunktthema: SOZIALISTISCHE LEHRER UND GEWERKSCHAFTEN
80 Seiten, broschiert
Einzelpreis: DM 5,–

Die Gewerkschaftspolitik der Linken ist ins Stocken geraten. Resignation und Frustration haben sich vielerorts breit gemacht. Was sind die Ursachen? Überlastung in Beruf, mangelnder "langer Arm", Perspektivlosigkeit, strategische Fehleinschätzungen? Die Autoren haben keine fertigen Antworten parat. Sie bleiben nicht bei der Thematisierung der "Krise" linker Gewerkschaftspolitik stehen, sondern versuchen, Ansatzpunkte für eine sozialistische Strategie im Schulbereich zu benennen. Der Informationsdienst enthält u.a. folgende Beiträge: Die Wirklichkeit ist ihre eigene Satire ● Objektive Leistungsmessung ● Die Linke und die GEW ● Entstehungsgeschichte der GEW I. Teil ● Sozialistische Lehrer und Gewerkschaftsarbeit ● Arbeitszeitverkürzung für Lehrer ● Möglichkeiten und Grenzen der Personalratsarbeit ● Wider Stellvertreterpolitik: Basisorientierung ● Vom sauberen Leben einer GEW-Gruppe an einem richtigen Gymnasium ● Internationale Lehrergewerkschaft ● Mitbestimmung in der italienischen Schule.

Informationsdienst Gesundheitswesen, Heft 14
Schwerpunktthema: ALLTAG IM KRANKENHAUS
64 Seiten, broschiert
Einzelpreis DM 4,–

Der Informationsdienst beschäftigt sich insbesondere mit den Themen Krankenpflege, Gewerkschaftsarbeit, Rationalisierungen und Sparmaßnahmen im Krankenhaus. Er enthält u.a.: ● ÖTV-Arbeit ● Gewerkschaftliche Arbeit in der Psychiatrie ● Interessengemeinschaft Psychiatrie am Bezirkskrankenhaus Haar/München ● Einmal anders herum: Fragen zur Ausbildungssituation ● Materialien zum Krankenhauspflegegesetz ● Repression in Sigmaringen ● Sind sie Arzt oder Playboy? – Auseinandersetzung über die Bereitschaftsdienste in Krankenhäusern ● Der Bettenberg – Analyse am Beispiel Niedersachsen ● Bericht über die Bielefelder Tagung "Humanisierung des Gesundheitswesens".

Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 23,
Schwerpunktthema: FRAUEN UND SOZIALARBEIT
144 Seiten, broschiert
Einzelpreis DM 8,–

Dieser Informationsdienst wurde erarbeitet von Frauen aus verschiedenen Städten der Bundesrepublik, die in der Frauenbewegung aktiv sind. Die Motivation, an diesem Thema zu arbeiten, steht im Zusammenhang mit ihren Erfahrungen in der Frauenbewegung und in der Sozialarbeit. In den Theorien der Sozialarbeit (auch der Linken) wird unausgesprochen immer von einer männlichen Zielgruppe ausgegangen, und auch die praktische Arbeit bezieht sich auf die sozial "auffälligen" Betroffenen, die fast immer Männer und Jungen sind. Die andere Frage ist, inwieweit läuft nicht das Aufgreifen sozialer Probleme und die Einrichtung selbstorganisierter Projekte durch die Frauenbewegung Gefahr, im öffentlichen bzw. staatlichen Interesse funktionalisiert zu werden. Füllen die für die Frauenbewegung fortschrittlichen Projekte (z.B. Frauenhäuser) nicht bestimmte "soziale Marktlücken", die nahtlos die institutionelle Sozialarbeit ergänzen, ohne daß dies von den Frauen beabsichtigt ist?

Internationalismus-Rundbrief, Heft 6
Thema: EUROPAWAHLEN 1979 – NEUE LINKE EUROPAS RATLOS
48 Seiten, broschiert
Einzelpreis DM 5,–

Die Auseinandersetzung um die Beteiligung an den Wahlen zum Europa-Parlament zwischen den verschiedenen linkssozialistischen, mehr oder weniger undogmatischen Gruppierungen Europas war nach dem Willen ihrer Initiatoren der Versuch, eine längerfristige Kooperation einzuleiten. Die PSU hatte zu einer Tagung in Paris eingeladen, zu der alle Gruppierungen der "Neuen Linken" Westeuropas, zu denen bereits Kontakte bestanden, eingeladen wurden. Diese Tagung fand am 14./15.10. 1978 statt. Sie wurde fortgesetzt am 25./26.11. 1978 in Turin. Dokumentiert wird in diesem Heft der Ablauf dieser Tagungen sowie die wichtigsten Texte, Analysen und Beiträge, um über Art und Inhalt der Diskussionen zu informieren. Diese Dokumentation wurde von der Arbeitsgruppe Internationalismus Heidelberg erstellt, die auf dem Treffen als Vertreter des SB auftrat.

Thesen zur Humanisierung des Gesundheitswesens

Gegen die Ohnmacht der Patienten

Die Inhumanität unseres Gesundheitswesens zu beschwören, heißt Banalitäten nennen. Apparatemedizin, Hierarchie, der Patient als Objekt, das Heilmittel als Ware usf. Eine Tagung des Oberstufenkollegs an der Universität Bielefeld führte im Februar dieses Jahres erstmals nach langer Zeit über 500 kritische Beschäftigte aus dem Gesundheitsbereich und Studenten zusammen. Was dort an Diskussionen in über 30 Arbeitsgruppen lief, ist knapp zusammengefaßt am letzten Tag des Kongresses von Rolf Schwendter vorgetragen worden. Im folgenden Auszüge aus seinen "Thesen".

Die Herrschaft der Experten

Experten im Gesundheitswesen zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich als ausgebildet, einander hierarchisch zugeordnet und vor allem als gesund betrachten. Auf ihre Entfremdung vom Patienten, auf ihre Angstabwehr und damit verbundene Distanzierung, auf ihre im Falle der intellektuellen Experten auftretende klassenmäßige Differenzierung von Patienten, die sich in Anamneseformen, Visiteritualen, Sprachbarrieren, Kontrollfunktionen ausdrückt, ist in einer Vielzahl von Beiträgen hingewiesen worden.

Fernziel der Arbeit im Gesundheitswesen ist die Aufhebung der Experten: "vom Anspruch her sich überflüssig zu machen", bzw. "Der Arzt müßte mehr Arbeiter, der Arbeiter mehr Arzt werden". Abgesehen davon, daß dieses eine Gesellschaftsordnung notwendig machte, in der die Selbstaufhebung der Experten nicht mit der Sorge um ihre zukünftige materielle Existenz verbunden sein dürfte, setzt dies eine allgemeine Anhebung der Qualifikation voraus. Im Gegensatz zu vereinfachenden Forderungen, wie sie etwa die Patientenfront erhebt: Wir werden noch viele Experten brauchen, um die Experten überflüssig machen zu können.

Minimalforderung ist die allgemeine Durchführung interdisziplinärer Zusammenarbeit bei anzustrebendem schrittweisen Abbau der bestehenden und allgemein zu Recht beklagten Hierarchien.

Dies kommt etwa bei der Diskussion um das Psychotherapeutengesetz zum Ausdruck, wenn hier gefordert wird, daß die psychosoziale Versorgung durch fachübergreifende Teams gewährleistet werden müsse, deren Orientierung gemeindenah, präventiv und selbsthilfebezogen zu sein habe. Oder bei mehreren Diskussionsbeiträgen, in denen von einem Berufsgrundbildungsjahr für humanmedizinische Berufe die Rede ist, oder von einer Statusanhebung dieser Berufe, bis der Status der real ausgeübten Tätigkeit entspricht.

Selbsthilfen und Selbstqualifizierung

Als unmittelbare Alternative zur Stellung der Experten, mit deren Praktizierung hier und jetzt begonnen werden kann, werden die Selbsthilfegruppen mit zunehmender Häufigkeit genannt. Im einzelnen wird auf Selbsthilfegruppen aus dem Umkreis der Frauenbewegung, im Bereich der Suizidentenhilfe, und auch schon hinsichtlich einer Reihe von somatischen Erkrankungen (z.B. Diabetes, Asthma, Rheuma, Fettsucht, Bluthochdruck, Anus-Praeter) verwiesen, verwiesen, z.T. auch auf die Anti-AKW-Bewegung. Daß Selbsthilfegruppen im Bereich der psychischen Krankheiten, der Alkohol- und sonstigen Drogenabhängigkeit nicht genannt werden, scheint mir keinesfalls zufällig zu sein. Die Selbsthilfegruppen werden als Alternative so häufig genannt, daß es mich sehr wundert, daß es nicht schon mehr gibt.

Die Funktion des Experten besteht bei den Selbsthilfegruppen zunächst darin, sie zu initiieren; bei somatisch orientierten Selbsthilfegruppen noch darin, die somatischen Symptome auf ihre psychosomatischen Hindergründe zu hinterfragen, vor allem aber auch, seine eigene Autorität hinterfragen zu lassen. Bei den Gruppenpraxen wird ausdrücklich erwähnt, daß eine ihrer vielfältigen Funktionen darin besteht, Selbsthilfegruppen zu begründen.

Daneben tritt, das Problem hat sich zunächst in den Frauengruppen gestellt, ein neuer Typ auf: der der sekundären Expertin. (Die Beraterin aus der Selbsthilfegruppe entwickelt sich zur Expertin.) So sehr die Gefahr besteht, daß diese neuen Expertinnen und Experten die sich Selbstorganisierenden entmutigen, ist doch auf den Doppelcharakter dieser Entwicklung zu verweisen: die neuen Expertinnen/Experten stellen den ersten Schritt zur Selbstaufhebung des Experten klassischen Typs dar.

Den solcherart zum Entstehen gebrachten Selbsthilfegruppen wird eine Vielzahl von vorwärtstreibenden Funktionen zugeschrieben: die Aktivierung der Patienten; die Verhinderung der Somatisierung von Konflikten durch rechtzeitige Aufarbeitung; die Selbstaneignung von Krankheit als Leib-Seele-Geschehen; die Stärkung der Selbstheilungskräfte; die Einbeziehung des sozialen Umfelds; die Relativierung des Krankheitsbegriffs. Es liegt auf der Hand, daß dies auf lange Sicht eine Einbeziehung der Reflexion auf die krankheitserzeugenden gesellschaftlichen Bedingungen mit erfordert.

Institutionalisierte Ohnmacht der Patienten — Perspektivlosigkeit der Beschäftigten

Auf der Tagung war häufig von den Institutionen des Gesundheitswesens die Rede, vor allem von den Krankenhäusern. Am prägnantesten sind sie durch die folgenden zwei Aussagen zu kennzeichnen: "Von vielen wurde der berufliche Alltag als so einengend erlebt, daß ihnen dabei ihre positiven Ziele, Wünsche, Hoffnungen und Utopien verloren gehen." "Das Selbstverständnis und Handeln der modernen Institutionen trägt zu einem großen Teil zur Verfestigung somatischer Verdinglichung bei. Möglicherweise erfährt jene Verfestigung und Restriktion einen Ausgleich in den Aktionen des subkulturellen Laiensystems".

Die Institutionen sind gekennzeichnet durch Hierarchie, Chaos und Bürokratie, durch Rechtlosigkeit des Patienten; durch Fixierung auf Apparatemedizin und ein naturwissenschaftlich reduziertes Menschenbild, durch technokratische Ausbildung, zeitökonomische Überlastung und Überarbeitung des Personals, durch die Unmöglichkeit, den Patienten eine direkte menschliche Zuwendung zuteil werden zu lassen. Das psychosozial unqualifizierte Personal hat wenig Erfolgserlebnisse, geringes Prestige, geringes alltägliches Selbstbewußtsein und Angst vor intensivem Patientenkontakt. Der Patient "muß seine Persönlichkeit an der Pforte abgeben", seinen Erwartungen wird zumeist nicht entsprochen, und oft kommt er kränker aus dem Krankenhaus heraus, als er hereingekommen ist. Seinen konkreten Bedürfnissen kann nicht begegnet

werden. Die Apparatemedizin dient dem Krankenhaus als psychische, moralische und juristische Entlastung, als unverbindliche Umgangstechnik mit den Kranken.
Die Minimalforderung lautet, kleine Brötchen zu backen, aber auch kleine Brötchen können, in größeren Mengen genossen, auf kürzere Zeit satt machen.
Es ergäbe m.E. eine lohnende Arbeitstagung, alle diese kleineren Brötchen detailliert aufzulisten und zu verallgemeinern. Ich nenne nur einige wenige Beispiele aus dem in den Arbeitsgruppen zutage getretenen Einfallsreichtum:

- Bei Arbeitsüberlastung regelmäßig die Pflegeleitung anrufen.
- Eigene Berechnungen der Arbeitszeit (incl. Übergabezeiten, Stationsbesprechungen, Gespräche mit Patienten) den offiziellen Berechnungen gegenüberstellen.
- Die Verwaltung zwingen, einzugestehen, daß Überstunden vorhersehbar sind, demzufolge der Personalvertretung zur Vorabgenehmigung vorgelegt werden müssen.
- Einführung von Stationsbesprechungen und wo es geht, alternative Behandlungsmethoden.
- Themenzentrierte Studientage.
- Schrittweise Veränderung der Verwaltung zwecks Herstellung von elementaren Rechten der Patienten, wie ungestörte Zeiten, Essenswünsche, flexible Besuchszeiten, veränderter Zeitablauf für Routinearbeiten, sowie Mitbestimmung bei der Therapie, Recht auf verständliche Information und Ermunterung zur Kritik.
- Gruppenpflege statt Stationspflege.

Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeit

Eine elementare Notwendigkeit für die Durchsetzung auch minimaler Forderungen auf der Ebene der Institution stellt die Mitarbeit in den Gewerkschaften des DGB und die Suche nach weiteren Bündnispartnern dar. Bei aller Wichtigkeit von Selbsthilfegruppen und alternativen Institutionen, wie Gesundheitszentren, Gruppenpraxen etc., darf die Arbeit in der historischen Selbsthilfegruppe der Lohnarbeiter, der Gewerkschaft, nicht vernachlässigt werden.
Dies gilt auch für mittelfristige Forderungen, wie Anhebung der Stellenpläne, Verhinderung von Bettenschließungen, aber auch für die betriebliche Prävention etwa nach italienischem oder französischem Vorbild und die Forderung nach einem inhaltlich veränderten Gesundheitswesen.
Auch die Kooperation mit den Gewerkschaften, jedenfalls mit ihren Verbandsspitzen, hat ihre Grenzen. Dies zeigt sich an der Diskussion um das vom DGB vorgeschlagene integrierte System medizinischer Versorgung. Die Arbeitsgruppe hat herausgearbeitet, daß diese Kombination von Datenspeicherung, med.-techn. Zentren und bürokratischem Präventionsverständnis noch mehr geeignet ist, die Entwicklung zum 1984-Staat zu verstärken und den Patienten zum Objekt zu machen. Wenn im Protokoll ein gewerkschaftlicher Zwischenruf "Maschinenstürmerei!" auftaucht, fühle ich mich prekär daran erinnert, daß dieser Zwischenruf von vielen von uns neulich schon mal gehört worden ist, nämlich beim Kampf gegen eine andere menschenfeindliche Technologie, die der Atomkraftwerke.
Sollte sich die Entwicklung zu integrierten Systemen medizinischer Versorgung in der beschriebenen Weise bestätigen, wird es m.E. nötig sein, daß der gewerkschaftliche "Aktionskreis Leben" ein zusätzliches Aktionsfeld erhält, oder, wenn nötig, ein zusätzlicher Aktionskreis Leben in dasselbe gerufen wird.
Die Frage nach dem integrierten System medizinischer Versorgung führt uns zu einer anderen zweischneidigen Frage, die nach der Verstaatlichung des Gesundheitswesens. Mit Recht hat die Arbeitsgruppe zum Psychotherapeutengesetz festgestellt, daß die Verantwortung für das Gesundheitswesens in der öffentlichen Hand liegt. Zu fragen ist, ob die Gefahr besteht, daß öffentliche Verantwortung gleichgesetzt wird, oder, anders gesagt, daß die notwendige Vergesellschaftung des Gesundheitswesens gleichgesetzt wird mit einer Verstaatlichung des Gesundheitswesens. Letztere wäre eine ausgezeichnete Legitimation hierfür, alle unbequemen Interventionsformen unter Verbot zu stellen, den von der Arbeitsgruppe beklagten "Therapeutischen Wildwuchs" auf diejenigen Psychotherapien zurechtzustutzen, die staatlicherseits genehm sind, und solcherart die Macht der einzelnen Hierarchien nur umzuverteilen auf eine kooperative Hierarchie. Da in mehreren Arbeitsgruppen gelegentlich von der Homöopathie die Rede war, ist z.B. daren zu erinnern, daß in den frühen 70er Jahren das Verbot der Homöopathie unter dem Vorwand der Wirksamkeit von Arzneimitteln allen ernstes zur Diskussion gestanden hat.
Die Negation des eben Gesagten deutet auch auf das Fernziel einer Humanisierung des Gesundheitswesens hin: seine Vergesellschaftung in der Form der Rücknahme des Großteils der bestehenden medizinischen Institutionen in das Alltagsleben der Menschen. Wie bei den Experten ist hier zu erwähnen, daß es sich um einen sehr langfristigen Prozeß handelt, den ich mir nur unter geänderten gesellschaftlichen Bedingungen vorstellen kann.

ROLF SCHWENDTER

Eine vollständige Materialsammlung der Tagung wird demnächst im "Informationsdienst Gesundheitswesen" des Verlag 2000 erscheinen.

"Geschlossene Gesellschaft"

Ein Szenario zur Schulpsychologie

Das Verhältnis zwischen Psychiater und Patienten, die Merkmale ihrer Dialogführung und ihr jeweiliges Bewußtsein von gesellschaftlicher Realität ist von Shakespeare in dem Verhältnis Polonius-Hamlet vorweggenommen worden. Bei Shakespeare erscheint Polonius unverhüllt als das, was Psychiater der klassischen Schule heute verhüllt sind: Polizist. Der folgende Beitrag wurde ursprünglich anläßlich der Schließung staatlicher Nervenkliniken in Italien geschrieben.

Hamlets Leiden

Hamlets Leiden mag als direkte Folge einer generellen Beziehungskrise (zur Mutter, zum Vater, zum Onkel, zu Ophelia) verstanden werden, mit der psychologischen Krise erschließt sich ihm gleichzeitig eine politisch-existentielle Einsicht: das banale Wesen der Macht und – trotzdem – ihre faszinierende Wirkung auf Menschen. Sein Vater, der durch Tugend seine Herrschaft legitimiert hatte, wird von seinem Bruder, dem Realpolitiker Claudius, ermordet, der sich ihm sowohl als Herrscher wie als Ehemann substituiert. Die Hofschar, einschließlich seiner Mutter, gehen widerstandslos und reibungslos zur Tagesordnung über. Die Anpassung verläuft völlig schmerzlos.
Gegen diese besinnungs- und gesinnungslose Anpassung in seiner unmittelbaren Umgebung revoltiert Hamlet in abwechselnd schwermütigen Monologen und aggressiv-zynischen Anwürfen: zwei Reaktionsformen auf eine und dieselbe existentielle Situation des ohnmächtigen Erkennens, seismographischen Empfindens einer aussichtslosen Wirklichkeit. (Die Zeit ist aus den Fugen: Schmach und Gram, Daß ich zur Welt, sie einzurichten, kam.)
Hamlets Zorn und Trauer entspringen der Einsicht in die Absurdität gesellschaftspolitischer Räson. Vor dem Tod sind alle Menschen gleich, Tod und Leiden als natürliche Gegebenheit menschlicher Existenz werden aber bei weitem übertroffen von Tod und Leiden als Ergebnis zwischenmenschlichen – individuell wie politisch – Handelns. Legion sind seine Aussagen dazu. In der unmittelbaren Gegenwart schützt ihn sein aggressiver Zynismus vor der nahen Resignation.
Als mittelbarer Ausweg aus dieser unerträglichen Situation zwischen Einsicht und objektiver Handlungsunfähigkeit, aus dem Widerspruch, der darin besteht, daß die Utopie gedanklich auf der Hand liegt, klar und vernünftig erscheint, während die Realität vermodert, klebrig und absurd ist, tauchen immer wieder zwei Verweigerungsarten auf: Selbstmord und Wahnsinn. Ersteres im wohl bekanntesten Monolog: "Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage ...". Der Selbstmord wird in der Reflexion durchgespielt und sublimiert.
Den Wahnsinn sublimiert und neutralisiert Hamlet, indem er ihn als Spiel erlebt. Dieser spielende Umgang mit dem Wahnsinn erlaubt ihm, beide Realitäten zu bewältigen: die "normale" seiner Umwelt und die "eigentliche", das humanitäre Defizit der Normalität. Der gespielte Wahnsinn gestattet Hamlet die Steuerung seiner Gefährdung: Die Rückfahrkarte seiner "Reise". Dadurch unterscheidet Hamlet sich letzthin von einem Schizophrenen (obwohl auch diese Interpretation nicht fehlt), der, anders als Hamlet zu Polonius, weil er der Hilfe bedarf und sie aufgrund der insti-

tutionellen Bedingungen bei einem suchen muß, der von Amts wegen dazu vorgesehen und sehr selten ausersehen ist, seinem Schicksal nicht entrinnen kann.

Polonius

Polonius verkörpert den braven Empiristen, den analen Sammler von Geschichten und Fakten, der einen Erkenntnislustgewinn nur aus der Neuigkeit, aus der Sensation zu ziehen vermag. Seine eindimensionale Erfahrung der Wirklichkeit reduziert sein Wissen auf die Aufstapelung von Erlebnissen. Da der brave Empirist meint, das Ding sei ganz das und nur das, wie es sich in der Erfahrung unmittelbar darbiete, und die Erfahrung sei selbst stets mit sich selbst identisch, kann er immer nur nachträglich konstatieren. Bis zum grostesken Ende. Als Hamlet ihn beim Lauschen (wie soll Polonius auch sonst was wissen?) hinter der Tapete ersticht, sind Polonius' letzte Worte: "Oh, ich bin umgebracht".
Ungebrochener und schöner kann ein treulicher Empirist nicht sterben. Hamlet zieht das Fazit an seiner Leiche: "Laßt Euer Herz mich ringen, denn das will ich, Wenn es durchdringlich ist, wenn nicht so ganz Verdammte Angewöhnung es gestählt, Daß es verschanzt ist gegen die Vernunft".
Anpassung ist das Leitmotiv des Polonius. Er diente dem König, er diente dessen Mörder, der weiß, daß er auch dem nächsten Mörder dienen würde. Von dieser Anpassungsbereitschaft besitzt er einen Überschuß, den er ungefragt für die Einordnung seiner Mitmenschen einsetzt. Polonius ist ein sinnlich Behinderter. Seine Augen dienen ihm nicht mehr zum Sehen, sondern zum Spähen! Ein Voyeur! Seine Nase dient ihm nicht mehr zum Riechen, sondern zum Schnüffeln! Ein Spürhund! Seine Ohren nicht mehr zum Hören, sondern zum Abhören! Menschliche Urform der Wanze. Weil seine eigene sinnliche Verfassung total verkümmert ist, kümmert er sich um die Verfassung des Staates Dänemark, in dem ihm, Polonius, nichts faul ist. Dieser Polonius versucht nun, Hamlet zu diagnostizieren.

Polonius' Methode

Die Elemente der Erkenntnismethodologie des Polonius lassen sich aus dem Stück rekonstruieren.
Erstens: ein postulierter, unanfechtbarer Basissatz: "Eu'r edler Sohn ist toll, Toll nenn ich's: denn worin besteht Tollheit/ Als daß man gar nichts anders ist als toll?"
Zweitens: eine klare, wenn auch unzutreffende Vorstellung über die Ursache, womit er seinen Nachforschungen eine töricht-reinefeste Struktur verleiht.
Polonius postuliert, daß Hamlet toll ist, und besitzt als einzige konkrete Information ein Liebesbillet von Hamlet an Ophelia. Ein braver Empirist hält nicht viel von heuristischem Denken und setzt einfach alles in Beziehung, was ihm unter die Hände kommt. Die naive Erfahrungsweise produziert Theorie als Aha-Erlebnis.
Drittens: das Unverständnis läßt sich ausgezeichnet hinter einem karteikartenhaft geordneten Schwall von Begriffen verbinden, ein Etikettierungsnetz wird ausgeworfen, dessen allzu große Maschen mit Bindestrichen verengt werden.
Als die Schauspieler eingetroffen sind, verkündet Polonius: "Die besten Schauspieler in der

"Melancholia" von Dürer

Welt, sei es für Tragödie, Komödie, Historie, Pastorale, Pastoral-Komödie, Historiko-Pastorale, Tragiko-Historie, Tragiko-Komiko-Historiko-Pastorale, für unteilbare Handlung oder fortgehendes Gedicht ..."

Zum Vergleich: die biogenetische Psychiatrierichtung

Erstens: Die biogenetische Theorie verfügt über kein einziges wissenschaftliches Kriterium zur Abgrenzung der Schizophrenie. Als schizophren gilt ein Patient, wenn es nicht gelingt, seinen Zustand als sonstige positiv definierte Krankheit zu erfassen. Daß der Patient dennoch als anormal eingestuft wird, ergibt sich zuerst aus der Meinung seiner nächsten Umgebung und dann aus der die erste Meinung bestätigenden Meinung des Psychiaters. Somit eine subtilere, wesentlich nicht andere Fassung der Unverfrorenheit des Polonius, der die "Tollheit" Hamlets diagnostiziert.
Zweitens: eine klare Vorstellung über die Art der Ursache, die, wenn sie auch bisher nicht feststellbar war, die Schizophrenieforschung der herkömmlichen Medizin erhält. Es wird an der organischen Genese der Schizophrenie festgehalten, obwohl die Ursache nach soviel Jahren im Organismus noch nicht nachgewiesen werden konnte.
Drittens: ein karteikartenhaft gehandhabtes Etikettierungssystem unter reichlicher Verwendung des Bindestriches zur Versöhnung von These und Antithese. So z.B. K. Leonhard in seinem Buch: "Aufteilung der endogenen Psychosen":
I. Einfach-systematische Schizophrenien
a) katatone Formen
1. Parakinetische Katatonie 2. Manierierte Katatonie 3. Proskinetische Katatonie 4. Negativistische Katatonie 5. Sprechbereite Katatonie 6. Sprachträge Katatonie
b) Hebephrene Formen
1. Läppische Hebephrenie 2. Verschrobene Hebephrenie 3. Flache Hebephrenie 4. Autistische Hebephrenie ...
II. Kombiniert-systematische Schizophrenien
a) kombiniert-systematische Katatonien
b) kombiniert-systematische Hebephrenien
usw.
Das Wort Etikettenschwindel ist angebracht. So bezeichnen die unter a) bzw. b) auftauchende Adjektive "manieriert" und "verschroben" dasselbe. Nur wird das erstere, das Fremdwort, dem erwachsenen Schizophrenen vorbehalten, während dem Hebephrenen, d.h. dem jugendlichen Schizophrenen, nur das umgangssprachlichere "verschroben" oder auch noch "läppisch" usw. angehängt wird. Die Begrifflichkeit kommt kaum über die kindliche Dies-ist-Sprache hinaus.
Das mag reichen, die Ähnlichkeit ist nicht zu leugnen, des geschäftigen Polonius als Primat einer Spezies fleißiger Seelenwissenschaftler zu gedenken, da seit letztem Jahr in Italien dieser Art von wissenschaftlichen Umtreibern gesetzlich das Toben erschwert werden soll.

ROBERT DETOBEL

"Majestätsbeleidigung"

Das Verfahren gegen "De Schnüss"

Am 16. März wurde in Bonn im Namen des Volkes Recht gesprochen. Das Urteil ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der Abschaffung der Pressefreiheit und ein Freibrief für die Polizei, die – egal was sie tut und wie sie es tut – rechtens handelt.

Die Anklage lautete, "durch Verbreiten von Schriften wider besseres Wissen in Beziehung auf andere unwahre Tatsachen verbreitet zu haben, welche diese Personen verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind." So in der Anklageschrift des Bonner Oberstaatsanwalts Irsfeld, der es in anderen Fällen (Carstens) gar nicht so dienstbeflissen mit der Strafverfolgung hält.

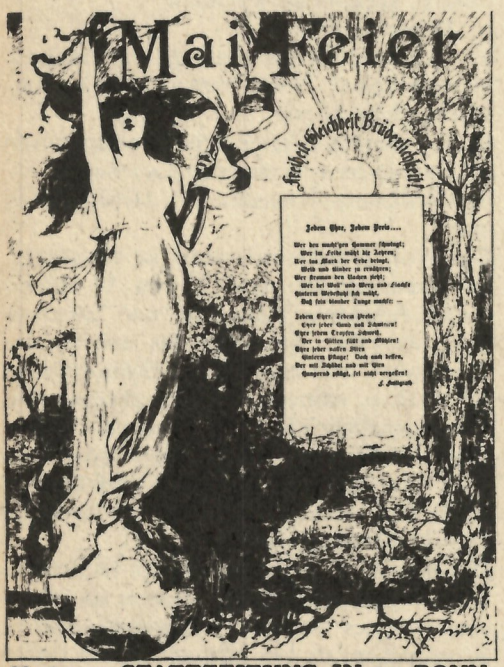
Strafanzeige hatten 13 Bonner Polizeibeamte und ihr Präsident gestellt. Das beanstandete Schriftstück, ein Artikel in der "Schnüss"-Ausgabe vom Juni 1978, so meinten die Beamten, "diskriminiert nicht nur die betroffenen Polizeibeamten, sondern ist darüber hinaus geeignet, das Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit und das für das gute Verhältnis Bürger-Polizei so notwendige Vertrauen in die Polizei erheblich zu schädigen".

Die "Schnüss" war bis dahin der Ansicht, daß die Polizei für ihr Ansehen und das in sie gesetzte Vertrauen selbst verantwortlich sei. Nun scheint dies eine Aufgabe der Presse zu werden.

Der Prozeß gegen die "Schnüss" droht zu einem Präzedenzfall für die Alternativ-Presse – und nicht nur für die – zu werden. Ein ähnliches Verfahren läuft derzeit gegen den Redakteur einer Bonner Boulevard-Zeitung an.

1. Mai in Bonn ...

Am 1. Mai 1978 hatte der DGB-Kreisverband traditionsgemäß zur Kundgebung in der Beethovenhalle aufgerufen. ÖTV-Vorsitzender Kluncker (über 60% der in Bonn abhängig Beschäftigten arbeiten im öffentlichen Dienst) wollte dort zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen Stellung nehmen. Traditionsgemäß hatte auch die Bonner SPD zur Demonstration durch die Innenstadt mit Ziel Beethovenhalle aufgerufen. Und wie jedes Jahr standen vor der Beethovenhalle eine Menge Leute: DGB-Ordner, "Schnüss"-Verkäufer, zur Demonstration zu spät Gekommene und zur Kundgebung zu früh Gekommene, diverse Flugblattverteiler und auch ein paar Leute vom KBW, die einen Büchertisch aufgebaut hatten.



Helft der „Schnüss"

Der Antirepressionsfonds des SB hat der Zeitung für den Fall, daß sie den Prozeß in 2. Instanz verlieren sollte, eine Spende von DM 2.000,– zugesagt.
Helft auch Ihr, das Ziel des Prozesses – den ökonomischen Ruin der "Schnüss" – zu verhindern!
Das Prozeßspendenkonto lautet: Sparkasse Bonn, BLZ 38050000, Konto-Nr. 100162460, Kennwort "1.-Mai-Prozeß".

Polizeibeamten, in Bonn stets präsent, entging dies natürlich nicht. Sie machten ihrem für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zuständigen Einsatzleiter, der sich an der Spitze der SPD-Demonstration befand (die GdP war gerade erst Mitglied im DGB geworden) Meldung, vor der Beethovenhalle sei gerade eine nicht angemeldete und nicht genehmigte "Gegendemonstration" oder "Standkundgebung" des KBW und der DKP (!!) im Gange. Dieser befand das für ungehörig und ordnete über Funk an, die nicht genehmigte Veranstaltung, die gar keine war, sei gemäß den gesetzlichen Bestimmungen aufzulösen: Der KBW konnte auf Verlangen keine Genehmigung für seinen Stand, der niemanden störte und den niemand beachtete, vorweisen.

Wie sich während des Verfahrens herausstellte, war der Stand nicht einmal genehmigungspflichtig, da er sich nicht auf öffentlicher Verkehrsfläche befand. Über Lautsprecher wurde aufgefordert, den Platz zu räumen, "was allgemein ungläubiges, doch heiteres Erstaunen hervorrief" (de Schnüss, Juni 1978). Als die Umstehenden außer Erstaunen weitere Reaktionen vermissen ließen, schritten die Beamten zur Tat: Der Büchertisch ging, von Polizeistiefeln traktiert, zu Bruch, vier willkürlich Herausgegriffene wurden verhaftet und ziemlich übel behandelt, ein Film beschlagnahmt.

"... Kampftag der Polizei?"

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die "Schnüss", in ihrer Juni-Ausgabe das Geschehen am 1. Mai in aller Ausführlichkeit und dokumentierte es mit zwei Fotos, die der Beschlagnahme entgangen waren. Die Vorwürfe in diesem Artikel, sie hätten den Tisch in Stücke geschlagen, Festgenommene zur Ermunterung an den Haaren gezerrt und in die Genitalien getreten und zwecks weiterer Ermunterung heftig mit dem Kopf gegen das Autoblech gestoßen, wollte die Bonner Polizei nicht auf sich sitzen lassen. Sie schrieb aber nicht etwa einen Leserbrief oder eine Gegendarstellung, sondern erstattete Strafanzeige. Zudem hatte sie schon Strafanzeige gegen drei der vier am 1. Mai Festgenommene wegen Widerstands, versuchter Gefangenenbefreiung und Verstoßes gegen das Landesstraßengesetz erstattet. Die Bonner Staatsanwaltschaft hielt den "Schnüss"-Bericht ebenfalls für strafwürdig und klagte gegen den verantwortlichen Redakteur.

Alles ein Sumpf

Nun waren vor dem Bonner Amtsgericht zwei Verfahren anhängig. Der für das angebliche Demonstrationsdelikt zuständige Richter Hasse, der seit langem in Bonn die politischen Prozesse übernimmt, meinte, die Pressestrafsache fiele ebenfalls in seine Kompetenz. Da beiden Verfahren "derselbe historische Vorgang" zugrunde liege, seien sie zum Zwecke gleichzeitiger Verhandlung zu verbinden. Der presserechtlich Verantwortliche der "Schnüss" war damit seinem gesetzlichen Richter entzogen. Hiergegen ließ der Anwalt der "Schnüss" einen Präsidiumsbeschluß des Bonner Amtsgerichts herbeiführen. Das Präsidium entschied am 1. Dezember, die Verfahren seien zu trennen. Dieser Beschluß fand aber keine Anwendung. Der nun für das Presseinhaltsdelikt zuständige Richter Boureaul regte seinerseits an, die Verfahren aus "prozeßökonomischen Gründen" zu verbinden. Hasse zog das Verfahren wieder an sich, betonte aber in seinem Beschluß: "Die Verbindung von Strafsachen nach § 237 StPO ist nur eine prozeßtechnische Erleichterung, keine Verschmelzung zu einem Verfahren." Eine Erleichterung mit weitreichenden Folgen:

- Der Journalist, der über einen Fall berichtet, sitzt auf der gleichen Anklagebank, wie die, über die er berichtet hat.
- Die Angeklagten in der Demonstrationsstrafsache können im Prozeß gegen die "Schnüss" nicht mehr als Zeugen aussagen, da sie ja jetzt Angeklagte in einem Verfahren sind.
- Rechtsanwalt Schick hatte die Verteidigung eines der drei wegen Widerstands Angeklagten und die Verteidigung der "Schnüss" übernommen. Vier Tage vor Prozeßbeginn wird er von Richter Hasse ultimativ aufgefordert, sein Mandat niederzulegen, da er – nach der Änderung der Strafprozeßordnung in der Folge der Terroristenprozesse – in einem (!!) Verfahren nur noch einen Angeklagten verteidigen darf. Andernfalls müsse er ganz von der Verteidigung ausgeschlossen werden. Schick entschied sich notgedrungen für die Verteidigung der "Schnüss". Der in dem anderen Fall eingesprungene Anwalt hatte vor Prozeßbeginn genau eine Stunde Zeit, sich in die Akten einzuarbeiten. Gegen die Verbindung der Verfahren legte Anwalt Schick Verfassungsbeschwerde ein. Die Karlsruher Richter entschieden mittlerweile, man solle doch erstmal den Ausgang des Prozesses abwarten, dann gäbe es ja immer noch genügend Rechtsmittel.

Verfahrenes Verfahren

Nach derlei Vorspiel wurden am 6. Februar beide Verfahren, die jetzt eines waren, eröffnet. Ganze Einsatzstaffeln der Polizei sagten als Zeugen aus; von gewalttätigen Ausschreitungen ihrerseits hatten sie alle nichts gesehen. Einige meinten, Widerstandshandlungen der Festgenommenen gesehen zu haben, denn sonst wären sie ja nicht festgenommen wor-

den. Ein Motorradpolizist hatte sich erst von einem Kollegen darauf hinweisen lassen, daß er angegriffen worden sei, selbst habe er es "wegen seiner Lederbekleidung" nicht bemerkt. Zivile Augenzeugen, darunter ein Richter aus Köln, bestätigten sämtliche in der "Schnüss" aufgestellten Behauptungen als wahr.
Am vierten Verhandlungstag mußte Richter Hasse schweren Herzens die drei angeblichen Demonstrationsstraftäter freisprechen, da ihnen Widerstandshandlungen nicht nachzuweisen waren. Schon einmal – so Hasse in der Urteilsbegründung – habe sich die Polizei durch gewisse Kreise lächerlich machen lassen müssen und auch heute sei es schon wieder soweit, daß sie nicht jedermann unterstütze. "Weimar grüßt von Ferne" schloß Hasse seinen Vortrag und zu den Freigesprochenen: "Entfernen Sie sich!"
Den "Schnüss"-Redakteur wies er darauf hin, daß gegen ihn auch eine Verurteilung wegen Beleidigung in Frage komme. Damit ist die Verleumdungsklage (falsche Tatsachenbehauptung) wohl vom Tisch. Die Tatsachen, die die "Schnüss" behauptet hat, sind richtig. Nur sind sie nicht besonders nett, womöglich beleidigend geschrieben. Das Gericht untersucht jetzt also nicht mehr *was*, sondern *wie* geschrieben wurde. Die Pressefreiheit ist eine Frage des Stils und des guten Geschmacks.
Und den, so befand das Gericht in der Urteilsverkündung, hatte die "Schnüss" nicht an den Tag gelegt. Die Tatsachenbehauptungen seien zwar alle als richtig belegt, aber jede dieser Behauptungen sei in dem Artikel tendenziös und beleidigend geschildert. Die "Schnüss" habe aus der "Tapsigkeit, der grenzenlosen Unbeholfenheit dieser gerade dem Knabenalter entwachsenen Polizisten" ein Bild von "Folterknechten" und "blutgierigen Bullen", die vorgegangen seien wie die NS-Schläger vor 40 Jahren, gemacht. Dieses Bild hatte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer der "Schnüss" unterstellt, in dem Artikel war davon nichts zu finden. Die "Schnüss" hatte lediglich aggressives Vorgehen als aggressiv benannt.

Vor- und Nachzensur

Wir werden dieses Urteil, die Kriminalisierung kritischer Berichterstattung nicht hinnehmen, und notfalls durch mehrere gerichtliche Instanzen gehen. Andernfalls bliebe das Ergebnis des Prozesses: Wer sich die Nachzensur durch das Gericht ersparen will, muß die Vorzensur selbst vornehmen. Die Schere im Kopf ersetzt den Prozeß.
Das zu verhindern, brauchen wir eine breite solidarische Öffentlichkeit. In Bonn haben wir die erreicht: Der Bonner DGB-Kreisvorstand protestierte gegen den Prozeß, zahlreiche Bonner unterstützten uns durch ihre Unterschrift und Geldspenden. Einige überregionale Zeitungen brachten ausführliche Berichte. Die Deutsche Journalisten Union in der IG Druck und Papier hat unseren Fall vor den Deutschen Presserat gebracht. Wir werden weiter versuchen, immer mehr Menschen dafür zu gewinnen, sich aktiv gegen Zensur und Repression zu wehren.

BERNHARD MEIER

Weitere Informationen: De Schnüss, Stadtzeitung in Bonn, c/o Verein zur Förderung alternativer Medien e.V., Wilhelmstr. 3, 5300 Bonn 1, Tel. 02221/ 650766.

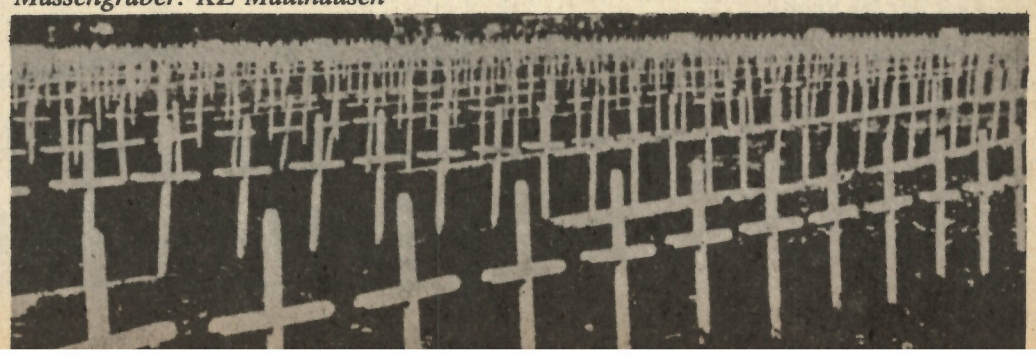
... und Majdanek und ...

Die Muttermale der alten Gesellschaft erweisen sich als das, was sie wirklich sind: Pestbeulen. Ob man die sogenannte Verjährungsdiskussion, das Urteil im Majdanek-Prozeß oder die nach der "Holocaust"-Sendung urplötzliche Aufmerksamkeit für NS-Opfer und Neonazis nimmt, die Geburtsschäden dieser Gesellschaft bleiben ihre Gebrechen.

In Westdeutschland folgte auf den wirklichen Faschismus der Schein-Antifaschismus; d.h. ein antifaschistisches Selbstverständnis im Kopfe von Staat und Gesellschaft, ohne reale gesellschaftliche Veränderung. Revolutionäre Gewalt war nicht der Geburtshelfer der neuen Gesellschaft, sondern militärische Gewalt von außen, der schon vor Erlangung der Souveränität bald das juristische Flickwerk folgte, das den Zusammenhang zur alten Gesellschaft wiederherstellte.
Die BRD als "Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches" – ist das nur ein sprachlicher Witz oder deutet es den Ernst der Lage an, den Adorno früh formulierte: "Ich betrachte das Nachleben des Faschismus *in* der Demokratie als potentiell bedrohlicher, denn das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie." Die allgemeine öffentliche Aufmerksamkeit in jüngster Zeit für neonazistische Aktivitäten gewinnt den schlechten Beigeschmack des Alibis. Gewiß, diese Aktivitäten sind *ein* Problem, aber die Gesellschaft, die diese Aktivitäten produziert, ist *das* Problem. Nicht nur, daß die tragenden Säulen des alten Systems, Verwaltungsapparat, Justiz und Militär wiederaufgebaut wurden, sondern auch der äußerliche und innerliche Bruch mit dem Nazismus wurde nur schlecht vollzogen. Wie bei Wiederholungstätern aus Gesinnung, wurde die Diskussion nach "Holocaust" wieder auf das pädagogische Feld eingegrenzt; Lehrer und Historiker sind die Sündenböcke. Nicht die Sünder werden angegriffen, die eben die Kontinuität zum Dritten Reich wiederhergestellt haben. Welch eine Scheinheiligkeit angesichts der Tatsache, daß bis heute linke antifaschistische historische Forschung kaum in den Genuß öffentlicher Gelder kommt und antifaschistische Lehrer als "Radikale im öffentlichen Dienst" verfolgt werden!
Auf die weltweiten Proteste gegen die empörenden Majdanek-Urteile und die peinliche Verjährungsdiskussion findet die öffentliche Meinung der BRD nur juristische Argumente. Das hat schlechte Tradition. Die Bekämpfung des Nazismus wurde allzu schnell den Juristen überlassen, von denen die meisten ihr braunes Hemd gerade ausgezogen hatten. Im Normalverlauf einer Gesellschaft ist nach meiner Meinung die Todesstrafe abzulehnen, aber zur Beseitigung eines faschistischen Regimes, zum endgültigen Sturz seiner tragenden Säulen, scheint mir eine revolutionäre Justiz notwendig zu sein. Aber die Westmächte waren nicht gewillt, diese auszuüben, sondern es wurden bürokratische Entnazifizierungsverfahren eingeleitet und der Elan antifaschistischer Ausschüsse sehr schnell eingedämmt. Dann hatten die Juristen das Wort; wenn heute alte Männer und Frauen vor die Gerichte kommen, dann liegt das nicht an einer Taktik, sondern an dem Verschleppungssystem einer vom Faschismus nicht gereinigten Justiz. Nichts als Vorwände hat man gehört, alle Akten in Osteuropa waren zugänglich, wenn man nur gewollt hätte! So mußte man es Simon Wiesenthal und Beate Klarsfeld überlassen, ihr kleines Maß von Gewalt zur Wiederaufrichtung der Menschenwürde auszuüben gegenüber den faschistischen Massenmördern und Organisationen, die sogar höchste Staatsämter in dieser Republik bekleideten.
Über Verjährung für Völkermord kann es keine Diskussion geben, außer in der Bundesrepublik. Das verschämte Selbstverständnis des "Rechtsnachfolgers des Dritten Reiches" äußert sich auch darin; der Botschafter der BRD wird zur jährlichen Holocaust-Gedenkfeier in Israel nicht eingeladen. Dieses Jahr wurde er aus Versehen ein- und dann wieder ausgeladen. Kein Wort des Protestes, weil die Bundesrepublik eben kein selbstbewußt antifaschistisches Land ist, das durch diese Geste beleidigt worden wäre. Ebenso hat die parlamentstaktische Finte Wehners, das liberale Rechtsinstitut Verjährung vor Mord zu opfern, um eine Mehrheit zu finden, einen üblen Charakter. Man geht der öffentlichen Diskussion über die faschistischen Pestbeulen, die *in* der Demokratie wiederaufplatzen, mit der Methode aus dem Wege, Massenmord auf dieselbe Stufe zu stellen wie die heimtückische Beseitigung des Vaters, um an dessen Erbe zu kommen.
Diesem öffentlichen Herumdrücken um die praktische Seite eines wirklichen Antifaschismus durch bürokratisch-parlamentarisch-juristische Verdrängungsakte muß von der Linken begegnet werden, die Möglichkeiten dazu hat, Demokratie in den sozialen Bewegungen zu praktizieren. Adorno konnte sehr bald nach dem Faschismus feststellen: "Demokratie hat nicht derart sich eingebürgert, daß sie die Menschen als ihre eigene Sache erfahren, sich selbst als Subjekte der politischen Prozesse wissen." Dafür gibt es Ursachen, aber das muß sich ändern.

DETLEV CLAUSSEN

Massengräber: KZ Mauthausen



Frankfurter Lehrertag

Sehnsucht nach der Alternative

Vom 4.-6. Mai fand in Frankfurt der Lehrertag des SB-Arbeitsfeldes Schule statt. Es sollte umfassend und in größerer Öffentlichkeit über die Situation der Lehrer diskutiert werden. Man sprach über Motivationsschwund, Schülerverhalten und Gewerkschaftspolitik, aber auch über die Sehnsucht vieler Lehrer nach alternativen Schulprojekten außerhalb der Regelschule.

Schon seit geraumer Zeit machte sich im Frankfurter Arbeitsfeld Schule eine allgemeine Motivationskrise bemerkbar. Die Zahl der Teilnehmer an den Plenen fluktuierte und sank kontinuierlich. Wir kamen in unserer Arbeit nicht recht weiter. Die Zeit der Schulreform schien endgültig vorbei, die GEW in Frankfurt – und ja nicht nur da – in einem desolaten Zustand, Schulmüdigkeit breitete sich bei uns aus. Nicht nur wir standen vor diesem Problem. Auch der Versuch, in Frankfurt ein Lehrerzentrum aufzubauen, war nach zwei Jahren mangels Interesse und Perspektive gescheitert. Es gab kein offizielles Diskussionsforum mehr für die Fragen, die uns beschäftigen, und das in einer Situation, wo der Druck auf uns alle im beruflichen Alltag ständig ansteigt.

In dieser Situation hatte ein Genosse die Idee, eine Tradition der GEW wiederaufzugreifen, die vor über 10 Jahren sanft entschlafen war: den "Frankfurter Lehrertag". Es sollte endlich einmal wieder an einem Wochenende möglich werden, über die politischen Gruppengrenzen hinweg, persönlich miteinander zu reden und zuzuhören, die Erfahrungen und Überlegungen anderer kennenzulernen, Anregungen zu erhalten und somit vielleicht auch weitergehende Arbeitsperspektiven.

Vier Fragenkomplexe erschienen uns besonders wichtig:

- Wie und mit welcher Zielsetzung kann man überhaupt noch in der GEW arbeiten?
- Wie erklärt sich das bei vielen von uns gebrochene Verhältnis zum Beruf, der Therapieboom unter Lehrern?
- Ist es der "Neue Sozialisationstyp", der uns zu schaffen macht, welchen Erkenntniswert hat dieser Begriff und welche Konsequenzen ergeben sich für unsere Arbeit?
- Sollen wir an der Schulreform, wie sie gelaufen ist, festhalten oder ist es sinnvoll, an ganz anderen Schulen zu arbeiten?

Gerade die letzte Frage schien uns zentral. Unter uns sozialistischen Lehrern bestand jahrelang Einigkeit darin, die von Sozialdemokraten initiierten Reformkonzepte mitzutragen, sie als Chance zu nutzen. Viele Genossinnen und Genossen haben ihre ganze Energie darauf verwendet. Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten: "Derselbe Mist, nur anders verpackt!" Oder gar noch größerer Mist?

Die Regelschule – "tödlich für die Subjekte?"

Deshalb luden wir zu der einleitenden Podiumsdiskussion am 4. Mai O. Negt und T. Ziehe als Vertreter des Schulversuchs Glocksee (Hannover) und A. Rang und B. Rang-Dudzig von der PH Berlin als Kritiker der Alternativschulbewegung ein: "Von der Reformpädagogik zur Alternativpädagogik?" Über 500 Leute kamen in das Volksbildungsheim.

Die in der Linken sehr kontroverse Diskussion um den traditionellen Fortschrittsbegriff, die Beherrschung innerer und äußerer Natur wurde in ihrem Bezug auf die Schule thematisch, provokant formuliert in der Einleitungsfrage: "Wohin wollen wir eigentlich? Ist es mit dem weiteren Ausbau von immer mehr Schulen genauso wie mit dem von Atomkraftwerken: unabdingbar für den Fortschritt, aber tödlich für die Subjekte?"

Die Rangs entwickelten die Thesen, die wir lange in schöner Eintracht mit SPD, DKP und GEW geglaubt hatten. Die Aufgabe von Sozialisten liege in den Regelschulen, nur in ihr seien Verbesserungen zu erreichen. Schulreform sei immer nur möglich gewesen durch eine starke Lehrerbewegung mit der Arbeiterbewegung zusammen. In der öffentlichen Schule werde der objektiv gesellschaftlich erreichte Stand der Naturbeherrschung tradiert. Nur wenn es gelänge, in der Regelschule, die die Schule der Massen sei und es immer bleiben werde, das Qualifikationsniveau gerade der Arbeiterkinder zu erhöhen, sei gewährleistet, daß die Beherrschung der Natur tatsächlich in die Hände aller gelegt werde. Alternativschulen dagegen hätten keinen Bezug auf objektive gesellschaftliche Änderung, letztendlich seien sie "bürgerliche Spielwiesen".

Negt und Ziehe stellten einige zentrale Begriffe der Rangs in Frage. Nicht nur, daß der Qualifikationsbegriff naiv sei, es sei überdies unklar, was Lernprozesse genau ausmache. Während deren soziopsychologische Voraussetzungen als solche problematisch würden, werde schlicht eine Motivationsbasis unterstellt, die es so nicht gebe. Auch der Bezug auf gesellschaftlichen Fortschritt sei fragwürdig unter Bedingungen, wo die Produktivkräfte längst Destruktivkräfte geworden seien, der Grad der Vergesellschaftung unmenschlich werde. Wir könnten Kinder nicht wie zu kolonialisierende Völker betrachten, ihnen unsere Vorentwürfe ihrer zukünftigen Identität aufzwingen und das auch noch in immer

größeren und technokratischer ausgerichteten Lernfabriken. Wie groß die Resignation und Widersprüchlichkeit bei den Frankfurter Lehrern ist, zeigt sich daran, daß eine große Mehrheit die Thesen der Rangs ablehnte, Negt und Ziehe viel Beifall erhielten, andererseits doch die meisten am Montag in der "Regelschule" weitermachten und dem nachzukommen versuchen, was die Berliner als "gute Lehrer" bezeichneten, "in gemeinsamer Depressivität von Schülern und Lehrer" (Ziehe).

Auf diese – wie uns scheint unvermeidliche – Widersprüchlichkeit gingen die Diskutanten jedoch kaum ein, es wurde viel aneinander vorbeigeredet, was auch die Genossin und der Genosse auf dem Podium mit Verweisen auf ihre Alltagserfahrungen, die betrogenen Wünsche nach Humanität, nicht verhindern konnten. Aber schließlich war es die erste innerlinke Podiumsdiskussion dieser Art, die ungewöhnliche Bereitschaft des "Publikums" zuzuhören zeigt, wie nötig es ist, diese Diskussion intensiv weiterzuführen.

Gebrochene Lehrerrolle, GEW und neuer Sozialisationstyp

Zu den Arbeitsgruppen am Samstag, die wir z.T. mit Thesenpapieren vorbereitet hatten, kamen nur etwa 150 Leute. Die Arbeitsgruppe "Alternative Pädagogik" nahm die Diskussion des Vorabends wieder auf, aber es blieb letztlich bei den unterschiedlichen Ansätzen. Einerseits, grundlegend von der Subjektivität des Kindes und seinen – gerade auch individuellen – Aneignungsprozessen von Wirklichkeit auszugehen, das Beharren auf dem notwendigen Zusammenhang von Form und Inhalt der Wissensaneignung, Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder. Andererseits, der gegebenen gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und zu versuchen, die als notwendig bestimmten Inhalte möglichst motivierend an's Kind zu bringen. Ausgespart wurden die dahinterstehenden grundsätzlichen politischen Gegensätze, Freiheit durch innengesteuerte Aneignung von Realität oder durch Einsicht in die Notwendigkeit. Die Problematik beider Positionen wurde zwar durch einzelne z.T. ratlose Darstellungen von konkreten Problemen des Schulalltags sichtbar, aber nicht ausdiskutiert. In der Arbeitsgruppe "gebrochene Lehrerrolle" kam es zu keinen Kontroversen. Hier stand der gegenseitige Erfahrungsaustausch im Vordergrund. Wie und warum leiden wir unter unserer Rolle, wie versuchen wir, damit fertig zu werden und welche Chancen, damit umzugehen, nutzen wir nicht oder vielleicht nicht genügend.

Die Arbeitsgruppe "GEW" löste sich schon mittags wieder auf. Es wurde die Frage aufgeworfen, wie angesichts des fehlenden Vertrauens in die Vorstände, der mangelnden Rückkopplung von Basis und Funktionärsspitze GEW-Mitarbeit überhaupt noch zu vermitteln sei. Die Arbeitszeitkampagne wurde aufgeführt, das breite Interesse an unserer Podiumsveranstaltung, aber das wird u.E. bestimmt nicht ausgerechnet der GEW-Arbeit neue Auftriebe geben.

Das größte Interesse bestand für die Arbeitsgruppe "Neuer Sozialisationstyp". Hier gab es zunächst Schwierigkeiten, da sich die meisten in den Kategorien der Psychoanalyse nicht so gut auskannten, sicher auch ein Manko der Lehrerausbildung, die selbst kaum die älteren und wichtigen psychoanalytisch-orientierten Ansätze von Fürstenau und Wellendorf vermittelt. Deshalb sicher auch das große Interesse, neue Einsichten in Lernvoraussetzungen und Verhaltensdispositionen von Schülern zu bekommen.

Einen großen Teil der Zeit nahm der Versuch Ziehes ein, sozusagen im Schnellkurs einen kategorialen Rahmen und eine Typologie des neuen Sozialisationstyps zu entwickeln, anhand derer exemplarische Verhaltensweisen von Schülern interpretiert wurden. Auch wurden – zumindest ansatzweise – Schlußfolgerungen für Gestaltung und Inhalte des Unterrichts entwickelt. Nicht geklärt werden konnten etwa schichten- und geschlechtsspezifische Differenzen in den Erscheinungsformen dieses Typus und die Vermittlung individueller Störungen mit gesellschaftlichen Strukturen. Leider konnte auf die Frage des Umgangs mit jugendlichem Rechtsradikalismus kaum noch eingegangen werden. So waren am Spätnachmittag die meisten zwar erschöpft, hatten aber das Gefühl, seit langer Zeit einmal etwas Wichtiges gelernt zu haben. Angesichts der politischen Desillusionierung der Linken war der Lehrertag doch ein Erfolg, und wir müssen lernen, mit kleinen Erfolgen zufrieden zu sein. Viele Genossinnen und Genossen nehmen den Problemdruck offenbar noch nicht als so gravierend wahr, um auch politisch wieder aktiv zu werden und aus der Privatisierung herauszutreten.

WOLFGANG RACK/DIETER WOLF

Ausführliche Protokolle über die Veranstaltungen des Frankfurter Lehrertags werden demnächst im Informationsdienst des Arbeitsfelds Schule abgedruckt.

Ein Fall Sigrist?

Christian Sigrist, Professor an der Universität Münster, international renommiert als Agrar- und Entwicklungssoziologe, politisch keiner Organisation zugehörig, hat zwei Strafverfahren und ein Disziplinarverfahren auf dem Hals. Über den Hergang berichtete "le monde":

"Ein pensionierter Arbeiter wurde nach Tumulten am Duisburger Gericht von der Polizei festgenommen und danach rücksichtslos zum Kommissariat geschleppt. Dreizehn Tage später stirbt er im Krankenhaus. Wegen der Mißhandlungen durch die Polizei? Dies wird von seiner Familie und einem von ihr beauftragten Gutachter behauptet. Für die Behörden ist er an den Folgen einer langen Krankheit gestorben. Die von der Familie eingeforderten Untersuchungen werden alle niedergeschlagen. Sigrist setzt sich für die Familie ein, mit ihm zwei andere Professoren, Mitglieder einer maoistischen Gruppe. Sigrist selbst gehört keiner Partei an. Er verteilt Flugblätter, die die Polizei anklagen, den Arbeiter getötet zu haben und eine vollständige Aufklärung verlangen. Er wird festgenommen, ungefähr 10 Stunden auf der Polizeistation festgehalten, und ein Strafverfahren wird gegen ihn eingeleitet ..."

Die Anklage gegen Sigrist in diesem Verfahren lautete auf "Staatsbeschimpfung" (§ 90a) und "Beleidigung" (§ 185), beides bezogen auf den Mordvorwurf gegenüber der Polizei. In erster Instanz wird Sigrist nach beiden Paragraphen zu einer Geldstrafe von DM 2.000,– verurteilt. Der Urteilstenor ist bemerkenswert: Sigrist, so das Gericht, habe "die Grenzen einer gesunden und erlaubten Kritik weit überschritten". Der Verurteilte geht in die zweite Instanz; diese läßt die Bestrafung nach § 90a fallen, setzt aber dafür das Strafmaß um DM 1.000,– höher.

Da Sigrist Beamter ist, trifft ihn eine weitere Sanktion: der zuständige Wissenschaftsminister bringt ein Disziplinarverfahren gegen ihn in Gang. In der Begründung für das Disziplinarverfahren wird außer der erwähnten Flugblattaffäre zusätzlich herangezogen, daß Sigrist die Argumente eines im gleichen Bundeslande tätigen Hochschullehres als faschistisch analysiert und die Politik der Bundesrepublik der Komplizenschaft mit imperialistischen Interessen bezichtigt hatte. Der Ausgang des Disziplinarverfahrens ist noch nicht abzusehen.

Vor etlichen Monaten wurde Sigrist ein weiterer Strafprozeß gemacht: das Gericht in Münster verurteilte ihn, wiederum nach den Paragraphen 90a und 185, zu DM 5.400,– Geldstrafe, ersatzweise 45 Tage Haft. Die Staatsanwaltschaft hatte auf Verurteilung auch nach dem Paragraphen 130 ("Volksverhetzung") plädiert und DM 12.000,– Geldstrafe, ersatzweise 3 Monate Haft gefordert: Sigrist ist wiederum in Revision gegangen; die Berufungsverhandlung steht noch aus. Der zugrunde liegende Tatbestand war, daß Sigrist auf einer Podiumsdiskussion in Schweden, an der außer ihm u.a. der nordrheinwestfälische Minister Posser teilnahm, sich durch dessen Nachfrage dazu hatte bringen lassen, den Mordvorwurf gegenüber der Duisburger Polizei zu wiederholen. Zusätzlich wurde Sigrist zum Vorwurf gemacht, daß er den deutschen Staatsapparat als "Bestie" bezeichnet hatte. Sigrist meinte den Staatsapparat des deutschen Faschismus; die Anklage behauptete, der Staat der Bundesrepublik sei gemeint gewesen.

Wer Sigrist kennt, weiß: man kann dieselben Aussagen, um die es ihm geht, weniger provokant, weniger mißverständlich machen. Aber geht es wirklich darum, daß hier jemand ist, der ungeschickt formuliert? Wird deshalb eine ganze Sanktionsbatterie aufgefahren?

Tatsächlich liegt hier nicht der Kern des Falles. Der ist woanders zu suchen, und in der Begründung für das Disziplinarverfahren gegen Sigrist findet sich dieser Kern ebenso wie im Verlangen des Duisburger Gerichts nach "gesunder Kritik". Im Schriftsatz des NRW-Wissenschaftsministeriums gegen Sigrist steht:

"Die Berufung auf das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit kann Ihr Verhalten nicht rechtfertigen ..., denn Ihre Beiträge postulieren politische Forderungen und zielen auf die unmittelbare Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ab, können deshalb nicht als ernster, planmäßiger Versuch zur Ermittlung und Weitergabe wissenschaftlicher Erkenntnis verstanden werden ..."

ARNO KLÖNNE

Grohnde: und wieder schlägt die Justiz zu

Am 22. März 1979 – eine Woche nach Bohr(Bau)beginn in Gorleben – fanden 200 ehemalige Bewohner des Anti-Atom-Dorfes gegenüber der AKW-Festung Grohnde ein Schreiben der Bezirksregierung Hannover in ihrem Briefkasten, in dem erklärt wird, daß jeder einzelne als Gesamtschuldner für die damals "entstandenen Verwaltungskosten" in Höhe von DM 212.133,– haftbar gemacht werden soll. Es handele sich dabei um "Reisekosten, Aufwandsvergütungen, Kosten für Verpflegung und Unterkunft, Betriebskosten für Kraftfahrzeuge, Mehrarbeitsvergütungen, Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten".

Das Anti-Atom-Dorf Grohnde war am 12.6. 1977 als Ausdruck des Protestes gegen den Bau des AKW Grohnde und zur Verhinderung des Weiterbaus – der trotz Baustopp stattfand – auf dem geplanten Kühlturmgelände entstanden.

Zwei Monate später, am Morgen des 23. August 1977, sahen sich die 200 Bewohner des Anti-Atom-Dorfes innerhalb kurzer Zeit von einer Übermacht von ca. 2.000 (!) Polizisten umstellt, die in bekannter Ausrüstung erschienen waren, inclusive 7 Wasserwerfern, Panzerspähwagen, Gefangenentransportern, 200 Kripobeamten und Polizisten mit MP's. An Widerstand war angesichts dieser staatlichen Machtdemonstration gar nicht zu denken. Über Lautsprecher forderte Einsatzleiter Knoke die Bewohner auf, innerhalb von 60 Minuten unter "Mitnahme der persönlichen Habe" sich zur Identitätsfeststellung zu begeben; hierzu waren zwei Gassen im Sperrgürtel gelassen worden.

Verhandlungsversuche, die den gemeinsamen, freien Abzug der Dorfbewohner erreichen wollten, wurden rigoros abgelehnt. Aus einer Life-Reportage des Reporters Praetsch, NDR: " (...) Die Polizei hat also die Demonstranten aufgefordert, nicht nur den Platz zu räumen, sondern sich auch einzeln observieren, untersuchen zu lassen, auch die Personalien, sich einer erkennungsdienstlichen Untersuchung hinzugeben. Und das war genau das, was die Demonstranten nicht wollten. Sie wollten nicht einzeln überprüft werden, sondern sie wollten gemeinsam, friedlich, wie sie sagten, den Platz verlassen." Hinzuzufügen wäre noch, daß die Identitätsfeststellung durch die Räumungsverfügung nicht abgedeckt war.

Besetzer, die ihre Sachen gepackt hatten, mußten einzeln in die Gasse gehen, wobei ein Überprüfungsvorgang (Abtasten des Körpers, Durchsuchen von Taschen, Rucksäcken u.ä. Überprüfung der Personalien per Funk, Aufnahme derselben, Verhör zu Fragen wie: 'Wo haben Sie gewohnt, wie lange?' usw.) jeweils abgeschlossen sein mußte, bevor der nächste vorgelassen wurde. Es ist offensichtlich, daß es unmöglich ist – abgesehen von der Zeit für Packen usw. –, daß 200 Demonstranten unter solchen Schikanen den Platz verlassen können; pro Besetzer bleiben da ca. 36 Sekunden, tatsächlich dauerte ein Durchgang ca. 4-5 Minuten.

Dieser Vorgang war geeignet, trotz der Abzugsabsichten der Besetzer, den Vorwand für eine gewaltsame Räumung zu liefern. Daß die Polizei Gewalt einplante, zeigt – außer Anzahl und Art der Ausstattung – die Versetzung der umliegenden Krankenhäuser in Alarmbereitschaft, wobei immer zu bedenken ist, daß das Verhältnis Polizei-Bewohner 10:1 war.

Nachdem die Frist abgelaufen war, kam es auch sofort zu Schlagstockeinsatz, der Ring der Polizei wurde so eng gezogen, daß man nur noch auf der Stelle treten konnte und warten mußte, bis man selbst aus dem immer kleiner werden Häuflein gezerrt wurde; wer solch eine Situation noch nicht mitgemacht hat, kann sich wohl nur annähernd vorstellen, was für ein Gefühl von Angst, Ohnmacht und Wut das hervorruft. (s. dazu "links" Nr. 92, Oktober 1977)

Schon am 9.9.1977 wurde beim Verwaltungsgericht Hannover Klage gegen diese Räumung erhoben; der diesbezügliche Prozeß hat noch nicht einmal begonnen! Warum dann diese vorschnelle Ankündigung eines Zahlungsbescheides? Nach den Prozessen gegen die Teilnehmer der Demonstration am 19.3.1977 in Grohnde ist dies ein weiterer Versuch, das verfassungsgemäß garantierte Demonstrationsrecht auf kaltem Wege abzuwürgen. Zwar dürfen wir noch auf die Straße gehen, müssen aber in Kauf nehmen:

- daß die Anwesenheit der Polizei von uns bezahlt werden soll,
- daß aus nichtigen Anlässen die Notwendigkeit eines Einsatzes konstruiert wird, bei dem Gefahr für Leib und Leben besteht,
- daß das "notwendige" Polizeiaufgebot in himmliche Größen wächst, so daß bald vielleicht 100 Demonstranten 10.000 Polizisten gegenüberstehen,
- daß man von vorn herein als Krimineller abgestempelt wird.

Gerade auch nach dem großen Demonstrationserfolg in Hannover brauchen wir Eure Unterstützung. Für die Vorbereitung von Informationsveranstaltungen, Dokumentationen und unser rechtliches Vorgehen suchen wir dringend Fotos, Filme, Zeitungsartikel und andere Dokumente. Meldet Euch bitte bei: Leseratten GmbH, Neue Marktstraße, 325 Hameln. Spenden zur Unterstützung unserer Öffentlichkeitsarbeit an: BfG Hildesheim, BLZ 259 101 11, Konto-Nr. 2015374220 (Schaper).

ULRICH RÄBIGER

★

dpa

Rock gegen Rechts — 17. Juni '79 in Frankfurt

Mai 1978, Trafalgar Square, London. Vor rund 80.000 Jugendlichen spielen bekannte englische Rock- und Punkbands. Kein übliches Open-Air-Festival, sondern die größte antifaschistische Demonstration seit den 30er Jahren: gegen die Faschisten der "National Front", gegen Rassismus, gegen die Diskriminierung von Ausländern. Kaum "politische" Reden, dafür "Rock against Fascism".
Der Erfolg dieser Londoner Veranstaltung veranlaßte verschiedene Gruppen in der Bundesrepublik, in diesem Jahr Ähnliches am 17. Juni in Frankfurt zu planen.
Besonders Jugendliche sollen angesprochen werden. Sie sind es doch, die vor allem von rechten und neofaschistischen Verbänden umworben werden: mit dem Versprechen von (hierarchischer) Ordnung und klaren Verhältnissen im desorientierenden kapitalistischen Alltag, mit dem Versprechen, Solidaritäts- und Gemeinsamkeitswünsche (autoritär) zu erfüllen. Daß diese Versprechen auf reale Erwartungen treffen, macht ja gerade ihre Attraktivität aus (vgl. Gerhard Armanski in "links", April 1979).
Hier gilt es, für die Linke anzusetzen; zu lernen, daß Aufklärung über den Kopf allein weitgehend fruchtlos bleibt und daß dies nicht an den verbesserungsbedürftigen Methoden der Vermittlung liegt. Sondern, daß sie solange verpufft, wie nicht die emotionale Ebene mit angesprochen ist. So bleiben die noch so gut aufbereitete Darstellung des Faschismus und vor allem die Strategie zur Bekämpfung neu entstehender Tendenzen für die Angesprochenen solange exotisch, wie sie nicht mit ihnen selbst und ihrem Alltag verbunden ist.
Eine Klammer hierfür ist zweifelsohne der Rock. Diese Musik gehört zum Leben der Jugendlichen, ist ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil. Und im Rock selbst sind Potentiale enthalten, die autoritärer Verfügbarkeit im Weg stehen. Von Anfang an war Rock eine Musik auch gegen die Autoritäten,

gegen den Gehorsam; Elvis und Frank Zappa stehen dafür. Eine laute Musik gegen den stillen Gang der Geschäfte, eine anarchische Musik gegen's geregelte Leben. Eine Musik, die dort noch emotional Widerstand ermöglicht, wo sonst nur noch Sprachlosigkeit herrschte.
Genau an diesen Momenten kann und soll in Frankfurt unter der Parole **"Rock gegen Rechts"** angeknüpft werden. Das Potential von Aufsässigkeit und Widerstand gegen Autoritäten soll gerade gegen solche von rechts aktiviert werden – neben Demonstrationen und Kundgebungen. Bei diesem Vorhaben mitzuwirken haben folgende Gruppen bisher zugesagt: Misty (England), bots (Holland), Jomfruon (Dänemark), Schmetterlinge (Österreich), Oktober, Linksradikales Blasorchester, Frankfurt City Blues Band.
Im letzten Jahr sind die Demonstranten gegen das NPD-Treffen durch die Polizei vom Römer heruntergeknüppelt worden. In diesem Jahr fordern sie, daß statt des neofaschistischen Aufmarschs "Rock gegen Rechts" gespielt wird! Geplant ist außerdem, am Tag vorher, dem 16. Juni von vier Punkten in Frankfurt aus zum Römer zu marschieren. Liedermacher und Straßenmusiker begleiten die Demonstrationszüge. Ab 21 Uhr gibt es dann "Rock gegen rechts" bis ca. 2 Uhr nachts: am Sonntag um 13 Uhr wird weitergespielt. Zur Finanzierung der Unkosten soll durch den Verkauf eines Button "Rock gegen Rechts" zum Preis von DM 5,– beigesteuert werden. Bestellungen und weitere Informationen: Aktionsbündnis "Rock gegen Rechts", Kleine Hochstr. 5, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/285381. Spenden und Vorauszahlungen für Button: Postscheckkonto Jens Matthaes, Frankfurt, Konto-Nr. 313423-600.

JÜRGEN SCHMIDT

★

Roter Terminkalender

5. Open Ohr-Festival
1.-4. Juni in Mainz/Rhein
Thematisiert werden aktuelle Jugendprobleme. Konzerte, Theateraufführungen und Diskussionen stehen unter dem Motto "Macht Druck & Co.". U.a. wirken mit: Hoffmann Comic Theater, Hanns Dieter Hüsch, Walter Mossmann, Helmut Ruge, Oktober, Sog. linksradikales Blasorchester

Internationaler Demonstrationstag gegen die Atomenergie
3. Juni 1979

Pflastermaler treffen sich
9. Juni in Köln
Informationen: Rainer Reusch, Herwarthstr. 10, 5 Köln 1, Tel. 0221/525382

Berichtigung
In der Mai-Ausgabe von "links" ist uns bei der Ankündigung der Tagung "Geschichte und Erfahrung in der Jugendarbeit", die vom Arbeitsfeld Bildungsarbeit des SB veranstaltet wird, ein Fehler unterlaufen. Die Tagung beginnt nämlich nicht am dritten, sondern **erst am achten Juni**. Alle anderen Angaben bleiben unverändert gültig.

Geschichte und Erfahrung in der Jugendarbeit
8.-10. Juni in Burg Ludwigstein/Nordhessen
Diese Tagung wird vom Arbeitsfeld Bildungsarbeit im SB veranstaltet und wendet sich an Praktiker in der Jugendarbeit.
Anmeldung: AF Bildungsarbeit im SB, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Treffen "Gruppe Neues Reisen"
10.-11. Juni in Frankfurt
Bei dieser Gruppe handelt es sich um den ehemaligen Arbeitskreis Alternativer Tourismus. Nähere Informationen: Gerhard Armanski, Wallotstr. 5, 1 Berlin 33

Ev. Kirchentag
13.-17. Juni in Nürnberg
Auch diesmal sind wieder viele linke Gruppierungen und Projekte vertreten.
AF Kirche c/o Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

Festival in der Provence
30. Juni - 18. August in Puget-Theniers (Seealpen)
Nähere Informationen über diese Jugend- und Musiktage: Aktive Nachbarschaftshilfe, Eppendorfer Weg 229, 2 Hamburg 20

Sommer-Theaterworkshop in der Toscana/Italien
Jeder Workshop dauert zwanzig Tage und arbeitet deutschsprachig (Körpertraining, Stimmübungen, Improvisation, Spielraum, Puppen und Maskenlabor) mit drei Lehrern unter der Leitung von Leonardo Toccafondi vom Theaterlaboratorium Prato. Gewohnt und gearbeitet wird im Kloster Basco ai Frati/Toscana (15. Jahrh., zwanzig Minuten von Florenz). Die Kursgebühr beträgt pro Workshop einschl. Unterbringung DM 700,–. Die Teilnehmerzahl ist jeweils auf 12 begrenzt.
Termine: 5. bis 25. Juli; 5. bis 25. August; 5. bis 25. September; 5. bis 25. Oktober
Anmeldung: Bernhard Appelius, Ruffinistr. 2, 8 München, Tel. 089/160811

Tagungen der AG SPAK
- 21.7. - 4.8. in Melle "Alternative Ökonomie"
- 2.-5. August in Ahrdorf/Eifel

Anmeldung: AK SPAK-Geschäftsstelle, Belfortstr. 8, 8 München 80

Wanderausstellung "Kinder im Elend", Lebensbedingungen von Kindern in den Slums Südamerikas
22. Mai - 6. Juni
Diese Ausstellung wird in der Galerie 70 in der Schillerstraße 70 in Westberlin gezeigt und kann anschließend ausgeliehen werden. Katalog ist in Vorbereitung.

Wanderwoche Salecina
2.-9. September
Für eine Woche ist das Bildungs- und Freizeitzentrum Salecina Orden Dent, 7516 Maloja, Ausgangspunkt für mittlere und längere Bergwanderungen (ohne Klettereien). An einem Abend und bei einem Zwischenhalt sollen sich die Teilnehmer mit den Problemen der Bergeller Bevölkerung beschäftigen und kennenlernen. Anmeldung erforderlich.

Theater-Tournee 1979

Hamburg, 6. Juni, 19.00 Uhr
Aula des Emilie Wüstenfeld Gymnasiums, Bundesstr. 78, 2 Hamburg 13 (4 Min. vom U-Bhf. Schlump (U2 und U3); Busse 104, 181, 182 u.a.)
Vorverkauf: Sozialistisches Büro Hamburg, Altonaerstr. 28, 2 Hamburg 6, 18.30-19.30 Uhr (mo-fr), Tel. 433289

Oldenburg, 7 Juni, 20.00 Uhr
Aktions- und Kommunikationszentrum Alhambra, Hermannstr. 83
Vorverkauf: Carl v. Ossietzky Buchladen, Bergstr. 1; Tabula-Buchladen im Herbartgang

Bremen, 8. Juni, 20.00 Uhr
Kulturzentrum Schlachthof, Bürgerweide
Vorverkauf: Buchladen Sielwall

Bielefeld, 12. Juni, 19.30 Uhr
Jugendzentrum Niedermühlenkamp (NKP)
Vorverkauf: Buchladen Eulenspiegel, Niederwall 46, Tel. 175049

Münster, 13. Juni, 20.00 Uhr
Universität-Hörsaalgebäude 1 (H1), Hindenburgplatz
Vorverkauf: ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34, Tel. 44926

Osnabrück, 14. Juni, 20.00 Uhr
Haus der Jugend, Gr. Gildewart 6-9
Vorverkauf: Autonomic-Buchladen, Martinistr. 101

Göttingen, 16. Juni, 20.00 Uhr
Zentrales Hörsaalgebäude im Geisteswissenschaftlichen Zentrum (GWZ), Nikolausberger Weg 9c
Vorverkauf: Rote Straße Buchladen, Rote Str. 10

Marburg, 17. Juni, 20.00 Uhr
Ev. Studentengemeinde, Ortenbergstr. 4
Vorverkauf: Buchladen, Am Grün 28

Heidelberg, 20. Juni, 20.00 Uhr
Gesellschaftshaus im Pfaffengrund, Storchenweg (Nähe Gaskessel)
Vorverkauf: Buchladen "An der Mensa", Marstallstr. 11a; Musebrotladen, Römerstr. 23; Frauenbuchladen, Friedrich-Ebert-Anlage 51b; Der andere Buchladen, M 2,6, Mannheim

Stuttgart, 21. Juni, 20.00 Uhr
Gustav-Siegle-Haus, Leonhardsplatz
Vorverkauf: Buchhandlung Niedlich; Sozialistisches Zentrum, Neckarstr. 178; Provinzbuch in Esslingen

Tübingen, 22. Juni, 21.00 Uhr
Neue Mensa, Wilhelmstraße
Vorverkauf: Musikhaus Keller; bei Rimpo "Die Gruppe"

Schorndorf, 23. Juni, 20.30 Uhr
Club Manufaktur-Forum für Politik und Kultur, Gmünder Str 36
Vorverkauf: Kartenhäusle, Stuttgart, Kleiner Schloßplatz; Neumanns Musikladen, Langestr. 49, 705 Waiblingen; Buchhandlung Bacher, Marktplatz 14, 706 Schorndorf; Reisebüro Heffner, Marktplatz 13, 707 Schw. Gmünd

Augsburg, 26. Juni, 19.30 Uhr
Gewerkschaftshaus, Schaezlerstr. 13 1/2
Vorverkauf: Jugend- und Studentenzentrum, Vorderer Lech 45; Bürgerhaus Kresslesmühle, Barfüßerstr. 4

München, 27. Juni, 20.00 Uhr
Mensa-Olympiadorf, Helene-Mayer-Ring 9
Vorverkauf: Basis-Buchhandlung, Adalbertstr. 41b, Tel. 2809522

Nürnberg, 28. Juni, 20.00 Uhr
Heilig-Geist-Festsaal, Hans-Sachs-Platz
Vorverkauf: Bücherkiste, Jakobstr. 26, Tel. 222423

Bamberg, 29. Juni, 19.30
Aula der Gesamthochschule, Feldkirchenstr. 21
Vorverkauf: AStA-Büro, Feldkirchenstr. 21, Zimmer 501; Collibri-Buchhandlung, Kapuzinerstr. 30

Würzburg, 30. Juni, 20.00 Uhr
Radlersaal, Würzburg-Heidingsfeld
Vorverkauf: Buchladen "Neuer Weg", Peterstr. 8; Sprecherrat der Uni, Am Hubland, Tel. 8885819

Wer uns durch Plakataushängen, Flugblattverteilen (in Betrieben, Schulen, Jugendzentren, Kneipen etc.), Kontakte zu Zeitungen etc. unterstützen will, um die Tournee bekanntzumachen, schreibe an: Sozialistisches Büro c/o Günter Pabst, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/932593 ● Redaktion "links" zur Zeit: Helmut Burgwinkel, Roland Roth, Hanfried Scherer, Jürgen Schmidt (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Gudrun Witte ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 ●Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Druck: hbo-druck, Einhausen ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospekt "Freiheit für Rudolf Bahro" mit anhängender Zahlkarte; Prospekt "Arbeiterpolitik"; Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!".